A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

25

Aug. 1973

Klassenkämpfe in Spanien
Ökonomische Kämpfe in der BRD
Ökonomische Gesetze des Sozialismus
Proletariat und Philosophie

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

5. Jahrgang Nr. 25 Aug. 1973

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Hans W. Rachdorf	Klassenkämpfe in Spanien (Teil II)	1

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Andre Leisewitz, Wanja v. Heiseler	Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973	63
Winfried Wotschak	Ökonomische Gesetze des Sozialismus	69

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Wilhelm Raimund Beyer	Wie kommt das Proletariat in die Philosophie ?	89

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

ISSN 0005 - 9374

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10 - 107
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck:
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Nachrichten Verlages, des Röderberg Verlages sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Hans W. Rachdorf

Klassenkämpfe in Spanien

"In Madrid wurde die 'Niederlage' der Linksunion mit Aufatmen begrüßt. Eine Machtübernahme der Kommunisten und Sozialisten in Paris hätte möglicherweise auch 'innere Probleme' für Spanien gebracht."

"Der Tagesspiegel", 13.3.1973

Einleitung

Mit diesem Aufsatz wird zum erstenmal in deutscher Sprache die Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung unter dem Franco-Regime zusammenhängend dargestellt. Daher mag die Arbeit mit all jenen Mängeln oder einigen behaftet sein, die solchen ersten Versuchen anzuhängen pflegen. Ein besonderes Problem war die Gefahr dabei, daß mit der informativen Darstellung des geschichtlichen Ablaufs die analytische Darstellung der inhaltlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung überdeckt würde. Aus diesem Grunde war es nötig, an einzelnen Punkten übergreifende Zusammenhänge, herausgehoben aus der zeitlichen Abfolge der Ereignisse, kenntlich zu machen.

Der Aufsatz ist grob in drei zeitliche und inhaltliche Abschnitte unterteilt, innerhalb derer wiederum Einzelgeschehnisse und -tendenzen hervorgehoben werden. Diese drei Abschnitte sind: das knappe Viertel-Jahrhundert (1939-1962), in dem die Arbeiterklasse die totale Zerschlagung ihrer Organisationen überwinden und unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur neue Kampf- und Organisationsformen finden mußte; die sechziger Jahre, in denen sich die Comisiones Obreras, die Arbeiterkommissionen, als die gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretungsorgane der Arbeiterklasse ausweiteten und konsolidierten; und die letzten vier Jahre (seit 1970), in denen die Arbeiterbewegung sich eindeutig als der führende Kern einer immer breiteren demokratischen Volksbewegung bestätigt. Dabei wird die Agonie des francistischen Regimes überwiegend nur so geschildert, wie sie sich in der Entwicklung der Volksbewegung widerspiegelt.

Im Mittelpunkt der gesamten Darstellung steht die Entwicklung der Comisiones Obreras. Angrenzende Probleme, die aufgrund ihrer politischen Bedeutung einer eingehenden Analyse bedürften, konnten im gegebenen Rahmen nur gestreift werden. Dies gilt besonders für die Problematik der nationalen Minderheiten, der Basken, Katalonen und Galizier. Eine Charakterisierung der baskischen Untergrundbewegung ETA kann beispielsweise nur geleistet werden, wenn sie in die Geschichte der baskischen Bourgeoisie (und Arbeiterklasse) eingebettet wird. Ähnlich sieht es im Falle Kataloniens aus. Der Anspruch dieser

Nationalitäten auf Autonomie im Rahmen eines föderativen spanischen Staates kann daher nur festgestellt werden.

Wenn es mir gelungen sein sollte, die neue spanische Arbeiterbewegung der Comisiones Obreras als das darzustellen, was sie ist und als was sie selbst sich versteht – als "eine offene, einheitliche, demokratische, unabhängige und Forderungen stellende (revindikative) Bewegung" –, dann ist das Hauptanliegen dieses Aufsatzes erfüllt. Diesem Anspruch entsprechend, führen zwei Darstellungsstränge durch die historischen Ereignisse von 1939 bis 1973: zum einen die Erkenntnis der Aktionseinheit als der Voraussetzung für den erfolgreichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse; zum anderen die dialektische Wechselbeziehung zwischen der analytischen, verallgemeinernden und orientierenden Funktion der Partei der Arbeiterklasse einerseits und den aus den organisierten wie spontanen Kämpfen erwachsenden Mitteln und Taktiken des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes andererseits. Dieser zweite Aspekt ist allerdings im ersten Abschnitt, den Ereignissen zwischen 1939 und 1962, besonders ausgeprägt, weil es mir daran lag, zu zeigen, daß die Comisiones Obreras 1962 nicht wie Phoenix aus der Asche ins Licht getreten sind (wie dies in den Veröffentlichungen pseudolinker spanischer Gruppen und Individuen aufgrund ihrer Isolierung von der realen Bewegung immer wieder erscheint), sondern daß sie das Produkt eines langen und schwierigen Prozesses der Suche und Prüfung von Kampf- und Organisationsformen gewesen sind. In diesem Prozeß hat die Kommunistische Partei Spaniens als einzige politische Kraft der Arbeiterklasse, die im ganzen Land organisiert war und ist, ohne Zweifel die führende Rolle innegehabt.

Wie der erste Teil: "Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens", in SOPO 23, den Julian Quijada und ich zusammen erstellt haben, beruht auch dieser Aufsatz nahezu ausschließlich auf spanischen Quellen. Diesmal kommt hinzu, daß es sich überwiegend um Quellen dokumentarischen Charakters handelt, deren Verbindung zueinander oft nur unzureichend durch die Schilderung der realen Klassenkämpfe, wie sie den einschlägigen periodischen Publikationen zu entnehmen sind, aufgezeigt wird. Hier bedarf es unbedingt weiterer angestrengter Forschungsarbeit. Eine Hilfestellung bot jedoch das italienische Buch von Marco Calamai: "La lotta di classe sotto il franchismo. Le Commissioni Operaie", Bari 1971. Mit Rücksicht auf den in SOPO 23 veröffentlichten Artikel sind in der vorliegenden Arbeit Hinweise auf die Wirtschaftsentwicklung und -politik nur dort gegeben worden, wo unmittelbare Bezüge zur konkreten Entwicklung der Arbeiterkämpfe bestanden.

Ich möchte diese Einleitung nicht abschließen, ohne an den Leser die Aufforderung zur materiellen Solidarität mit dem Kampf der spanischen Arbeiterklasse gerichtet zu haben. Wenn spanische Arbeiter streiken, dann verfügen sie nicht über Streikfonds starker Gewerkschaftsorganisationen, sondern sind auf die materielle Solidarität ihrer Kollegen und aller demokratischen und sozialistischen Kräfte angewiesen. Daher möchte ich die Bedeutung finanzieller Unterstützung hier hervorheben. Solidaritätsspenden können jederzeit auf das Konto der Auslandsdelegation der Comisiones Obreras in Paris: C.C.P. Mme BEREHOUT Marie, 12875-78 Paris überwiesen werden.

1. Die Folgen des Bürgerkrieges (1939-1956)

Im April 1939 brach in Spanien der Frieden aus. Nach drei Jahren grausamen Bürgerkrieges war das Land verwüstet. Es waren 600.000 Tote zu beklagen. Die Generäle der Finanz- und Großgrundbesitzer-Oligarchie hatten mit der Unterstützung Hitlers und Mussolinis den Sieg davongetragen. Die Arbeiterklasse wurde der unglaublichsten Ausbeutung unterworfen, ihre Organisationen ausgelöscht und ihre Führer an die Wand gestellt, sofern sie nicht ins Ausland geflohen waren. Rund 200.000 wurden in den ersten Jahren nach dem Krieg ermordet. Hunderttausende flüchteten oder landeten in den zahlreichen Zuchthäusern des neu errichteten Staates unter der Führung General Francos und der faschistischen Falange.

Die Gewerkschaften wurden verboten. Während der II. Republik waren die sozialistische UGT (Union General de Trabajadores – Allgemeiner Arbeiterverein) und die anarchistische CNT (Confederacion Nacional de Trabajadores – Nationale Arbeiterkonföderation) die entschiedensten Vertreter von Arbeiterinteressen gewesen. Die UGT, eng verbunden mit der PSOE (Partido Socialista Obrero Español – Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) und die PCE (Partido Comunista de España – Kommunistische Partei Spaniens), deren Mitglieder ebenfalls in der UGT (seit Dezember 1935) organisiert waren, bildeten die Hauptstütze der Volksfront, die bei den Wahlen im Februar 1936 die reaktionäre Nationale Front sicher besiegte.

1.1. Das Vertikale Syndikat

An die Stelle der Gewerkschaften trat nach Ende des Bürgerkrieges die Syndikale Organisation (Organizacion Sindical), deren ideologischer Hintergrund bei der nazi-deutschen Arbeitsfront und der mussolini-italienischen Carta del Lavoro, aber auch bei der korporativen Soziallehre des Katholizismus zu suchen ist. Das "sindicato vertical" (die vertikale, hierarchisch gegliederte 'Gewerkschaft' im Gegensatz zur "horizontalen", demokratischen Klassengewerkschaft) (1) ging organisatorisch aus den "Kommissionen zur Regulierung der Produktion" hervor, die während des Bürgerkrieges in den faschistischen Gebieten die Auftragskontingente verteilten, die Preise festsetzten und die Besteuerung regelten. Diese von den Unternehmern beschickten Kommissionen wurden nach dem Krieg in die vertikalen Syndikate verwandelt, welche Arbeiter, Techniker und Unternehmer zu vereinigen vorgaben (Grundgesetz der Arbeit, Erklärung XIII, 1: "Die National-Syndikalistische Organisation des Staates wird sich von den Prinzipien der Einheit, Totalität und Hierarchie leiten lassen.").

"Alle Produktionsfaktoren" wurden zwangsweise zusammengefaßt. Deren einer, die Arbeit, wurde per Gesetz zu Recht und Pflicht. Während das "Recht auf Arbeit" als "Folge der dem Menschen von Gott auferlegten Pflicht, seine individuellen Ziele und das Gedeihen und die Größe seines Vaterlandes zu verfolgen" (I, 3), erklärt wurde und damit im Gesetzestext wie in der Wirklichkeit ein leeres Wort blieb, erhielt die Arbeitspflicht eine recht konkrete Formulierung. "Die Arbeit, als soziale Pflicht, wird unentschuldbar in jeder ihrer Formen von allen arbeitsfähigen Spaniern verlangt und als verbindlicher Beitrag zum nationalen Vermögen gewertet werden" (I, 5). Um zu verdeutlichen, was unter "sozialer Pflicht" zu verstehen sei, wurde (in IX, 3) hinzugefügt, daß "jede vorsätzliche Verminderung der Arbeitsleistung" mit der "entsprechenden Strafe" belegt werden müsse. Das Wort "Streik" verschwand aus dem offiziellen Sprachschatz.

Die vertikalen Syndikate funktionierten de facto als hervorragende Mittel zur Kontrolle der Arbeiterklasse und zur Durchsetzung monopolistischer Praktiken im Verein mit der Syndikatshierarchie, die wie die staatliche völlig von der Falange besetzt wurde. Erklärung XIII, 5: "Das vertikale Syndikat ist ein Instrument zu Diensten des Staates, durch das er hauptsächlich seine Wirtschaftspolitik ausüben wird."

---

1 Um "Gänsefüßchen-Gewerkschaften" zu vermeiden, wird "sindicato", je nachdem ob es sich um die faschistische oder die Klassenorganisation handelt, mit "Syndikat" oder "Gewerkschaft" übersetzt.

Da die Klassen nur per Dekret "überwunden" worden waren, hatten auch kollektive Lohnverhandlungen und -verträge ihre Funktion verloren. Mit dem Gesetz über die Arbeitsreglementierung vom 16. Oktober 1942 wurden dann auch Tarifverträge abgeschafft. Der Staat übernahm die Festsetzung der Löhne. Er ließ nun keinen Zweifel daran, daß mit dem "nationalen Vermögen" das Monopolkapital gemeint war. Die Löhne stiegen zwischen 1940 und 1955 um 100 Prozent, die Preise um 240 Prozent. Vor allem die Kumpels in den Kohlenminen von Asturien bekamen jetzt die Rache der Kapitalisten für ihre revolutionäre Rolle während der II. Republik zu spüren und waren, bar jeder organisierten Wehrmöglichkeit, einer ungeheuren Ausbeutung ausgesetzt.

1.2. Die Guerrilla

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, zu dem der spanische Bürgerkrieg der Auftakt gewesen war, und die weit unter dem internationalen Durchschnitt liegende Produktivität zwangen das faschistische Regime, die wirtschaftliche Autarkie anzustreben. Massenarbeitslosigkeit und Hunger breiteten sich aus. Die Gegenreform in der Landwirtschaft, mit der die Reformansätze der Republik radikal rückgängig gemacht wurden, brachte die Nahrungsmittelversorgung an den Rand des Zusammenbruchs.

Alles schien gegen ein langes Überleben des Regimes zu sprechen. Als 1943 die Rote Armee in Stalingrad die Wende des Zweiten Weltkrieges herbeiführte. begann die Kommunistische Partei in Spanien die Guerrilla aufzubauen. Seit Ende des Bürgerkrieges hatten sich die Flüchtlinge in Frankreich reorganisiert. In Toulouse, nahe der spanischen Grenze, warteten Sozialisten und Republikaner, Anarchisten und Kommunisten auf die Stunde der Rückkehr. Die Sozialistische Partei und die verschiedenen republikanischen Parteien bauten voll und ganz auf die westlichen Alliierten. Wenn erst einmal Hitler und Mussolini gefallen sein würden, dann werden "Franco und seine Falange (...) von alleine untergehen. Es bedarf nicht unserer Anstrengungen." So Prieto, der einer der bekanntesten Sozialistenführer war. (2)

Die Kommunisten und der "apolitische" Teil der Anarchisten, sofern sie in Frankreich waren (viele hielten sich in Mexico auf), kämpften in der französischen Resistance und leisteten so über den Bürgerkrieg hinaus ihren Beitrag im Kampf gegen den Faschismus. Die Kommunisten waren als einzige sofort nach dem Bürgerkrieg daran gegangen, alle antifrancistischen Kräfte zu sammeln. Sie wollten sich nach den schlechten Erfahrungen des Bürgerkrieges nicht auf die Hilfe Londons und Washingtons verlassen, sondern verkündeten, "die Befreiung Spaniens ... könne nur das Resultat eines breiten Zusammenschlusses von den Katholiken bis zu den Kommunisten sein" (3), und begannen mit dem Aufbau von Juntas de Union Nacional. Nach anfänglichen Erfolgen scheiterten sie an der Unentschlossenheit und Kommunistenfeindlichkeit der Sozialdemokraten (PSOE) und Republikaner.

Nach Stalingrad begann die PCE mit Unterstützung vieler Anarchisten, den Maquis in Spanien aufzubauen. Sie kämpften dort lange Jahre, und viele Männer mußten ihr Leben lassen. Die Guerrilla, die schließlich daran scheiterte, daß sie nicht den Kontakt mit dem Stadtproletariat festigen konnte und nur in Teilen der Landbevölkerung Rückhalt fand, band bedeutende Teile der Franco-Armee. (4) Sie trug damit in nicht zu unterschätzen-

2 HISTORIA DEL PARTIDO COMUNISTA DE ESPAÑA, Warschau 1960, S. 225 (o.V.).
3 DOS MESES DE HUELGA, o.O. 1962, S. 7 (o.V.; Hrsg.: FKP).
4 Vgl. Sorel, Andres: GUERRILLA ESPANOLA DES SIGLO XX, Paris 1970, passim.

dem Maße dazu bei, daß Spaniens Weltkriegsbeteiligung auf die Entsendung der "Blauen Legion" und einiger anderer Truppen beschränkt blieb. Aus den Angaben der Guardia Civil geht deutlich hervor, wie nach Kriegsende die Guerrilla-Aktionen sprunghaft zunahmen, während die "Abschußquote" nahezu konstant blieb. 5.548 sogenannte "bandoleros" wurden zwischen 1943 und 1951 erschossen; 624 Guardias Civiles wurden getötet. Fast 20.000 Menschen wurden in diesen Jahren verhaftet, weil sie den Partisanen geholfen hatten. 1949 gingen die "Straftaten" und "Verlustziffern" schlagartig fast um die Hälfte zurück, 1950 halbierten sie sich nochmals. (5)

Die PCE hatte ihre Taktik geändert. 1946 war sie noch in die in Mexico residierende Exil-Regierung eingetreten, um auf diese Weise die Guerrilla zu stärken. Aber nach gut einem Jahr verließ sie enttäuscht die Regierung, weil sich herausstellte, daß sie in den Händen der PSOE und der republikanischen Parteien nicht mehr als ein Spielball der westlichen Großmächte war. (6) Der aufkommende Kalte Krieg bestärkte die Sozialdemokraten in ihrem Antikommunismus, an Aktionseinheit gegen das Regime war nicht mehr zu denken.

Franco hingegen ging gefestigt aus jener Zeit hervor. Ab 1947 wurde er den Westmächten als ideologisches Bollwerk gegen den Bolschewismus immer sympathischer. Diese Situation beschleunigte den Zerfallsprozeß, den die politischen Organisationen im Exil erlitten. Die PSOE, vor dem Bürgerkrieg die bei weitem stärkste Partei des Landes, verlor im Verlauf der fünfziger Jahre nahezu ihren gesamten Einfluß. Selbst in ihren traditionellen Hochburgen, den Industriegebieten Asturiens und Euzkadis (Baskenland), ging ihre Bedeutung stark zurück. Die Anarchisten zerfielen in noch kürzerer Zeit völlig. Ihr "apolitischer" Flügel verlor sich nach den Tagen der Guerrilla; ihr "politischer" Flügel degenerierte bis zum offenen Bündnis mit den erzreaktionären Monarchisten.

Nur die Kommunistische Partei konnte sich trotz innerer Auseinandersetzungen um Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes im ganzen Land behaupten. Im Laufe der vierziger Jahre war es verschiedentlich zu kurzen und lokal begrenzten Streiks und ähnlichen Aktionen gekommen. Der 1. Mai des Jahres 1947 in Bilbao mag den endgültigen Anstoß für das Überdenken der alten Guerrilla-Taktik gegeben haben, die einen Großteil der politischen Aktiven in den Bergen hielt, während das Stadtproletariat sich zu regen begann. Monate intensiver Agitation und ökonomischer Forderungen waren vorausgegangen, die schließlich zu einem breiten Bündnis der antifrancistischen Kräfte führten. Am 1. Mai 1947 fand in Bilbao ein Generalstreik statt, an dem mehr als 50.000 Arbeiter teilnahmen. Er hatte überwiegend politischen Charakter und zeigte, daß die Arbeiterklasse keineswegs den Kampf um ihre Rechte aufgegeben hatte, sondern, das es galt, für ihren Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen und politischen Aktion einzutreten.

1.3. Die "neue" Taktik

Im Oktober 1948 hielten PCE und PSUC (Partit Socialista Unificat de Catalunya – Sozialistische Einheitspartei Kataloniens) eine gemeinsame erweiterte Aktiv- und Kadertagung ab, auf der die Taktik des gewerkschaftlich-politischen Massenkampfes eingehend erörtert wurde. Die Parteien übten harte Selbstkritik. Den raschen Sturz des Regimes vor Augen, sei die Leninsche Taktik, immer dort zu kämpfen, wo die Massen sind, nicht mit der ausreichenden Energie befolgt worden. Sie hatten, obwohl sie den Niedergang der UGT mit ansehen mußten, den Aufbau von geheimen Gewerkschaften propagiert und es verschmäht, sich der, wenn auch äußerst beschränkten, legalen Möglichkeiten der vertikalen

5 Alle Angaben ebenda, S. 10.
6 HISTORIA DEL PCE, a.a.O., S. 243.

Syndikate zu bedienen. Auf diese Weise wurde der Kontakt zur Arbeiterjugend ungenügend ausgebaut, während die alten Genossen durch polizeiliche Zugriffe immer mehr gefährdet waren.

Der mutige Kampf in der Guerrilla hatte den Kommunisten die Hochachtung weiter Teile der Bevölkerung eingebracht. Diese Sympathien kamen ihnen jetzt zugute. Die Arbeiter waren zwangsweise in den Syndikaten und standen ihnen feindlich gegenüber. Es galt nun, die Forderungen der Arbeiter in und gegenüber dem Syndikat zu formulieren. Man brauchte Zeit, um neue Taktiken zu erlernen, man mußte mit kleinen Aktionen anfangen, Kräfte sammeln. Die Bewegung mußte zielstrebig, aber mit Bedacht aufgebaut werden. Die Guerrilla konnte in dieser Konzeption keinen Platz mehr haben, die Partei beschloß ihre Auflösung. (7) Santiago Carrillo, bis heute Generalsekretär der PCE, forderte seine Genossen und alle anderen aktiven Antifrancisten auf, alle legalen Möglichkeiten zu nutzen.

Für die Kommunisten ergebe sich die Verpflichtung, "in allen legalen Massenorganisationen – Syndikaten, Bruderschaften (Landarbeitervereinigungen im Rahmen der Syndikate, d.Verf.), Genossenschaften, Kulturzirkeln, Vereinen etc. – zu arbeiten, auch wenn deren Leitung in Händen von Falangisten und Reaktionären liegt; unsere Aktivitäten in diese Organisationen hineinzutragen, Ämter zu übernehmen und sie im Interesse des Volkes zu benutzen, um so in ständiger Berührung mit ihm zu sein und den Francismus zu bekämpfen. D.h., wir haben die Pflicht, die Nutzung aller legalen Möglichkeiten mit der illegalen Arbeit zu kombinieren." (8)

Die positiven Auswirkungen dieser Umorientierung ließen nicht lange auf sich warten. Die Kommunisten trafen, wo dies möglich war, zur Organisierung ihrer legalen und illegalen Arbeit Absprachen mit katholischen und anderen fortschrittlichen Arbeitern. Aufgrund dieser Absprachen stellten sich bei den Syndikatswahlen im Oktober 1950 zum ersten Mal "freie Listen" zur Wahl und konnten in einer Reihe großer Betriebe, vor allem aber in Katalonien, erhebliche Teile des Vertrauensleutekörpers stellen. Als im Februar in Barcelona die Straßenbahntarife heraufgesetzt wurden, boykottierte die Bevölkerung der Stadt vom 1. März an fünf Tage lang die Straßenbahnen. Die zahlreichen Verhaftungen steigerten die Unruhe in der Bevölkerung. Am 6. März griffen die im Herbst zuvor gewählten fortschrittlichen Vertrauensleute einiger großer Betriebe den Streikaufruf der PSUC auf, nachdem auf einer Syndikatsversammlung mit Falange-Bonzen der Unmut der Arbeiter nur noch gesteigert worden war.

Der Streik begann in einigen Textilfabriken und breitete sich dann im Nu auf ganz Barcelona aus. Der 12. März wurde, entsprechend dem Aufruf der Vertrauensleute, zum Tag des Generalstreiks gegen die Teuerung. Die Textil-, Metall-, Chemie-, Bau- und andere Industrien lagen lahm. Die Taxifahrer ließen ihre Autos stehen, Kinos und Theater blieben geschlossen, die Telefonangestellten und die Mehrzahl der Straßenbahner streikten. Es kam zu großen antifrancistischen Demonstrationen. Die Bewaffnete Polizei und die Guardia Civil nahmen Massenverhaftungen vor. Im Hafen liefen vier Kriegsschiffe ein, und das Militär wurde zusammengezogen.

In den folgenden Monaten kam es auch in anderen spanischen Städten immer wieder zu Demonstrationen und anderen Protestaktionen. Vor allem die ständig steigenden Preise waren der Anlaß für diese Massenaktionen. Im Jahre 1953 gelang es dann auch zum ersten Mal, in verschiedenen Betrieben bescheidene Lohnerhöhungen durchzusetzen. Damit waren all jene Lügen gestraft worden, die behauptet hatten, im Faschismus seien Massenaktionen nicht möglich. Auch Studenten und Intellektuelle wurden durch diese Protestmaßnahmen aufgerüttelt. Der nun einsetzende Differenzierungsprozeß, der nur noch eine kleine Minderheit an der Seite des Regimes beließ, legte die Grundlage für die Beteiligung der Intellektuellen am allgemeinen antifrancistischen Kampf während der sechziger Jahre und bis heute.

7 Ebenda, S. 236 f.
8 DOS MESES DE HUELGA, a.a.O., S. 8.

1.3.1. Der politische Generalstreik

Der V. Parteitag der PCE, der eigentlich im August 1936 stattfinden sollte, durch Bürgerkrieg, Weltkrieg, Exil und viele andere Gründe aber nicht zustande gekommen war, wurde vom 1. bis 5. November 1954 abgehalten. Er bestätigte einmütig die inzwischen von der Partei ausgegebene taktische Orientierung. Die Analyse der ökonomischen und politischen Situation ergab die Notwendigkeit, den antifeudalen und antimonopolistischen Kampf auf der Basis eines möglichst breiten antifrancistischen Bündnisses zu führen. Hauptkraft dieses Kampfes mußte die Arbeiterklasse sein. Diese Aufgabe konnte sie aber nur erfüllen, wenn sie ihre inneren Hindernisse: ihre Spaltung in katholische und nicht-katholische bzw. nicht religiöse Arbeiter zum einen und in Sozialdemokraten und Kommunisten zum anderen, überwand. Dies konnte und kann jedoch nur durch das gemeinsame Handeln aller Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen geschehen. Dem Streik wurde unter den gegebenen politischen Bedingungen besondere Bedeutung beigemessen, da aufgrund des Streikverbots auch die geringste Aktion zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen politischen Charakter annehmen mußte.

Schon im März 1947, also noch vor dem Generalstreik von Bilbao, hatte Santiago Carrillo erklärt:

> Die Streikbewegung "wird wachsen und immer mächtiger werden ... Unsere Partei wird dafür kämpfen, daß der Gedanke des Streiks sich in der gesamten Arbeiterklasse tief verwurzelt. Unsere Partei wird bei ihren Aktionen immer darauf achten, daß man von den kleinen Streiks zu größeren Streiks übergehen muß. Und daß man der Arbeiterklasse zeigen muß, daß sie im Besitz einer Waffe ist, die im Zusammenspiel mit den Aktionen und Kämpfen aller anderen antifrancistischen Kräfte ... dem Franco-Regime ein Ende setzen kann: diese Waffe ist der politische Generalstreik ..." (9)

Der politische Generalstreik sollte das Land lahmlegen und auf diese Weise zu einem im großen und ganzen friedlichen Machtwechsel führen. Ein neuer Bürgerkrieg war um jeden Preis zu verhindern.

Das Ziel des Kampfes war eine demokratische Republik, die in allererster Linie eine tiefgreifende Agrarreform durchzuführen hätte. Leitspruch dieser Reform: La tierra para quien la trabaja (das Land dem, der es bearbeitet). Darüberhinaus sollten antimonopolistische Maßnahmen die Macht der Monopole zurückdrängen, um sie schließlich zu brechen.

1.4. Die Aktionseinheit

Als gewerkschaftliche Forderungen wurden aufgestellt: ein Mindestlohn mit gleitender Lohnskala, der Acht-Stunden-Tag, gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Diskriminierung von Frauen und Jugendlichen und eine Arbeitslosenunterstützung. Während der folgenden Kampagne, die die Beschlüsse des V. Parteitages bekannt machte, wurden diese Forderungen immer öfter aufgegriffen. Vor allem bei den Vertrauensleute-Versammlungen in den Provinzen, die den "III. Nationalen Arbeiterkongreß" der vertikalen Syndikate vorbereiten sollten, wie auch bei mehreren Regionalkongressen tauchten sie immer wieder auf, so

9 Ebenda, S. 8.

daß der Nationalkongreß sich im Juni 1955 schließlich gezwungen sah, sie ebenfalls zu verabschieden.

Dieser Erfolg war ein sichtbarer Ausdruck für die Veränderungen, die sich unter den Vertrauensleuten und Betriebsräten vollzogen. Nicht nur waren viele Kommunisten und andere fortschrittliche Arbeiter gewählt worden, die politische Entwicklung des Landes, die ständig steigenden Preise, der Zerfallsprozeß der Falange erweckten auch bei vielen anderen Funktionsträgern der Syndikate größeres Verständnis für die Interessen der Arbeiter. Daher forderte der V. Parteitag alle klassenbewußten Arbeiter auf, die legalen Positionen innerhalb der Syndikate auszunutzen, um eine Bewegung der Gewerkschaftlichen Arbeiteropposition (Oposicion Sindical Obrera – OSO) zu entwickeln, die im Kampf um die Durchsetzung von Arbeiterinteressen die Grundlagen für eine spätere demokratischeund einheitliche Klassengewerkschaft bilden sollte.

Die OSO sorgte dafür, daß die Falange-Hierarchie des Syndikats die PCE-Forderungen nicht vergessen konnte. Sie wurden gestellt, wo und wann immer die Arbeiter aktiv wurden. Und die unaufhörlich steigenden Preise sorgten für ihre bleibende Aktualität. Im Frühjahr 1956 wuchs die Unruhe in Katalonien und Euzkadi. Schließlich kam es zu Streiks in Pamplona, Barcelona, im Baskenland und in Valencia. An die 150.000 Arbeiter nahmen an den Streikmaßnahmen teil. Die Regierung hatte im März eine allgemeine Lohnerhöhung von 16 Prozent und weiteren 6 Prozent für Oktober angekündigt. Das war angesichts der inflationären Entwicklung viel zu wenig. Die Arbeiter forderten und erkämpften mehr. Das Beispiel machte Schule. Diesen ganzen Sommer über kam es zu Streiks und breiten Lohnbewegungen. Im Oktober mußte die Regierung Lohnerhöhungen zulassen, die zwischen 25 und 70 Prozent lagen und damit weit über die angekündigten 6 Prozent hinausgingen.

Ebenfalls im Februar 1956 war es zu Studentenunruhen in Madrid gekommen. Die Studenten lehnten sich gegen das faschistische Studentensyndikat SEU auf (Sindicato Espanol Universitario). Zu Tausenden zogen sie protestierend durch die Straßen Madrids: "Wir wollen einen demokratischen Kongreß". "Nieder mit der Falange". Auf diese Weise brachten sie eine Entwicklung öffentlich zum Ausdruck, die Jahre zuvor durch den ausbrechenden Widerstand immer größerer Teile der Arbeiterklasse in Gang gesetzt worden war. Im bürgerlichen Lager selbst bildeten sich Formen des Antifrancismus heraus, die sich der mehr und mehr zerfallenden Falange entgegenstellten. Zwei Richtungen herrschten vor: die liberale und die christlich-demokratische mit ihren jeweiligen Schattierungen. Gleichzeitig verstärkten die Monarchisten ihre Aktivität, um sich der Monopolbourgeoisie als Alternative zur Falange anzubieten.

2. Die Entwicklung neuer Kampfformen (1956-1962)

Mit dieser Entwicklung wurden zum ersten Mal im Nach-Bürgerkriegs-Spanien die alten Grenzen zwischen Siegern und Besiegten verwischt, die Falange wurde nicht mehr als führende Interessenvertreterin der Großbourgeoisie anerkannt. Damit ergaben sich für die Überwindung der Diktatur neue Koalitionsmöglichkeiten, denen die PCE auch sogleich Rechnung zu tragen versuchte. Die neu erstarkte Arbeiterbewegung mußte zusammen mit Teilen der nicht-monopolistischen Bourgeoisie in der Lage sein, die Diktatur zu überwinden.

2.1. Die Politik der "Nationalen Versöhnung"

Im Juni 1956 veröffentlichte das Zentralkomitee der PCE eine Erklärung. Am Vorabend des zwanzigsten Jahrestages des Ausbruchs des Bürgerkrieges rief die Kommunistische Partei zur Nationalen Versöhnung auf.

> "Die Politik der Nationalen Versöhnung stellte einen Vorschlag zum Kompromiß zwischen Arbeiterklasse und anderen Klassen und sozialen Schichten dar, der das Ziel hatte, die Franco-Diktatur durch eine Ordnung mit bürgerlichen Freiheiten zu ersetzen, ohne eine neue Periode des blutigen Kampfes und des Bruderkrieges zu eröffnen." (10)

Wie dies konkret aussehen konnte, sollte sich bald zeigen. Im Januar 1957 kam es in Barcelona durch die Initiative der PSUC erneut zu einem Boykott der öffentlichen Verkehrsmittel, dem sich in Flugblättern auch andere politische Gruppen: katalanische Nationalisten (linke und rechte), Liberale, Christdemokraten, Anarchisten etc. anschlossen. Diese breite Aktion fand in ganz Spanien große Beachtung, so daß die Madrider Organisationen der PCE für den 7. und 8. Februar ebenfalls zu einem Boykott der Nahverkehrsmittel aufriefen. An diesen Tagen ging ganz Madrid zu Fuß. Der Boykott wurde von nahezu allen anderen antifrancistischen Kräften unterstützt und hatte eindeutig politischen Charakter, denn es war kein unmittelbarer Anlaß (Fahrpreiserhöhungen o.ä.) gegeben.

Wenn die Aktionen der Studenten des Frühjahrs 1956 schon zwei Minister zu Fall gebracht hatten, so stürzte nun über den Madrider Boykott die ganze Regierung. Die ökonomische Entwicklung hatte die spanische Wirtschaft dem Bankrott nahegebracht. Die Oligarchie stand vor der Alternative, entweder ihre während der fünfziger Jahre schon aufgeweichte Autarkiepolitik verschärft weiterzubetreiben und sich damit dem sicheren Sturz wegen Unfähigkeit entgegenzubewegen oder aber die international konkurrenzunfähige spanische Wirtschaft zu öffnen und sie damit dem ausländischen Kapital auszuliefern. Jede dieser beiden Alternativen hätte einen Regierungswechsel erfordert. So konnte die tiefe Unzufriedenheit, die in den Aktionen von Barcelona und Madrid zum Ausdruck kam, zum Anlaß für die wichtigste Regierungsumbildung der Ära Franco werden. (11)

Nachdem im Dezember 1956 schon der später wichtigste Planer des Opus Dei, Lopez Rodo, als Technischer Generalsekretär des Regierungspräsidenten (Franco) in die Regierung genommen worden war, wurden am 25. Februar 1957, knapp zwei Wochen nach dem großen Boykott in Madrid, 14 von insgesamt 18 Ministern ausgewechselt. Als Antwort auf die Massenaktionen des Frühjahrs wurden fünf hohe Militärs in die neue Regierung genommen (zwei zusätzlich). Die wichtigsten Wirtschaftsressorts sowie das Finanzministerium gingen an Opus-Dei-Mitglieder, denen die Aufgabe zufiel, als Vertreter dynamischer Kapitalfraktionen die Wirtschaft vor der drohenden Katastrophe zu retten. Sie konnten sich dabei auf den Rat und die kreditkräftige Hilfe internationaler Monopolorganisationen wie OEEC (später OECD), Weltbank usw. stützen. Für den Fall jedoch, daß die Arbeiterklasse nicht bereit sein sollte, die bevorstehenden Stabilisierungsmaßnahmen auf ihrem Rücken austragen zu lassen, war auch der neue Innenminister ein in der Nähe des Gotteswerks anzusiedelnder General (Alonso Vega).

Vorerst jedoch zeigte sich die immer breitere Massenbewegung unbeeindruckt von den tiefgreifenden Veränderungen in der Regierungszusammensetzung. Immer wieder kam es in verschiedenen Landesteilen zu Streiks und anderen Protestaktionen. Sie flackerten

10 HISTORIA DEL PCE, a.a.O., S. 257.

11 Vgl. SOPO 23, Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens, Teil 1, Abschnitt 2; sowie Ynfante, Jesus: LA PRODIGIOSA AVENTURA DEL OPUS DEI. GENESIS Y DESARROLLO DE LA SANTA MAFIA, Paris 1970.

irgendwo auf wegen Lohnforderungen, schlechter Arbeitsbedingungen oder anderer Gründe und wurden dann in der näheren Umgebung aufgegriffen, weitergetragen und ergriffen ganze Provinzen. Bald wurde die Forderung erhoben, auf dieselbe Art und Weise Aktionen zu starten, die ganz Spanien erfassen sollten.

2.1.1. Der Kampftag der Nationalen Versöhnung

Das III. Plenum des ZK der PCE (September 1957) griff diesen Gedanken auf. Ausgehend von der Überlegung, daß eine solche nationale Massenbewegung nicht dem Zufall überlassen werden dürfe, sondern sorgfältig vorbereitet werden müsse, schlug das Politbüro dem Plenum die Organisierung eines "Tages der Nationalen Versöhnung" vor. Der Bericht des Politbüros begriff diesen Tag "als Höhepunkt einer Reihe von kleinen und großen Aktionen, als Werk von Tausenden von Organisatoren und Agitatoren aller sozialer Klassen, aller antifrancistischen Ideologien und Parteien." (12) Im Mittelpunkt dieses "nationalen Plebiszits" sollten die anhaltende Teuerung, die Wirtschaftspolitik der Diktatur, die Amnestie für die politischen Gefangenen und Emigranten sowie demokratische Freiheiten stehen. Ein Datum für den Tag der Nationalen Versöhnung sollte erst dann festgesetzt werden, wenn die politische Situation dafür geeignet erschien.

Doch der Gedanke fand augenblicklich Verbreitung. Schon die Mobilisierung für die Wahlen in den Syndikaten kurz nach der ZK-Tagung stand mit im Zeichen der Vorbereitung der "Jornada". Vor allem von Seiten der katholischen Arbeiterschaft kam nun immer mehr Unterstützung. Sie nahmen unter den Arbeitern, die sich mit dem Ziel einer tatsächlichen Interessenvertretung zur Wahl stellten, neben den Kommunisten den größten Platz ein. (Bei diesen Syndikatswahlen wurden Hunderte fortschrittlicher Arbeiter zu Vertrauensleuten und Betriebsräten gewählt, doch blieb das Mißtrauen gegenüber den offiziellen Syndikaten weiterhin tief verwurzelt. Die Wahlbeteiligung war extrem niedrig, und viele wählten Sofia Loren oder einen der gerade bekannten Toreros oder Schlagersänger.)

Die Idee der Jornada de Reconciliacion Nacional bekam bald ein solches Gewicht, daß die Regierung sich gezwungen sah, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In der Presse ließ sie verbreiten, es sei ein "kommunistisches Komplott" geplant, und Anfang 1958 wurden rund 100 spanische Teilnehmer der VI. Weltjugendfestspiele in Moskau (Sommer 1957) verhaftet. 44 von ihnen blieben unter der Anklage, die Jornada proklamiert zu haben, in Gefangenschaft.

Anfang März 1958 legten rund 30.000 Kumpel aus den Kohlenminen Asturiens die Arbeit nieder. Sie forderten angesichts der ständig steigenden Preise höhere Löhne. Polizei und Unternehmer reagierten mit Massenverhaftungen und Aussperrung. Ausgehend von einigen wenigen Bergwerken, breitete sich der Streik in wenigen Tagen über ganz Asturien aus und berührte auch das angrenzende Bergbaugebiet von Leon. Als darauf auch die Metaller und Textilarbeiter von Barcelona sich anschlossen und einige der wichtigsten Unternehmen der baskischen Provinz Guipuzcoa und in Valencia in Streik traten oder entschlossene Protestaktionen starteten, erklärte die Kommunistische Partei den 5. Mai zum Tag der Nationalen Versöhnung. Die sozialdemokratische Partei (PSOE) und nahezu alle anderen politischen Organisationen der Opposition meinten, diese Anstrengungen ignorieren zu können. Doch während die Führung im Ausland weiter ihren Antikommunismus pflegte, ließen sich viele Mitglieder und Sympathisanten im Landesinnern nicht davon abhalten, nach Kräften an der Mobilisierung mitzuwirken.

12 HISTORIA DEL PCE, a.a.O., S. 266.

Millionen von Flugblättern überschwemmten das Land in den Wochen und Tagen vor diesem 5. Mai. Die Agitation erreichte Dörfer, die bis dahin noch unberührt geblieben waren. Die verschiedenen Aufrufe forderten auf, an diesem Tag die öffentlichen Verkehrsmittel und Vergnügungsstätten zu boykottieren, keine Einkäufe, Überstunden und Nachtschichten zu machen, zu streiken oder nach Vorschrift zu arbeiten und höhere Löhne zu fordern. Die Bauern und Landarbeiter sollten sich auf den Dorfplätzen versammeln, keine Waren zum Markt bringen und streiken. Im ganzen Lande sollten demokratische Freiheiten und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert werden.

So wie sich während der Streiks und Protestaktionen in den Betrieben Kommissionen gebildet hatten, die mit den Syndikatsvertretern oder den Unternehmern über ihre Forderungen verhandelten, kamen jetzt Komitees der verschiedensten sozialen Kräfte zustande, die die Jornada vorbereiteten. Nach erfolgreich abgeschlossener Aktion lösten sie sich dann wieder auf.

Der 5. Mai 1958 wurde ein großer Erfolg. Trotz der umfangreichen Repressionsmaßnahmen des Staates – das Militär hielt Paraden ab und besetzte quasi die Städte, die Polizei nahm Massenverhaftungen vor, und wie zufällig gingen Einheiten der VI. US-Flotte in den wichtigsten Mittelmeerhäfen vor Anker – bezeugten Millionen von Spaniern in der einen oder anderen Weise dem Regime ihre Feindschaft.

Die Festnahme tausender mehr oder weniger direkt an den Aktionen des 5. Mai Beteiligter setzte eine Amnestie-Bewegung in Gang, die sehr bald immer weitere Kreise mobilisierte. Vor allem die Frauen der Verhafteten trieben diese Solidaritätsbewegung unaufhörlich voran. Sogar Teile der gewöhnlich konservativen Anwaltschaft schlossen sich an.

2.1.2. Der Friedliche Nationale Streik

Nach dem Erfolg vom 5. Mai glaubte die PCE die Zeit für einen Friedlichen Nationalen Streik für gekommen. Die Inflation fuhr mit ungeminderter Stärke fort, die wieder einmal eingefrorenen Löhne aufzufressen. Von den im Jahr zuvor erkämpften Lohnerhöhungen war längst nichts mehr übrig geblieben. Die Amnestie-Bewegung erfaßte das ganze Land. Nachdem die Jornada praktisch nur von der PCE als geschlossener Organisation getragen worden war, traten diesmal fast alle politischen Oppositionsgruppen in die Vorbereitungskomitees ein. Mit besonderem Eifer ging die FLP (Frente de Liberacion Popular – Volksbefreiungsfront) an die Vorbereitungsarbeit. Die FLP war eine geheime Organisation, die besonders unter den Studenten Madrids und Barcelonas Anhänger hatte. In Barcelona übte sie auch bis weit in die sechziger Jahre hinein neben der PSUC starken Einfluß auf die in der OSO aktive Arbeiterschaft aus.

Nur die PSOE sah sich gemüßigt, ihre eigene Isolierung voranzutreiben und winkte nicht nur ab, sondern forderte über die französischen Sender zur Nichtteilnahme auf.

Der 18. Juni 1959 sollte der Tag des Friedlichen Nationalen Streiks werden. Die Mobilisierungsanstrengungen erreichten diesmal noch größere Ausmaße als bei der Jornada. Der Nationale Streik sollte zeigen, daß das Regime isoliert ist und daß es nicht des Bürgerkrieges, sondern der Einheit aller antifrancistischen Kräfte bedurfte, um es zu überwinden.

Auch diesmal kam es in vielen Fabriken zu Streiks. Und, was besonderes Gewicht hatte, in Andalusien und Extremadura nahmen an die 200.000 Landarbeiter und Bauern mit Streiks und anderen Aktionen an diesem Kampftag teil. Die Gewerkschaftliche Arbeiteropposition (OSO) registrierte einen Zulauf wie nie zuvor, und die PCE erhielt gruppenweise neue Mitglieder.

2.2. Das Verhältnis von legalem und illegalem Kampf

Schon auf dem IV. Plenum des ZK im September 1958 hatte Santiago Carrillo die Lehren aus den Massenaktionen zusammengefaßt, verallgemeinert und als Handlungsanweisung in die Grundorganisationen zurückgegeben. Dabei machte er vor allem zum Verhältnis von "legalem und illegalem Kampf", so wie es sich aus den Erfahrungen mit der OSO ableiten ließ, grundlegende Ausführungen, die schon die Prinzipien der späteren Arbeiterbewegung, der Comisiones Obreras, zusammenfaßte.

> "Um der antifrancistischen Kampfbewegung eine größere Organisiertheit und Einheit zu geben, müssen wir Kommunisten uns auf die Masseninitiative stützen, auf jene Formen, die den Massen am geeignetsten erscheinen; wir müssen sie weiterentwickeln und vervollständigen und jeglichen Schematismus und Formalismus, jegliche Routinehaltung vermeiden ...
>
> Die Einheit der Arbeiter hat in letzter Zeit, dank der richtigen Orientierung unserer Partei, durch die kombinierte Nutzung von legalen Möglichkeiten und geheimer Arbeit beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Vertrauensleutewahlen haben die Möglichkeit eröffnet, im zähen Kampf in zahlreichen Betrieben auf demokratische Weise einen Kern kampfbereiter Arbeiter verschiedener Tendenzen – und in vielen Fällen ohne irgendwelche politischen Tendenzen – zu wählen, die die Arbeiter gegenüber den Unternehmen und den vertikalen Syndikaten vertreten ...
>
> Tatsächlich haben die Arbeiter vieler Betriebe mittels der Vertrauensleutewahlen und in Ausnutzung der Grundformationen der vertikalen Syndikate ihre Kräfte zusammengefaßt, sich um ihre demokratisch gewählten Vertreter vereint und organisiert. In der Praxis haben sich so Einheits- und Organisationsformen der Arbeiter gebildet, ... die eine Antithese gegenüber den hohen Funktionären der Syndikatshierarchie und der Diktatur darstellen.
>
> ... Parallel dazu haben sich andere, außergesetzliche Formen der Einheit entwickelt. In den Betrieben oder auf lokaler Ebene hat es vor den Wahlen zur Vorbereitung und Durchsetzung der Kandidaturen Diskussionen und Übereinkünfte zwischen den bewußtesten Elementen gegeben, und ebenso hinterher zur Anleitung der Arbeit der Vertrauensleute ... Ohne Zweifel ist es unsere Aufgabe, diese gesetzlichen und außergesetzlichen Formen der Einheit der Arbeiter zu entwickeln und zu festigen. Bei dieser Aufgabe hilft uns die objektive Situation, die bewirkt, daß jeder ökonomische Kampf ein Zusammenstoß mit dem Regime und den Autoritäten ist und dazu beiträgt, diesen Organen eine gewisse politische Bedeutung zu geben." (13)

Auf dem VI. Parteitag der PCE im Januar 1960 bestätigte Carrillo diese Analyse, vor allem aber drängte er dazu, den zu jeweils konkreten Aktionen gebildeten Arbeiterkommissionen einen stärker permanenten Charakter zu verleihen.

> "Es darf keine Möglichkeit außer Acht gelassen werden, innerhalb der Syndikate zu arbeiten.
>
> Doch zur Vertretung ihrer Forderungen innerhalb der Syndikate müssen die Arbeiter sich in jedem Betrieb vereinigen und organisieren, ständige Kommissionen bestimmen, die sie vertreten und anleiten; in einigen Fällen können sie sich aus den gewählten Vertrauensleuten und Betriebsräten sowie zwei oder drei weiteren Arbeitern zusammensetzen; in anderen Fällen, wo die Vertrauensleute und Betriebsräte nicht auf der Höhe sind, müssen sie sich aus den entschlossensten und fähigsten Arbeitern mit der größten Autorität zusammensetzen. Diese Kommissionen müssen den Kontakt mit den Arbeitervertretern anderer Betriebe der gleichen Industrie suchen, um so die Aktionen zu vereinheitlichen, und zum gleichen Zweck müssen sie die Verbindung mit den Arbeitervertretern desselben Ortes suchen. Auf diese Weise muß die Arbeiteropposition gegen das Regime innerhalb und außerhalb der Syndikate, in den Betrieben, Industriezweigen und Orten Form annehmen." (14)

13 DOS MESES DE HUELGA, a.a.O., S. 21 f.
14 Ebenda, S. 28.

Diese Orientierungen, die vom Sender der PCE, Radio España Independiente (REI) häufig wiederholt wurden, haben sicherlich beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung der Bewegung gehabt. Bevor 1962 und danach die Comisiones Obreras entstanden, hat die OSO sie in dem ihr gesteckten relativ engen Rahmen in die Praxis umgesetzt. Neben der naturwüchsigen Entstehung der Kommissionen unter den repressiven Bedingungen der Diktatur haben die Erfahrungen der OSO, unmittelbar und vermittelt über Radio und Presse der PCE, ohne Zweifel die Grundlage für die rasche und erfolgreiche Anwendung dieser 'Organisations'-Form gebildet.

2.3. Die Bündnispolitik

Von ihrem VI. Parteitag aus wandte sich die PCE an alle Parteien und politischen Gruppen der antifrancistischen Opposition (15) und lud sie zu einem Gespräch "am runden Tisch" ein, das eine Klärung über gemeinsame und unterschiedliche Ansichten über den Kampf gegen das Franco-Regime und die politische Ordnung nach dessen Sturz bringen sollte. Als Vorschlag zu einem bei diesem Treffen zu besprechenden Minimalprogramm wurden folgende sechs Punkte aufgeführt, die im wesentlichen auch noch die heutige Minimalplattform des Pakts für die Freiheit bestimmen.

" 1. Vorantreiben des vereinten Kampfes gegen die Diktatur bis zu deren Sturz durch den friedlichen nationalen Streik.
2. Wiederherstellung aller demokratischen Freiheiten ohne irgendwelche Diskriminierungen.
3. Generalamnestie für die politischen Gefangenen und Emigranten, die sich auf alle Vergehen während des Bürgerkrieges in beiden Lagern erstreckt. Abschaffung der Todesstrafe.
4. Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Bauern, Angestellten und Beamten sowie der Volksmassen im allgemeinen.
5. Außenpolitik im Sinne der friedlichen Koexistenz.
6. Konstituierende Wahlen mit vollen demokratischen Garantien, damit das spanische Volk frei über das von ihm gewünschte politische System (regimen) entscheiden kann." (16)

Der VI. Parteitag wurde von einer Verhaftungswelle begleitet, die tausende Kommunisten in die Gefängnisse brachte. Die neue Opus-Regierung mußte zur Repression greifen, um sich Ruhe und Ordnung für ihr Stabilisierungsprogramm zu sichern. Hunderttausende verloren ihren Arbeitsplatz oder mußten kurzarbeiten, weil die Regierung den Kreditplafonds drastisch heraufgesetzt hatte, kleine Unternehmen gingen reihenweise pleite und die großen drosselten die Produktion. Die Banken machten während der Laufzeit des Stabilisierungsplans (1959 bis 1961) die größten Gewinne ihrer Geschichte. Die Löhne wurden während dieser Jahre um 40 bis 50 Prozent gekürzt. Die Preise stiegen, wenn auch merklich langsamer, weiter. (Vgl. dazu Teil I in SOPO 23, S. 6 ff.)

15 Der VI. Parteitag wandte sich brieflich an folgende Organisationen: Partido Socialista Obrero Español, Confederacion Nacional del Trabajo, Movimiento Socialista Catalan, Agrupacion Socialista Universitaria, Frente de Liberacion Popular, Asociacion Democratica Popular de Cataluna, Frente Nacional de Cataluña, Nueva Izquierda Universitaria, Accion Democratica, Accion Republicana Democratica, Partido Nacionalista Vasco, Accion Nacionalista Vasca, Esquerra Republicana de Cataluña, Izquierda Democrata Cristiana, Union Democratica de Cataluña, Partido Democrata Cristiano de Cataluña, Democracia Social Cristiana, Union Española; s. Dos meses de huelga, a.a.O., S. 29 f.
16 Ebenda, S. 30 f.

1961 deutete sich an, daß die Arbeiterklasse nicht länger gewillt war, dieses ungeheure Maß der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hinzunehmen. Im Herbst kam es in allen großen Betrieben Spaniens zu anhaltenden Protestmaßnahmen. Für das Frühjahr 1962 standen zum erstenmal unter der Diktatur kollektive Lohnverhandlungen bevor. Und die galt es vorzubereiten.

2.4. Das Gesetz über die Kollektivabmachungen

Als sich im Frühjahr 1957 die Opus-Dei-Regierung vor die Aufgabe gestellt sah, in möglichst kurzer Zeit die Stabilisierung der Wirtschaft herbeizuführen, erkannte sie sehr bald, daß ohne eine kräftige Produktivitätssteigerung nichts zu retten sein würde. Neben den wirtschaftlichen Regelungen wurde eine Änderung des Lohnfestsetzungs-Systems vorgenommen. Am 24. April 1958 wurde das Gesetz über Syndikale Kollektivabmachungen verabschiedet.

Demnach darf die Soziale Sektion (Lohnabhängige) mit der Wirtschaftlichen Sektion (Unternehmer) innerhalb des vertikalen Syndikats über Tarife verhandeln. Der Staat gibt Richtwerte aus, innerhalb derer sich die Lohnerhöhungen bewegen müssen. Bei dem geringsten Druck von der Basis aus (nichtgenehmigte Versammlungen der Arbeiter, Streiks etc.) können die Verhandlungen für sechs Monate ausgesetzt werden. Scheitern die Verhandlungen, kann der Arbeitsminister, der ohnehin alle Kollektivabmachungen bestätigen (oder auch nicht bestätigen) muß, bindende Normen (normas de obligado cumplimiento) diktieren.

Die Abmachungen gelten immer nur für einzelne Betriebe, Orte oder Provinzen. Tarifverträge, die einen ganzen Industriezweig des Landes erfassen, sind theoretisch zwar nicht ausgeschlossen (Reihe interprovinzieller Abschlüsse), aber so schwierig zu erreichen, daß es bis heute keine gegeben hat. Es ist klar, daß damit die Zersplitterung der Arbeiterklasse und ihrer Kampfmöglichkeiten angestrebt wurde. Lokale Konflikte lassen sich leichter bewältigen, sei es durch Isolierung, sei es durch Gewalt.

Gegenwärtig häufen sich jedoch die Stellungnahmen von Großkapitalisten, die Abmachungen auf nationaler Ebene fordern. Ein Entwurf für ein neues Gesetz über Tarifverträge sieht daher auch die Einführung dieser Möglichkeit vor. Eines der Hauptziele für diese Option dürfte die Verschärfung der monopolistischen Entwicklung sein. Viele kleine und mittlere Unternehmen werden nicht in der Lage sein, die Löhne zu zahlen, welche die Monopole, vor allem die multinationalen Konzerne, zu zahlen bereit sind. Sicherlich steht dahinter auch die Spekulation, daß der deshalb notwendige Durchschnittstarif durch die Front der Klein- und Mittelkapitalisten gedrückt und so den Monopolen zusätzliche Extraprofite sichern wird.

Dieser Hoffnung steht jedoch entgegen, daß die Arbeiterklasse jetzt sehr viel leichter in der Lage sein wird, die Aufhebung ihrer lokalen Zersplitterung durch Lohn- und – damit verbunden – politische Kämpfe zu beschleunigen.

Das Gesetz über die Kollektivabmachungen sollte die Unternehmer stärker dem Lohndruck aussetzen und zu Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen treiben. Zu diesem Zwecke konnten in die Verträge alle Maßnahmen wie Einführung von Leichtlohngruppen, Belegschaftsumstrukturierungen, Verlagerungen usw. aufgenommen werden. Die Steigerung der Produktivität stand eindeutig im Vordergrund dieses Gesetzes. (16a) Die vertikalen Syndikate behielten dabei unter veränderten Bedingungen ihre alte Funktion der Knebelung der Arbeiterklasse. Da jedoch der Abschluß von Tarifverträgen

16a Perez Leñero, Jose: CONVENIOS COLECTIVOS SINDICALES, Doctrina y Legislacion, Madrid 1959.

plötzlich zu einem legalen Prozeß (Kündigung, Verhandlung, Schlichtung etc.) wurde, mußte die Illegalität von Streiks und anderen Druckmitteln der Arbeiterschaft die repressiv-integrative Rolle der vertikalen Syndikate transparenter als je zuvor werden lassen. Die Arbeiter waren mehr denn je gezwungen, sich ihren Lohn am Rande oder außerhalb der Syndikate zu erkämpfen.

Das Jahr 1961 brachte eine merkliche Verstärkung der allgemeinen Unruhe mit sich. In allen Industriegebieten kam es immer wieder zu einzelnen Streiks. Die Arbeitsniederlegungen, der Boykott der Überstunden und Nachtschichten nahmen zu. Immer mehr auch wurde neben den Lohnforderungen nach Gewerkschaftsfreiheit gerufen.

Wie so oft vorher, bedurfte es in dieser angespannten Situation nur eines kleinen Anlasses, um ganze Provinzen in Kampfbereitschaft zu versetzen. Im Winter 61/62 war es zu ersten Tarifabschlüssen gekommen. Die Verträge der beiden staatlichen Großunternehmen Altos Hornos de Vizcaya und ENSIDESA (Aviles) – von den Syndikaten als Modelle vorgestellt – brachten Lohnerhöhungen bis zu 100%. Gleichzeitig wurden aber auch die Akkordsätze verdoppelt. Die Arbeiter definierten das so: "Wenn du ein bißchen mehr verdienen willst, dann klotz ran bis du krepierst: das ist eine Kollektivabmachung".

2.5. Die Geburt der Comisiones Obreras 1962

Doch die Lohnerhöhung in den Eisenhütten verbittert die Bergleute von Asturien. Sie fordern ebenfalls höhere Löhne. Die Verhandlungen mit den Syndikaten ziehen sich hin. Als in den Bergwerken von Mieres und Langreo Anfang April 1962 noch während der Verhandlungen, die Normen so stark hochgesetzt werden, daß dies einer Lohneinbuße von 500 bis 700 Pesetas pro Monat gleichkommt, beginnen die Arbeiter mit Bummelstreiks und kurzen Arbeitsniederlegungen dagegen zu protestieren. Die Minenleitung von Nicolasa reagiert darauf am 7. April mit der Entlassung von sieben Hauern wegen zu geringer Leistungen. Am darauffolgenden Montag, dem 9. April, beschließen die Kumpel einmütig, keinen Helm und keinen Pickel mehr in die Hand zu nehmen, bis die sieben wieder eingestellt werden. Dies reicht aus, um innerhalb weniger Tage praktisch die gesamte Kohlenproduktion in Asturien (ca. 50% der Gesamtproduktion) lahmzulegen. Immer mehr Belegschaften schließen sich aus Solidarität ihren Kollegen an. In der zweiten Monatshälfte stehen auch die Räder der meisten Bergwerke in der benachbarten Provinz Leon still.

Fast zwei Monate lang – April und Mai – nehmen fast alle der 50.000 asturianischen Bergleute an den Kämpfen teil, die sich auch auf eine ganze Reihe wichtiger Betriebe der Metallindustrie, vor allem der Werften, ausweiteten. Die Bauindustrie arbeitet nur mit halber Kraft. Die Bevölkerung unterstützt die Kumpel, wo sie nur kann. Die Frauen stehen vor den Mineneingängen und ermuntern die Männer, beschimpfen die Polizei und beschämen die wenigen, die sich als Streikbrecher betätigen wollen. In den Häfen verteilen viele Fischer ihren Fang an die Arbeiter, die diszipliniert in langen Schlangen am Kai warten, bis sie ihre Ration in Empfang nehmen können. Die Mehrzahl der Geschäftsleute gibt auch noch im zweiten Streikmonat den Frauen der Arbeiter Waren, ohne daß der Zahltag in greifbarer Nähe liegt.

Je länger sich die Kämpfe der asturianischen Arbeiter hinziehen, desto größer wird die Flut der Solidaritätsbezeugungen aus dem ganzen Lande. Im Baskenland und in Katalonien, neben Asturien die beiden Gebiete mit den stärksten Kampftraditionen, setzen die Kämpfe nach kleineren Solidaritätsaktionen in der zweiten Aprilhälfte mit dem 1. Mai voll ein. Den ganzen Mai über sind große Teile der wichtigsten Industriezweige, vor allem des Baskenlandes, lahmgelegt. Es gibt kaum eine Provinz, in der es nicht im Verlauf dieser

beiden Monate zu entschlossenen Solidaritätsaktionen gekommen wäre. In den Universitätsstädten solidarisieren sich immer größere Teile der Studentenschaft in großen Protestaktionen mit den Arbeitern. Eine Unterschriftenaktion bringt mehr als 200 der prominentesten Intellektuellen gegen die Regierung auf, die die Streiks zu verschweigen sucht.

Die Forderungen der streikenden Arbeiter weisen im ganzen Lande einen hohen Grad von Einheitlichkeit auf. Die realen Probleme drängen sich mit solcher Eindeutigkeit auf, daß die Forderungen, die von den verschiedenen Organisationen der Arbeiter gestellt werden, zwangsläufig weitgehend die gleichen sein müssen. Überall werden Mindestlöhne gefordert, die bei 150 Ptas pro Tag bzw. 1.000 ptas pro Woche liegen. Und in vielen Betrieben sind die Arbeiter auch in der Lage, diese Forderungen weitgehend oder gar voll durchzusetzen. Die realen Lohnerhöhungen liegen in den meisten Fällen über 25 Prozent.

Einheitlichkeit besteht auch bei den politischen Forderungen. Die OSO, in der hauptsächlich kommunistische und mit ihnen sympathisierende Arbeiter organisiert sind, stellt in ihren Flugblättern, die zum Streik aufrufen, eindeutig klar: "Wir brauchen Arbeitergewerkschaften, Gewerkschaftsfreiheit. Demokratische Gewerkschaften, Streikrecht. Wir brauchen Gewerkschaften der Arbeiter für die Arbeiter". Gleich oder ähnlich lauten die Forderungen der vor allem in Asturien und Euzkadi noch bestehenden sozialistischen Organisationen, aber auch der vornehmlich in Madrid und Barcelona operierenden FLP und der katholischen Arbeiter, die u.a. von Organisationen wie der HOAC und JOAC ihre Orientierung erhalten. (17)

Gegenüber den Funktionären der vertikalen Syndikate besteht während dieser Streikmonate eine nie dagewesene Einmütigkeit der Ablehnung. Wo sie auftauchen, um die Kampffront zu spalten, werden sie mit eisigem Schweigen empfangen. Die Arbeiter kehren ihnen demonstrativ den Rücken zu. In vielen Diskussionen erkennen aber auch zahlreiche dieser Funktionäre, daß sie zwischen dem durch die Ergebnisse der Kollektivabmachungen besonders offenbar gewordenen Verrat und der Vertretung von Arbeiterinteressen zu wählen haben; und nicht wenige entschließen sich für die Arbeiter.

Die Ablehnung der Syndikatsvertreter macht jedoch die Wahl eigener Vertreter zur Leitung der Aktionen, vor allem der langandauernden Streiks, und zur Verhandlung mit den Syndikatsleitungen oder den Unternehmern nötig. Daher halten die Arbeiter im ganzen Land, hauptsächlich in den großen Betrieben, Versammlungen ab, auf denen sie nicht nur Kommissionen wählen, sondern auch ihre Forderungen abstimmen. Dort wo schon bei den regulären Syndikatswahlen fortschrittliche Arbeiter zu Vertrauensleuten oder Betriebsräten gewählt worden sind, bilden sie die Kommission. In der Versammlung werden ihnen weitere Kollegen zur Seite gestellt.

Auf diesen Versammlungen, die in den Kantinen, Fabrikhallen und -höfen oder auf der Straße stattfinden, werden auch Streikbeginn und -ende beschlossen. Diese Form der spontanen Demokratie führt dazu, daß die Aktionen in weit schwächerem Maße als bis dahin durch unkoordinierte Initiativen an Kraft verlieren. Ihre politische Stoßrichtung erhält mehr Einheitlichkeit. Besonders bedeutsam ist der hohe Grad an Disziplin. Die Arbeiter, besonders in Asturien, vermeiden jegliche Provokation der Polizei. Die Entschlossenheit der Kampfmaßnahmen ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß zum erstenmal die jungen Arbeiter aktiv beteiligt sind, die, weil sie den Bürgerkrieg nur aus den Erzählungen ihrer Kollegen und Familienangehörigen kennen, nicht unter dem Trauma der Kriegsgreuel stehen. Das hohe Maß an Disziplin hingegen ist gerade der Erinnerung

17 HOAC (Hermandades Obreras de Accion Catolica — Arbeiterbruderschaften der katholischen Aktion); JOAC, die dazugehörige Jugendorganisation.

der älteren Arbeiter an diese Erlebnisse geschuldet. Dabei denken die asturianischen Bergarbeiter vor allem auch an den Oktober des Jahres 1934. Damals war in Asturien während eines Generalstreiks in ganz Spanien gegen den Eintritt reaktionärer Politiker in die republikanische Regierung ein Volksaufstand losgebrochen, der eindeutig revolutionäre Züge trug. Bei der blutigen Niederschlagung dieses Aufstandes durch maurische Söldner unter dem Befehl Francos handelte sich der bald darauf zum General Beförderte den Beinamen "Henker von Asturien" ein.

Das Vorgehen der Polizei in diesen Monaten ist unterschiedlich. Die politische Polizei (Brigada Politico-Social) verhaftet und foltert ohne Rücksicht auf Verluste, während die Bewaffnete Polizei und die Guardia Civil sich mit Ausnahmen eher zurückhalten.

Anfang Juli 1962 bezeichnet Santiago Carrillo die Klassenkämpfe vom April und Mai als

> "einen der größten und hartnäckigsten Streiks in der Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung... Rund eine halbe Million Arbeiter hat insgesamt... an den Streiks teilgenommen. Das Grundlegende besteht darin, daß die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft bewußt geworden ist... Der Lohnstopp ist durchbrochen worden... Die Unterschiede zwischen den Lohnzonen sind praktisch abgeschafft worden...
>
> Angesichts eines solchen Bankrotts (der Syndikate, d. Verf.) ist die Gewerkschaftsopposition als diejenige Kraft bestätigt worden, die immer mehr Autorität und Geltung unter den Arbeitern bekommt; als wirkliche Vertretung in Gestalt der Kommissionen, welche im Bereich der Betriebe von den Arbeitern selbst direkt bestimmt worden sind. Es ist logisch,... daß diese Kommissionen und Ausschüsse ständig aufrecht erhalten werden müssen, als Embryo der zukünftigen Klassengewerkschaft: einheitlich, unabhängig und frei von jeder Bindung an die Unternehmer und die Regierung...
>
> Ebenso ist es unbedingt notwendig, daß die in diesen Wochen des Kampfes aufgekommene Gewohnheit, in den Fabriken Arbeiterversammlungen abzuhalten, beibehalten wird; vor ihnen müssen die Kommissionen den Arbeitern Rechenschaft ablegen über ihre Arbeit, ihre Meinungen einholen und alle die Vorschläge zur Lösung von Arbeitsproblemen einbringen". (18)

Doch die meisten Kommissionen verschwinden wieder. Einige überdauern das Jahr 1962 und sind hauptsächlich mit der Anleitung des Kampfes für die Befreiung der verhafteten und deportierten Kollegen betraut. Die Erinnerung aber an die Kommissionen und die Versammlungen, welche die Aktionseinheit — das Leichte, das schwierig zu machen gewesen war — möglich gemacht hatten, verblaßt nicht mehr. Nicht zuletzt die 'convenios colectivos', die Kollektivabmachungen, werden sie bald wiederbeleben.

Die Arbeiter haben die Bourgeoisie getroffen. Die großen bürgerlichen Blätter der kapitalistischen Welt geben den Ängsten und Nöten Francos und der hinter ihm Stehenden in ihren Schlagzeilen Ausdruck. Die Teile der spanischen Bourgeoisie, in In- und Ausland, welche dem Regime feindlich gegenüberstehen, setzen sich jetzt zum erstenmal gemeinsam an einen Tisch. Anläßlich des 4. Internationalen Kongresses der Europäischen Bewegung am 5. und 6. Juni treffen sie sich in München. Über hundert spanische Oppositionspolitiker sprechen sich gegen die Aufnahme Spaniens in den Gemeinsamen Markt aus, solange es in Spanien kein demokratisches System gebe. In fünf Punkten, die denen der PCE alles in allem entsprechen, resümieren sie die Merkmale eines demokratischen Spanien.

1962 haben die Arbeiter endgültig bewiesen, daß allein sie den Kampf für Freiheitund Demokratie anführen können und daß es ohne sie gar nicht geht. 1963 bringt zwar keine

18 DOS MESES DE HUELGA, a.a.O., S. 173 ff.; von dort auch die meisten Informationen über die Streikmonate 1962.

so spektakulären Massenaktionen wie das Vorjahr, aber es entwickelt sich eine Massenbewegung, die rund 500.000 Arbeiter in den Kampf zieht. 1964 sind es dann schon insgesamt 700.000, und Spanien rückt an die dritte Stelle der europäischen Länder mit den meisten Streikstunden.

Ein Schwerpunkt der Bewegung ist Madrid. In der Hauptstadt gibt es ca. 600.000 Industriearbeiter. Die Stadt befindet sich noch im vollen Industrialisierungsboom, der Mitte der fünfziger Jahre eingesetzt hat. Daher gibt es auch über 120.000 Bauarbeiter. 40.000 der insgesamt 150.000 Metaller arbeiten in den fünf größten Betrieben: Barreiros, Standard, Pegaso, Marconi, Benito Delgado. In diesen und einigen anderen Metallbetrieben beginnen die aktivsten Arbeiter, die vor allem der Arbeiteropposition angehören, mit dem systematischen Aufbau ständiger Kommissionen.

3. Die neue Arbeiterbewegung

1963 ist es in der Metallindustrie zu Tarifabschlüssen gekommen, die zwar starke Normerhöhungen, aber überaus bescheidene Lohnaufschläge vorsehen. Die Forderungen der Arbeiter dazu sind zu schwach, weil sie zu wenig koordiniert vorgetragen werden. Im gleichen Jahr können die OSO-Leute bei den Syndikatswahlen ihre Mandate beträchtlich vermehren. Sie beginnen damit, sich regelmäßig in den Gebäuden des Metallsyndikats zu treffen, um zu beraten, wie sie jeweils am effektivsten die Interessen ihrer Kollegen vertreten können. 1964 stehen Tarifverhandlungen für die gesamte Madrider Metallindustrie bevor. Die Kommissionen sind der Meinung, man müsse mindestens 20 Prozent erreichen, um den ständigen Preissteigerungen nicht völlig ausgeliefert zu sein. Jede Versammlung von Syndikatsmitgliedern, die nur von den Vertrauensleuten einberufen werden kann, muß in Anwesenheit eines höheren Syndikatsfunktionärs stattfinden. So kommt es, daß sich die erste ständige Arbeiterkommission auf Provinzebene in Anwesenheit des Vizesekretärs der Provinzsozialabteilung, des Vorstands des Metallsyndikats, des Vorstands der Sozialabteilung und anderer Syndikatsgrößen im Sitz des Provinz-Syndikats Metall gründete. Rund 600 Madrider Vertrauensleute, Betriebsräte, Kommissionsmitglieder und andere fortschrittliche Metallgewerkschafter schließen sich zur Provinzkommission der Madrider Metallindustrie zusammen.

Bald darauf folgen andere Sparten. In Anwesenheit höchster Syndikatsfunktionäre und Cortes-Mitglieder gründet sich im Gebäude des faschistischen "Sozialzirkels Manuel Mateo" die Provinzkommission "Presse, Papier, Druck". Unmittelbarer Anlaß ist auch hier der besonders schwierige Verlauf der Tarifverhandlungen. Unter denselben Umständen entwickeln sich die Kommissionen in der Bau-, Chemie- und Transportindustrie sowie im Bank- und Bildungssektor.

Diese Entwicklung in der Hauptstadt wird sofort im ganzen Lande nachgeahmt. Ständig kommt es irgendwo zu Streiks und anderen Aktionen, während derer spontan Comisiones gebildet werden. Vor allem die Kommunisten und die organisierten Katholischen Arbeiter achten jetzt darauf, daß sie nicht wieder verschwinden, sondern trachten danach, sie zu stabilisieren und ihnen eine einheitliche Linie zu geben. Die OSO löst sich auf, wo die Kommissionen, die ohnehin oft ganz oder teilweise mit ihr identisch sind, sich gefestigt haben. Das gleichartige, offene "Organisations"-Prinzip beider Oppositionsbewegungen läßt einen bruchlosen Übergang zu. Die Ausweitung und Festigung der CC.OO. wird besonders dadurch erleichtert und vereinheitlicht, daß die Kommunistische Partei als einzige Kraft im ganzen Land organisiert ist. Dennoch hängt die Art und Weise der Entwicklung davon ab, wie stark die jeweilige Region industrialisiert ist, welche politischen Kräfte ihren Einfluß ausüben und welche politischen Traditionen bestehen. Oft spielt auch der Einfluß der Kirche und der nationalen Bourgeoisie (Baskenland, Katalonien und

Galizien) eine Rolle. Während in Madrid beispielsweise aufgrund der starken Position der Kommunisten und der von ihnen seit Jahren verfolgten Linie die Kommissionen innerhalb der Syndikate entstehen und sich auch noch über ein Jahr in den Räumen der Syndikate versammeln, sind die baskischen Comisiones der kleineren Städte völlig außerhalb der Syndikate entstanden. In den Jahren 1964 und 1965 entwickeln sich auch schon die ersten Interprofessionellen Provinzkommissionen.

Die Comisiones Obreras legen von Anfang an großen Wert darauf, offen aufzutreten. Sie versuchen, die "Illegalität zu legalisieren". Die UGT war eine geheime Gewerkschaft geblieben und hatte ihren Einfluß in der Arbeiterschaft meist in dem Maß verloren, wie die alten Kämpfer aus dem Arbeitsprozeß ausschieden. Ihre Illegalität versperrte ihr den Kontakt mit den Massen. Die Repression verstärkte ihre Isolierung. Gegenüber den Comisiones wissen sich Staat und Unternehmer lange Zeit nicht recht zu helfen. Da die Arbeiter der Kommissionen großenteils offen auftreten, nicht aus dem Untergrund kommen, sondern in regulären Syndikatswahlen oder direkt in den Versammlungen von der Arbeiterschaft ihre Delegation erhielten, birgt ein repressives Vorgehen gegen diese Gewerkschafter die Gefahr der Zuspitzung von ökonomischen und politischen Konflikten. Der Gebrauch der legalen Mittel, das offene Auftreten erweisen sich als die besten Mobilisierungsinstrumente. Nach anfänglicher Duldung merken die Syndikatsbonzen, daß die Comisiones nicht integriert werden können. Die danach einsetzende Repression, die sich nach den Wahlerfolgen des Jahres 1966 merklich verschärft, macht jeden ökonomischen Konflikt zum politischen Kampf und trägt zur Hebung des politischen Bewußtseins bei.

Im Verlauf des Jahres 1965 werden vor allem die Zwischenzweiglichen Kommissionen gefestigt. In den zahlreichen Arbeitskämpfen, die sich im ganzen Land hauptsächlich anläßlich der Tarifverhandlungen abspielen, werden in den Versammlungen Arbeiter in die lokalen und die überbetrieblichen und zwischenzweiglichen Kommissionen gewählt. Diesen höheren Organen kommt in erster Linie koordinierende Funktion zu. Sie sind den Basisversammlungen rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar.

Auf diese Weise können die Comisiones eine breite Massenbewegung im ganzen Land in Gang setzen, die neue Realitäten schafft. Die Kommissionen erweisen sich als effektive Vertretungsorgane der Arbeiter mit großer Mobilisierungskraft. Diesen Realitäten muß nun auch der Staat bis zu einem gewissen Grad Rechnung tragen. 1965 erhält der Artikel 222 des Strafgesetzbuches eine neue Fassung. War bis dahin der Streik im allgemeinen ein Delikt, das als "Aufstand" (sedición) bezeichnet wurde, so bekamen mit der Änderung nur noch solche Aktivitäten das Etikett "Aufstand", die "gegen die Staatssicherheit" gerichtet sind oder "in schwerwiegendem Maße eine Beeinträchtigung der nationalen Produktion" darstellen. Der reine Arbeitskampf, so interpretieren viele, sei damit nicht unter Strafe gestellt. Die Praxis allerdings gestaltet sich vollkommen unterschiedlich und paßt sich der jeweiligen politischen Situation an. Der Oberste Gerichtshof läßt in einem Spruch im November 1967 keinen Zweifel daran, daß "der Streik, auch wenn er kein Delikt ist, im spanischen Arbeitsrecht ein ungesetzlicher Akt ist".

Ein anderes Ereignis ist noch eher geeignet, die gewandelte Situation widerzuspiegeln. Im Oktober 1965 gründet sich der "Nationale Unternehmerrat". Damit wird zum erstenmal eine offene organisatorische Trennung zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern vollzogen.

3.1. Die ersten Selbstverständniserklärungen

Währenddessen werden in den Madrider Comisiones Obreras, in den Versammlungen bis hinauf in die höchsten Gremien, die Grundlagen für eine zukünftige Gewerkschaft disku-

tiert. Das Dokument, welches aus diesem Diskussionsprozeß hervorgeht und am 31. März 1966 in Madrid veröffentlicht wird, ist eine eindeutige Kampfansage an den Kapitalismus, an das Regime und an die vertikalen Syndikate.

> "Das kapitalistische System erzeugt und bedingt den Klassenkampf ... Wir lehnen die ... legal bestehenden sogenannten "Gewerkschaften" ab, weil sie kein geeignetes Instrument sind für den Kampf, den die Arbeiter zur Verteidigung und Erweiterung ihrer Rechte führen müssen... Die Arbeiter haben im Verlauf der Geschichte der Arbeiterbewegung gezeigt, daß ihre Kraft und Stärke hauptsächlich aus der Einheit der Klasse herrührt". Daher müsse die Arbeiterklasse für eine unabhängige Einheitsgewerkschaft kämpfen. Die Voraussetzung dafür sei jedoch, daß die Freiheit, sich zu vereinigen, sich zu versammeln und zu streiken sowie alle anderen demokratischen Freiheiten gegeben sein müßten. "Ohne diese Freiheiten kann von einer Gewerkschaft nicht die Rede sein... Wir glauben, daß es Pflicht aller Kämpfer in der spanischen Arbeiterbewegung ist, mitzuarbeiten:...b) bei dem Versuch, in allen Arbeitsbereichen Kommissionen aus Vertrauensleuten und Betriebsräten sowie aus aktiven Arbeitern zu bilden, die allen offenstehen, um in Einheit für die unmittelbaren Forderungen nach Rechten und das Vorantreiben der Arbeiterbewegung zu kämpfen. Die Arbeiterkommissionen, welche von den Arbeitern selbst geschaffen worden sind, stellen eine notwendige Bewegung dar, die keiner ideologischen Tendenz unterworfen ist... Niemals hat der Kapitalismus den Arbeitern etwas geschenkt. Wenn wir geeint handeln, können wir den Sieg erringen... Wir hoffen innigst, daß sich unsere Ziele auf friedlichem Wege verwirklichen lassen, um auf diese Weise ein für alle mal den Kreis der Gewaltätigkeiten, die in den letzten hundert Jahren unser Volk mit Blut überströmt haben, zu schließen." (19)

Mit dieser Erklärung haben die Madrider Arbeiter bewiesen, daß sie an der Spitze der spanischen Arbeiterbewegung stehen. Die junge Madrider Arbeiterklasse, unbeeinflußt von den politischen Traditionen der Sozialdemokraten und Anarchisten während der Republik, hat sehr früh zu dieser starken Betonung der Einheit gefunden. Der gemeinsame Kampf von Kommunisten und Katholiken, die strikte Einhaltung der demokratischen Regeln wie die grundsätzliche Wahl der Vertreter in den Basisversammlungen, haben den Madrider Comisiones nicht nur eine hohe Repräsentativität in allen Industriezweigen verliehen. Ihre disziplinierten Kämpfe haben das Bewußtsein großer Teile der Arbeiterschaft geschärft und die Aktionseinheit vor der Spaltung durch ultralinke Sekten bewahrt. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß das erste programmatische Dokument der neuen spanischen Arbeiterbewegung aus Madrid stammt. In einer nicht viel später veröffentlichten Erklärung legen "die Comisiones Obreras von Madrid" noch einmal ihre Prinzipien dar. Von rechts und linksaußen war den CC.OO nachgesagt worden, sie seien eine Kreatur der Kommunistischen Partei und würden voll und ganz von ihr beherrscht. "Angesichts der Irreführungskampagne gegen die Comisiones Obreras... mit dem Ziel, unsere Klasse zu spalten", erläutern die CC.OO. von Madrid ihre Entstehungsgeschichte und rufen die Arbeiter aller Sektoren des Landes auf, "welche auch immer ihre Ideologie, ihre politische, gewerkschaftliche und religiöse Bindung sei, sich den CC.OO. als einer Einheitlichen und Autonomen Bewegung der Arbeiterklasse" anzuschließen.

3.2. Die Syndikatswahlen 1966

Diese Erklärung vom Juni 1966, welche die erste an Klarheit der Analyse und Zielsetzung bei weitem übertrifft, ist auch schon als Vorbereitung für die Syndikatswahlen im Oktober gedacht. Um diese Wahlen entspinnt sich in den Kommissionen die erste breite Diskussion um Strategie und Taktik des Arbeiterkampfes unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob bei einer breitangelegten Teilnahme der Comisiones an den offiziellen Wahlen des vertikalen Syndikats die Gefahr der Integration nicht zu groß werde. Es war in der Vergangenheit zwar immer wieder geschehen, daß ein von seinen Kollegen gewählter Mann über der Erfüllung seiner Funktionärspflichten die Vertretung der Interessen seiner Kollegen vergessen hatte. Doch vor allem da, wo Kommunisten und Katholiken seit Jahren an den Wahlen teilgenommen hatten, wird diesem Problem keine große Bedeutung beigemessen, weil die Vorteile der offenen und demokratischen Vertretung von Arbeiterinteressen bei weitem überwiegen. Das beste Beispiel ist Madrid. Dort konnten die Spaltungsversuche kleinerer Gruppen das Einheitsmodell der Comisiones nicht in Gefahr bringen, die Beteiligung der Arbeiter an den Versammlungen ist sehr gut.

In Barcelona hingegen haben sich die Kommissionen vollkommen anders entwickelt. Als dort Anfang 1965 die zweite Generalversammlung aller Comisiones von Barcelona stattfindet, werden kurz danach alle Mitglieder verhaftet. Bei einer Demonstration gegen diese Polizeiaktion zum Syndikatsgebäude erfolgen weitere Massenverhaftungen. Die Erfahrungen dieser harten Repressionsmaßnahmen führen zu Debatten, die sich über viele Monate hinziehen, bis schließlich eine Spaltung der Kommissionen in solche, die das offene Auftreten weiterhin trotz der Gefahr befürworten, und solche, die weitgehend geheim arbeiten wollen, erreicht ist. Die erste Gruppe bleibt zwar in der Mehrheit; sie wird von den kommunistischen Arbeitern und Angehörigen katholischer Arbeiterorganisationen getragen. Die zweite Gruppe kann allerdings in der größten Fabrik der Stadt, dem Automobilwerk SEAT mit fast 20.000 Arbeitern, die meisten Anhänger finden; sie steht unter starkem Einfluß der Arbeiterfront Kataloniens (Frente Obrera de Cataluña – FOC), die ein Splitternachfahre der seit 1961/62 zerfallenden Volksbefreiungsfront (FLP) war. Die Arbeiter der SEAT werfen den Kommunisten u. a. vor, sie hätten die Comisiones zu sehr von oben und zu wenig von der Basis her aufgebaut. Diese Auseinandersetzung erreicht 1968 erst ihren Höhepunkt. Die Zersplitterung der Kräfte führte dazu, daß in diesem Jahr kein einziger Tarifvertrag unterzeichnet werden kann. Nach 1968 verschwindet die FOC jedoch. Zuerst verlagert sie ihr Hauptarbeitsgebiet auf die Stadtteil-Kommissionen (wo mehr Studenten tätig sind), um bald an ihren inneren Spaltungstendenzen zugrunde zu gehen. Auch im Baskenland gibt es starke Widerstände gegen die Teilnahme an den Wahlen. In den dortigen Industriegebieten haben die alten Sozialdemokraten der UGT noch erheblichen Einfluß. Sie behaupten, die Kommunisten hätten die Kommissionen am Gängelband und ziehen die geheime Arbeit vor. Außerdem gibt es dort kaum eine "legale" Tradition, die Comisiones sind neben den Syndikaten entstanden.

Das Problem der Repression der offen auftretenden Vertreter sogenannter "freier Listen" stellt sich unmittelbar vor den Wahlen jedoch nicht mehr so sehr, weil die Syndikatshierarchie sich der Stärke der Comisiones durchaus bewußt ist und durch die Schaffung eines künstlich anmutenden Toleranzklimas ihre eigenen Kandidaten zu begünstigen glaubt. Unter der Parole "Wähle den Besten" (Vota al mejor) führt sie eine breit angelegte, demagogische Propagandakampagne. Die Comisiones machen diese Losung zu ihrer eigenen. Sie veranstalten im ganzen Lande unter Ausnutzung des relativen Toleranzklimas Versammlungen und Diskussionen, wo sie ihrerseits die Arbeiter auffordern, die Besten zu wählen. Großenteils stellen die Versammlungen selbst die Kandidaten auf. In einer Unzahl von Flugblättern werden die Programme der "freien Listen" unter den Arbeitern bekannt gemacht. Ende Juni zirkuliert in Madrid eine Schrift, die von über 30.000 Arbeitern unterzeichnet worden ist. Sie enthält nochmals die Begründung für die Teilnahme an den Wahlen und nennt die Punkte des gemeinsamen Programms aller Madrider Comisiones: Mindestlohn von 350 Pesetas, gleitende Lohnskala, Streikrecht, Pflicht der Unter-

19 Grundlegende Dokumente der Comisiones Obreras; Übersetzung der spanischen Version: DOCUMENTOS BASICOS DE COMISIONES OBRERAS, Hrsg.: Auslandsdelegation der CC.OO., Paris mehrere Jahrgänge.

nehmen, Versammlungsräume zu stellen, repräsentative Gewerkschaften und vollkommen freie Teilnahme an den Wahlen. Die gleichzeitig laufenden Tarifverhandlungen in mehreren Zweigen heizen die Agitation weiter an. Es gelingt den Comisiones, in über 140 Tarifverträgen die Richtdaten der Regierung (8 %) zum Teil weit zu übertreffen. Die Metaller erreichen Lohnerhöhungen von 20 Prozent.

Der Wahlerfolg ist überwältigend und übertrifft alle Erwartungen. Während sich bisher immer nur zwischen 20 und 30 Prozent der Arbeiter an den Wahlen beteiligt hatten, liegt die Beteiligung nun bei rund 80 Prozent. Sogar im Baskenland gehen ungefähr 60 Prozent der Arbeiter an die Wahlurnen. Trotz der unzähligen Tricks und Mogeleien der vom Syndikat gestellten Auszähler werden zwischen 60 und 80 Prozent der neuen Vertrauensleute, in vielen großen Betrieben alle, von den "freien Listen" der Comisiones gestellt. Von 206.296 gewählten Vertrauensleuten werden nur 46.000 (22,5 %) (20) in ihrem Amt bestätigt. Über ein Viertel der Neugewählten sind Leute unter dreißig Jahren.

In der zweiten Wahlrunde um die Posten in den Provinzorganisationen veranstaltet die Syndikatshierarchie alles erdenkliche, um weitere spektakuläre Erfolge der Comisiones zu verhindern. Trotzdem gelingt es in verschiedenen Hochburgen, sogar Präsidenten und Vizepräsidenten der Provinzorganisationen zu stellen.

Mit diesen Wahlen schließt praktisch die erste große Entwicklungsetappe der Comisiones Obreras ab. Seit 1962 haben sie sich im ganzen Land ausgebreitet, und in zahlreichen großen Betrieben der Industrieregionen sind sie zu einer festen und gesicherten Einrichtung geworden, die konsequent die Interessen der Arbeiterschaft vertritt und auf die Unterstützung der großen Mehrzahl der Arbeiter zählen kann.

Exkurs: Zur sozialen Lage der Arbeiterklasse

Auf den 504.750 Quadratkilometern Spaniens lebten 1971 ca. 34.180.000 Menschen (ohne die 216.000 Nordafrikaner). Von diesen 34 Millionen waren 12.864.700 (= 37,7 %) aktiv. Verglichen mit den hochindustrialisierten Ländern, wo die aktive Bevölkerung meist zwischen 45 und 50 Prozent erreicht, ist dieser Anteil gering, er weist sogar eine negative Tendenz auf. Nur 17,5 Prozent der Frauen arbeiten, und der Anteil der männlichen Erwerbspersonen an der Bevölkerung ist zwischen 1960 und 1969 um 5,2 Prozent auf 59 Prozent zurückgegangen.

Die plötzliche Öffnung Spaniens nach über zwanzig Jahren der Abriegelung nach außen und die "preußische Landreform" haben seit Ende der fünfziger Jahre das starke Ungleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land noch vergrößert. (21)

Die Arbeitslosigkeit

Die offiziellen Arbeitslosenziffern bewegen sich immer irgendwo zwischen 1 und 2 Prozent. Tatsächlich liegt diese Quote jedoch viel höher. Die verdeckte Arbeitslosigkeit der halbtagsbeschäftigten Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter des Südens und der am Existenzminimum entlangschuftenden Kleinbauern des Nordens, der noch nicht beschäftigten Frauen, die aber schon nach Arbeit gesucht haben, oder der Jugendlichen, die überhaupt noch keine Arbeit bekommen haben, all diese unfreiwillige Arbeitslosigkeit, die mit unsäglicher Not verbunden ist, verschwindet hinter der Zwei-Prozent-Fassade der Regierungszahlen. 1966 mußten rund sieben Millionen Spanier, also jeder fünfte, mit weniger als 2.500 Peseten (dem staatlich fixierten Mindestlohn) im Monat auskommen. Der Bischof von Cadiz, Anoveros, fragte, als die Zahlen bekannt wurden: "Wie kann man mit weniger als 84 ptas täglich leben?"

Das FOESSA-Studienteam von 1966 stellte die Regierungszahlen auf die Probe. Für das einzige zuverlässige überprüfbare Kriterium hielten sie den Vergleich von tatsächlich gearbeiteten Stunden und den Stunden, die aufgrund des Umfangs der aktiven Bevölkerung hätten gearbeitet werden können (bei 48 Wochenstunden). Bei dieser Methode, die auch nicht alle Einwände ausräumt, ergab sich eine Arbeitslosenrate von 25 Prozent für Landarbeiter und 5 Prozent für industrielle Handarbeiter. Allerdings wirken bei dieser Rechenweise die von den Arbeitenden gemachten Überstunden so, als ob mehr Personen gearbeitet hätten. Vor allem aber wird der Tatsache, daß mindestens ein Viertel aller werktätigen Spanier an ein und demselben Tag zwei oder mehr Berufen nachgeht (pluriempleo), auf keine Weise Rechnung getragen. Unter Einbeziehung des Überstunden-Arguments gelangte das FOESSA-Team zu folgendem Ergebnis: der "Beschäftigungsindex" für Landarbeiter lag (trotz Landflucht) bei 0,70 = 30 Prozent Arbeitslose, derjenige für industrielle Handarbeiter (trotz Emigration) bei 0,89 = 11 Prozent Arbeitslose.

Die Landflucht

Vor diesem Zahlenhintergrund erhält die Landflucht über die Besitzverhältnisse (Großgrundbesitz im Süden, verstärkter Kleingrundbesitz und Parzellenwirtschaft im Norden) hinaus einen realen Motivationsrahmen. Schlüsselt man die Bevölkerungsbewegung nach Regionen auf, so lassen sich drei Trends ablesen: die ausschließlich landwirtschaftlichen Regionen haben an Bevölkerung verloren; diejenigen Regionen, in denen es neben rein agrarischen Provinzen auch solche mit starker Industrie gibt, konnten ihre Bevölkerungszahl mehr oder weniger halten, während die Bevölkerung in den vorwiegend industriell bestimmten Regionen wächst. Für den ersten Fall kommt Alt-Kastilien, Extremadura und Leon in Frage; der zweite Fall bezieht sich auf Andalusien, wo es Industriezentren wie Sevilla und den Bauboom der Costa del Sol gibt, Aragonien und Galizien; der dritte Fall schließlich meint jene Zonen, in denen der Bevölkerungszuwachs Indiz für die Entwicklung der Industrie und des Dienstleistungssektors ist, welcher einen großen Teil der Landflüchtigen aufgenommen hat. Die hervorstechendsten Beispiele sind Neu-Kastilien (mit Madrid und seinem rapide wachsenden Industriegürtel), Katalonien (mit Barcelona und der Costa Brava), Levante (mit Valencia) und das Baskenland (mit Bilbao und San Sebastián). Andererseits reicht die Kapazität dieser entwickelten Zonen nicht aus, um den gesamten Ansturm vom Lande aufzufangen. Deshalb ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die ausschließlich landwirtschaftlichen Provinzen die meisten Auswanderer stellen.

Die Arbeitsemigration

Allem Anschein nach vollzieht sich der Auswanderungsprozeß in einem großen Teil der Fälle in zwei Etappen: die erste führt den in aller Regel ungelernten Arbeiter in eine der großen Städte des Nordens, wo er je nach Konjunktur und Glück mehr oder weniger lange das Leben in einem Slum und mit einem Hungerlohn aushält; die zweite Etappe schließlich führt ihn "legal oder illegal" nach Frankreich, Westdeutschland oder in eines der anderen kapitalistischen Industrieländer.

Seit das Opus Dei die Regierungsgeschäfte in den Händen hat und Stabilisierungs- und Entwicklungspläne schmiedet, gehören die Exportziffern für Arbeitskräfte zu den am

20 Calamai, Marco: LA LOTTA DI CLASSE ..., a.a.O., S. 47.

21 Vgl. hierzu die entsprechenden Kapitel im Quijada, J.; Rachdorf, H.W.: "Zur sozioökonomischen Entwicklung Spaniens (I)", in: SOPO 23.

peinlichsten beachteten. Immer klappt diese Steuerung jedoch nicht. Verfolgt man die Entwicklung der offiziell registrierten Auswanderung, so fällt sofort auf, daß der westeuropäische Konjunkturverlauf starken Einfluß darauf hat, wer wann auswandert oder nach Hause geht. Als beispielsweise die Krise von 1966/67 den Westdeutschen klarmachte, daß der Kapitalismus nichts von seiner Labilität eingebüßt hatte, erfuhr Spaniens Kapitalistenklasse, daß sie nicht nur vom ausländischen Kapital im e i g e n e n Lande abhängig ist: es kamen mehr Arbeiter zurück als exportiert wurden. Die Jahre 1967 und 1968 wurden nach 1962/63 zu den härtesten Kampfjahren des vergangenen Jahrzehnts.

1972 befanden sich 10 Prozent der aktiven Bevölkerung Spaniens im europäischen Ausland; insgesamt hat Franco im Verlaufe der mehr als "dreißig Jahre Frieden", wie er seine Regierungszeit zu nennen beliebt, über ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus dem Lande gejagt (1970: 3,85 Mio). Dabei sind in diesen Zahlen nicht einmal alle Auswanderer enthalten, denn gezählt wird nur, wer beim Emigrieren auch das Instituto Nacional de Emigracion bemüht.

Die Struktur der aktiven Bevölkerung

Tabelle 1
Struktur der aktiven Bevölkerung (in Tausend und v.H.)

	1960	%	1967	1969	%
Selbständige	2.583	22,2	3.039	2.928	23,2
Mithelf. Familienangehörige	1.411	12,1	1.653	1.551	12,2
Lohn- und Gehaltsempfänger	7.640	65,6	7.618	8.110	64,6
unbekannt	–		14	4	
Gesamt	11.634		12.324	12.593	

(Quelle: Länderkurzberichte des Statistischen Bundesamtes, Spanien 1971)

Land- und Landesflucht haben die Struktur der aktiven Bevölkerung erheblich verändert. Die Landwirtschaft ist im Verlauf der sechziger Jahre vom stärksten zum schwächsten Sektor geworden, die Industrie zum stärksten. Der Dienstleistungssektor hat die kräftigste Aufwertung erfahren, wofür vor allem der Tourismus gesorgt hat. Es dürfte ebenfalls dem Tourismus zuzuschreiben sein, daß der Anteil der Selbständigen an der aktiven Bevölkerung 1969 höher ist als 1960. Mit der Urlaubsindustrie ist eine ganze Heerschar von Kleinbetrieben, Hotels, Pensionen, Bars etc. ins Leben gerufen worden – und ein Schuhputzer ist (statistisch) schließlich auch selbständig. Der Prozentsatz der Lohnabhängigen hingegen ist sogar zurückgegangen. Diese Entwicklung steht nicht im Widerspruch zum starken Industrialisierungs- und Konzentrationsprozeß, den Spaniens Wirtschaft im Verlauf der letzten rund 15 Jahre erlebt hat, da die meisten Landflüchtigen, auch bevor sie in die Städte und Fabriken kamen, schon als Landarbeiter oder halbtagsarbeitende Kleinbauern beschäftigt waren. Zum Sinken der Lohnabhängigen-Rate hat allerdings in erster Linie die Auswanderung geführt. Der Anteil der Selbständigen unter den 10 Prozent der im Ausland arbeitenden dürfte verschwindend gering sein.

Mit fast 8,5 Millionen von insgesamt 12.865.000 kommt den Lohnabhängigen ein Anteil von über 65 Prozent der aktiven Bevölkerung zu. Daraus wird ersichtlich, daß die Arbeiterklasse, das sind die hier aufgeführten lohnabhängig Beschäftigten und ihre Familien (durchschnittliche Personenzahl einer Arbeiterfamilie: 4,3), den bei weitem größten Teil der spanischen Bevölkerung ausmacht.

Tabelle 2
Lohnabhängige nach Wirtschaftszweigen, 1971 (4. Trimester)

Wirtschaftszweig	Lohnabhängige	
	Tausend	%
Gesamt	8.428,3	100
Landwirtschaft und Fischerei	1.055,4	12,52
Extraktive Industrie	110,9	1,32
Verarbeitende Industrie	2.958,8	35,10
Bauindustrie und Öffentliche Arbeiten	995,5	11,81
Elektrizität, Wasser und Gas	90,7	1,18
Handel	760,1	9,02
Transport und Kommunikation	530,8	6,30
Andere Dienstleistungen	1.926,1	22,85

(Quelle: Instituto Nacional de Estadistica – INE)

Löhne und Preise

Nur ein geringer Prozentsatz der Frauen nimmt am Geldverdienen teil. Die Familie muß meist von dem leben, was der Vater und Gatte nach Hause bringt. Über 700.000 (knapp 10 %) verdienen nur den staatlich festgesetzten Mindestlohn, (1968: 96 ptas) der 1972 bei 156 ptas pro Tag (7,60 DM) lag (seit 1. April 1973: 185 ptas). Die Nettolöhne der meisten liegen jedoch über diesem Mindestlohnsatz, 1967 lag der durchschnittliche Monatslohn bei 6.000 ptas. Ein Überschlag auf der Basis der jährlichen Steigerungsraten ergibt für 1972 einen Durchschnittslohn von 7.500 ptas.

Tabelle 3
Lohn pro tatsächlich gearbeiteter Stunde; Empfänger in v.H.
(Löhne und Gehälter für Techniker mit und ohne Abschluß, Verwaltungsangestellte, Fach- und Hilfsarbeiter sowie Lehrlinge)

Entlohnung in ptas (damaliger Kurs: 15 ptas = 1 DM)	% 1967
8	0,2
8 - 10	1,5
10 - 15	6,2
15 - 20	15,1
20 - 25	20,1
25 - 30	22,0
30 - 40	18,0
40 - 50	8,9
50 - 70	5,2
über 70	2,8

(Quelle: INE)

Das realistischste Bild vom tatsächlichen Lohn des durchschnittlichen spanischen Arbeiters erhalten wir jedoch erst, wenn wir den Lohn pro tatsächlich gearbeiteter Stunde überprüfen. Rund 75 Prozent aller Werktätigen haben 1967 einen Stundenlohn zwischen 15 und 40 ptas erhalten. Nimmt man an, daß ein normaler Arbeitstag acht Stunden haben sollte, so ergäbe sich ein Tageslohn zwischen 120 und 320 ptas, von dem eine ganze Familie leben soll. Der tägliche Mindestverbrauch einer Stadtfamilie mit zwei Kindern dürfte

zur gleichen Zeit knapp über 300 ptas gelegen haben. (Die Comisiones forderten 1967 einen Mindestlohn von 300 ptas mit gleitender Lohnskala.) Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß der spanische Arbeiter ohne zahlreiche Überstunden seine Familie nur mit Mühe ausreichend ernähren kann. Wenn die Frau ebenfalls arbeitet, so kann sie im besten Falle einen Lohn erwarten, der (je nach Branche) um 30 bis 50 Prozent unter dem des Mannes liegt.

Die "Wohlstandswelle", die in den sechziger Jahren auch Spanien überspülte, hat vorwiegend die Angestellten und Techniker erfaßt, wie ein Vergleich der Durchschnittslöhne nach Berufskategorien zeigt. Gemessen am Einkommen hat sich in diesen Jahren ein breiterer "Mittelstand" herausgebildet, der zur Stärkung des inneren Marktes entscheidend beigetragen hat. 1961 hatten nur neun von 1.000 Spaniern einen Fernseher, 1970 schon 167; 1961 telefonierten nur 60 von tausend Spaniern mit dem eigenen Apparat, 1970 schon 124.

Der durchschnittliche spanische Haushalt gibt immer noch die Hälfte des vorhandenen Geldes für Nahrungsmittel aus. Daran hat sich im vergangenen Jahrzehnt nichts geändert. Denn der geringe Kaufkraftzuwachs von durchschnittlich einem Prozent pro Jahr (wenn man den offiziellen Zahlen Glauben schenken kann) ist durch besonders kräftige Steigerungen der Nahrungsmittelpreise (vor allem Fisch und Fleisch) begleitet gewesen.

Bildungschancen

Nach wie vor können spanische Eltern nicht mit Selbstverständlichkeit annehmen, daß ihre Kinder einen Schulplatz finden. Kürzlich noch mußte das Erziehungsministerium zugeben, daß rund eine Million Kinder im schulpflichtigen Alter nicht zur Schule geht. Der Analphabetismus ist bei weitem noch nicht ausgerottet. Als die Opus-Regierung 1968 die Alphabetisierungskampagne – angeblich wegen mangelnden Geldes – abblies, soll es noch 5,7 Prozent Analphabeten gegeben haben. Bei dieser Regierungszahl wurde allerdings unterstellt, daß alle Kinder unter 15 Jahren zur Schule gingen. Im besten Fall reicht die Schulpflicht entgegen zahlreichen Regierungsdekreten bis zum 13. Lebensjahr. Lesen konnte nach den Kriterien der Regierungsstatistik, wer einzelne Buchstaben zu entziffern wußte, des Schreibens war derjenige mächtig, der statt dreier Kreuze seine Unterschrift zu malen wußte. Und Männer über 60 sowie Frauen über 50 Jahren waren der "Alphabetisierung" nicht mehr würdig.

Bildung ist ein Privileg. Nur ein verschwindender Prozentsatz der Kinder erhält eine Vorschulerziehung in den überwiegend privaten und teuren Kindergärten. In den Schulen sieht die Lage nicht besser aus. 1966 gingen noch 45 Prozent aller Volksschüler in Privatschulen; obwohl der Staat vier Fünftel aller Schulen stellte. Denn in den Großstädten wie Madrid und Barcelona sind drei Viertel aller Schulen im Privatbesitz. Die meisten dieser Schulen erheben ein Schulgeld, Lernmittelfreiheit ist unbekannt. Viele Spanier wissen bis heute nicht, daß in den staatlichen Schulen Schulgeldfreiheit besteht, weil in den meisten Schulen Gebühren für sogenannte "Extrastunden" erhoben werden. Diese Gebühren kommen überwiegend dem Lehrer zugute, dessen Gehalt dem Hungerlohn eines Industriearbeiters vergleichbar ist. Lehrer gehören zur Gruppe der Spanier, die am meisten vom "pluriempleo" abhängig sind. Der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern an der Studentenschaft lag nach Angaben verschiedener Zeitungen 1969 noch bei 1,1 Prozent. Die FOESSA-Studie von 1970 kann jedoch allem Anschein zufolge glaubhaft machen, daß diese Zahlen durch statistische Unzulänglichkeiten zustandegekommen sind und kommt in eigenen Untersuchungen auf 6-7 Prozent.

Es ist angesichts dieser Bildungssituation nicht verwunderlich, daß zu den wichtigsten Forderungen der Comisiones Obreras die Bildungsforderungen gehören. "Für Schulpflicht

und kostenlosen Unterricht bis zum 16. Lebensjahr, Öffnung der Universitäten für alle und Demokratisierung des Bildungswesens" heißt eine der ersten Forderungen aller Generalversammlungen auf nationaler und Provinzebene.

4. Ausbreitung und Festigung der CC.OO.: 1967/68

Überblick

Wenn die Comisiones Obreras bisher mehr oder weniger geduldet worden sind, so sehen sie sich in den folgenden Jahren einer immer stärkeren Verfolgung ausgesetzt. Der Erfolg bei den Syndikatswahlen von 1966 zieht sehr bald Schikanen gegen die fortschrittlichen Vertrauensleute und Betriebsräte nach sich, die im Sommer 1967 zu einer regelrechten Absetzungskampagne anwachsen, die fortschrittlichen Gewerkschafter werden einfach ihrer Ämter enthoben, entlassen oder versetzt. Viele werden kurzfristig verhaftet und müssen sich nach ihrer Entlassung z. B. regelmäßig zu solchen Zeiten bei der Polizei melden, die ihnen eine geregelte Arbeit nicht mehr erlauben.

Unter diesen Umständen drängen die Comisiones verstärkt auf die Durchsetzung ihrer Legalität. Sie wollen sich auf keinen Fall in die Illegalität drängen lassen, die ihre Aktionsfähigkeit stark einschränken würde. Daher werden Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht in den zahlreichen Streiks zu zentralen Forderungen. In den Kämpfen des Jahres 1967, das zu den Höhepunkten der sechziger Jahre gehörte, können die Comisiones ihre Autorität unter den Arbeitern durch zahlreiche Neugründungen und Massenzulauf einerseits und durch eine verbesserte Koordination der Kampfmaßnahmen auf regionaler und nationaler Ebene andererseits ausbauen und festigen. Dies kommt auch auf den drei Generalversammlungen der CC.OO. ganz Spaniens zum Ausdruck, die in diesen beiden Jahren stattfinden. Dort klären sie nicht nur ihr Selbstverständnis auf nationaler Ebene, sie nehmen Stellung zur Regierungspolitik in der Wirtschaftskrise, die Spanien 1967/68 im Gefolge der großen Rezession durchmachen muß, und gelangen in ihrer dritten Generalversammlung zur Formulierung einer gemeinsamen Strategie – dem Generalstreik, der als landesweite politische Manifestation aus den lokalen und regionalen Arbeitskämpfen heraus erwächst.

4.1. Die verschiedenen Kräfte innerhalb der CC.OO.

Zweifelsohne stellen die nichtorganisierten Arbeiter den größten Teil derjenigen, die an den Versammlungen und an sonstigen Aktivitäten der Comisiones teilnehmen. Unter den politisch Organisierten stellen die Kommunisten die entscheidende Kraft dar. In welchem quantitativen Verhältnis sie zu den übrigen Kräften stehen, hängt von den verschiedenen Faktoren ab, die bei der Entstehung der Kommissionen in den einzelnen Regionen, Orten und sogar Fabriken eine Rolle gespielt haben, so daß es nicht immer selbstverständlich ist, daß die Kommunisten den entscheidenden Einfluß ausüben. (Über die Politik der Kommunistischen Partei Spaniens siehe 8.)

4.1.1. Die katholischen Arbeiter in den CC.OO.

Nach den Kommunisten stellen die katholischen Arbeiter der verschiedenen Gruppen den größten Teil der politisch Organisierten, die in den CC.OO. arbeiten. Diese Gruppen sind nach und nach aus der Apostolischen Bewegung der Katholischen Kirche und deren beiden Hauptorganisationen HOAC (Hermandades Obreras de Accion Catolica – Arbeiterbruderschaften der Katholischen Aktion) und JOAC, später JOC (Juventudes Obreras Catolicas – Katholische Arbeiterjugend) heraus entstanden. Daneben bestand eine 1955 von den

Jesuiten gegründete Arbeitervorhut (Vanguardia Obrera – VO). Diese Organisationen vermittelten durch ihre anfänglich zaghafte, später jedoch immer entschlossenere Beteiligung an den Kämpfen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vielen jungen katholischen Arbeitern, die zwar den vertikalen Syndikaten zutiefst mißtrauten, den illegalen politischen Organisationen jedoch nicht beitreten wollten, die ersten nachhaltigen politischen Erfahrungen. Aus der Kritik heraus, die sehr bald an Staat und offizieller Kirche laut wird, entwickeln sich etwa ab 1960 mehrere Richtungen, die jedoch überwiegend zu klassenbewußten Positionen gelangen. Ihre anfänglich antikommunistischen bzw. antimarxistischen Vorurteile verschwinden in dem Maß, wie die Aktionseinheit in den Betrieben in Erfolgen und Niederlagen geschmiedet wird. Die fortschrittlichen Ansätze des Ökumenischen Konzils und die ernsthaften Verständigungsversuche der Kommunisten verstärken diesen Trend im Laufe der sechziger Jahre.

Den größten Anklang findet lange Zeit die AST (Accion Sindical Trabajadora – Gewerkschaftliche Arbeiteraktion), die 1961/62 aus der VO hervorgegangen ist. Sie tritt für den überkonfessionellen Zusammenschluß aller Arbeiter ein. Nach anfänglichen Kontakten mit zwei anderen aus der katholischen Bewegung hervorgegangenen Splittergruppen (FST: Federacion Sindical de Trabajadores; USO: Union Sindical Obrera), die es vorziehen, im Untergrund zu arbeiten, siegt die Überzeugung, daß der bloße Zusammenschluß zu geheimen Gewerkschaftsgruppen sinnlos ist und daß nur die kontinuierliche Massenarbeit die Einheit der Arbeiter herbeiführen kann. Diese Einsicht führt 1964 zur realistischen Einschätzung, daß die PCE die einzige im ganzen Lande verankerte politische Kraft ist. Diese Abkehr vom Antikommunismus und die Arbeit in den CC.OO. trägt wesentlich zur Stärkung der AST bei, die nach anfänglichem Beharren auf dem reinen Arbeiterkampf beginnt, die politische Strategie der PCE zu kritisieren. Sie wollen über die direkte Demokratie durch antikapitalistische Organismen und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter zum Sozialismus gelangen. Diese Linie ruft so starke innere Auseinandersetzungen hervor, daß die AST sich 1969 spaltet.

Ein großer Teil gründet die ORT (Revolutionäre Arbeiterorganisation), die sich mit Teilen der aufgelösten FOC innerhalb der CC.OO. verbindet. Aus der Kritik an der PCE ("reformistisch") heraus kommt die ORT zum Selbstverständnis als Aufbauorganisation für eine neue proletarische Partei, die gewaltsam die Macht zu ergreifen habe. Unter den überwiegend katholischen Arbeitern in Pamplona und seiner stark ländlich geprägten Umgebung nimmt die ORT eine Vorrangstellung ein. Aufgrunddessen nahmen viele CC.OO. Pamplonas 1971 nicht an den Syndikatswahlen teil.

Der größte Teil der katholischen Arbeiter nimmt jedoch an der Bewegung der Comisiones teil, ohne politisch oder gewerkschaftlich gebunden zu sein. Vor allem ihre Beteiligung hat in den sechziger Jahren stark zugenommen. Ihnen sind zu einem großen Teil die fortschrittlichen Entwicklungsansätze innerhalb der katholischen Kirche, vor allem unter den jungen Priestern nach dem Konzil, zu verdanken. In dem Maße wie die CC.OO. durch die katholischen Arbeiter gestärkt worden sind, haben HOAC und JOC als apostolische Organisationen an Bedeutung verloren. Welche Intensität die Beteiligung von immer mehr jungen Priestern, vor allem auch Arbeiterpriestern, an den CC.OO. bekommen hat, ist schon daraus zu ersehen, daß unzählige Versammlungen in Kirchen stattgefunden haben und daß immer wieder von "encierres" (Einschließungen) von Arbeitern und Arbeiterfrauen in Kirchen zu hören ist, die von den Priestern volle Unterstützung erhalten (vor kurzem erst bei dem Generalstreik in Pamplona).

4.1.2. Ultralinke Gruppen in den CC.OO.

Die stärkste dieser Gruppen war lange Zeit die Volksbefreiungsfront (FLP), die sich (wahrscheinlich) 1956 gebildet hat. Lange Zeit unterstützte sie die großen Kampagnen der PCE und trug zu ihrem Erfolg bei. Als sie sich jedoch ab 1960/61 unter dem Eindruck der cubanischen Revolution immer stärker auf den Weg der Guerilla als der einzigen Möglichkeit, Franco zu stürzen, begibt, setzt ein Spaltungsprozeß ein, der Teile der FLP zur Kommunistischen Partei, andere zur Gründung neuer, nunmehr ausschließlich studentischer und intellektueller Sekten treibt. Aufgrund ihrer föderativen Strukturen treten sie in einigen wenigen Provinzen mit verschiedenen Bezeichnungen auf. (In Madrid bleibt die FLP in der Studentenschaft bis etwa 1968 stark.) Die ESBA in Euzkadi bleibt eine Splittergruppe, die nur symbolisch in Erscheinung tritt, ohne realen Einfluß auszuüben. Die FOC (Katalanische Arbeiterfront) hingegen kann sich während des Herausbildungsprozesses der Comisiones in Barcelona vor allem in der Metallindustrie in wichtigen Betrieben durchsetzen. Der Streit entzündet sich zum einen an der Frage des offenen Auftretens, zum anderen daran, daß die Kommunisten vertreten, es müßten zur Koordination der Arbeit Kommissionen geschaffen werden, die lokale Aktivitäten in bestimmten Zonen zusammenfassen, während die FOC meint, die Arbeiter müssen sich nach Zweigen zusammenfassen, was den eindeutigen Nachteil der Zerstreuung über das stark zergliederte Industriegebiet Barcelonas mit sich brächte.

Die totale Konfrontation zwischen diesen beiden Richtungen läßt 1968 alle Kämpfe um den Abschluß besserer Tarifverträge fehlschlagen, die Aktivitäten sind gelähmt. Einige Comisiones handeln auf eigene Faust. In dem Maße wie die Kommunisten wieder verstärkt beginnen, die CC.OO. von der Basis her zu festigen und die demokratischen Prinzipien der Versammlungen konsequenter zu berücksichtigen, müssen die FOC-Leute auf die Stadtteil-Kommissionen ausweichen. Als sie sich nach zeitweiligen Erfolgen in den Jungarbeiterkommissionen immer stärker auf die offene Konfrontation mit der Polizei anlegen, verlieren sie in kürzester Zeit an Bedeutung, weil innere Streitigkeiten sie von Spaltung zu Spaltung treiben.

Anarcho-syndikalistische Grüppchen wie "Que Hacer" und trotzkistische wie die "Liga Communista" ohne nennenswerten Einfluß, weder unter den Arbeitern noch unter den Studenten, treten an ihre Stelle. Die FLP in Madrid tritt großenteils in die PCE ein, die ab 1969 in der Studentenbewegung immer größeren Einfluß bekommt. Ein anderer Teil geht zur ORT (Organizacion Revolucionaria de Trabajadoras).

Die Rolle der FOC übernimmt in Barcelona die Ende 1968 gegründete Gruppe "Rote Fahne" (Bandera Roja). Sie setzt sich aus Dissidenten der Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens (PSUC) und der trotzkistischen "Internationalen KP" (PCI), die ihrerseits aus einem prochinesischen Flügel der PSUC hervorging, zusammen und möchte gerne die neue KP Spaniens werden. Bandera Roja erkennt die CC.OO. als echte Klassenorganisation an und arbeitet in ihnen, hat jedoch vor allem in den Stadtteilkommissionen und unter Studenten Anklang gefunden.

4.2. Oppositionelle gewerkschaftliche Kräfte außerhalb der CC.OO.

Die Comisiones Obreras haben sich zwar als die einzige "Organisations"-Form als fähig erwiesen, auf nationaler Ebene koordinierend zu wirken, stellen aber nicht den Anspruch, eine geschlossene Gewerkschaft zu sein. Demgegenüber bestehen in verschiedenen Teilen des Landes Organisationen, geheime Gewerkschaften, deren Einfluß jedoch auf Regionen, Städte oder sogar nur auf wenige Fabriken beschränkt ist.

Die Union General de Trabajadores (UGT), die Gewerkschaft der PSOE, hat die größte

Mobilisationskraft unter diesen im Untergrund arbeitenden Organisationen. Ihr gehören überwiegend die alten sozialdemokratischen Arbeiter an. Die Jungarbeiter hingegen haben sich in ihrer großen Mehrheit den Jungarbeiterkommissionen innerhalb der Bewegung der CC.OO. angeschlossen und tendieren stark zur PCE. Den größten Einfluß übt die UGT in ihren alten Hochburgen Asturien und Baskenland aus.

Seit 1961 arbeitet sie in der ASO (Alianza Sindical Obrera) mit den eher symbolischen Überresten der alten anarchistischen Gewerkschaft CNT (Confederacion Nacional de Trabajadores) und den Arbeitern der STV (Solidaridad de Trabajadores Vascos – Solidarität Baskischer Arbeiter) zusammen. Die STV ist eine geheime gewerkschaftliche Vereinigung, die politisch der bürgerlichen Baskischen Nationalpartei (PNV) nahesteht. Welchen Einfluß diese Organisationen haben, zeigte sich bei den Syndikatswahlen von 1966 und 1971. Während die Wahlbeteiligung im allgemeinen bei 80 Prozent lag, erreichte sie im Baskenland oft nur etwa 60 Prozent.

Gemeinsam ist diesen Gewerkschaftsorganisationen, zu denen auch die schon unter den katholischen Organisationen genannte USO (stark fast nur in der RENFE, der staatlichen Eisenbahn) zählt, daß sie seit einigen Jahren dazu übergegangen sind, die Struktur der CC.OO. zu kopieren. So hat die UGT sogenannte "comites de fabrica" ins Leben gerufen, die allerdings erst stärker unterstützt werden, seit die PSOE aus dem Inland geführt wird.

4.3. Die Klassenkämpfe

Im Verlauf des Winters 1966/67 kommt es im ganzen Land zu Arbeitskämpfen. In Barcelona und Asturien streiken Metaller und Bergleute. In Sevilla kommt es bei Demonstrationen zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei. Die Agitation der Studenten in den größten Universitätsstädten Madrid, Barcelona und Valencia weitet sich aus, es kommt zu Fakultätsbesetzungen, welche die Polizei mit Waffengewalt aufhebt. Die Unruhen ergreifen immer größere Teile Spaniens. Ausgehend von kleinen und begrenzten Konflikten in den einzelnen Betrieben, weiten sich die Arbeitskämpfe teils spontan, teils durch die Koordination der Comisiones auf Städte und Provinzen aus.

In dieser Situation rufen die Madrider Comisiones zu einem Kampftag für die Freilassung derjenigen Kollegen auf, die für ihre gewerkschaft che Arbeit im Gefängnis sitzen, für Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht. Der 27. Januar, der als Kampftag festgesetzt worden ist, stellt gewissermaßen den Höhepunkt der landesweiten Kämpfe dar. In hunderten von Versammlungen bereiten die Arbeiter diesen Tag vor. Andere Organisationen schliessen sich diesem Aufruf an. Weit über 100.000 Arbeiter reagieren auf diesen Aufruf mit vielfältigen Aktionen. Sie legen kurzfristig die Arbeit nieder, versammeln sich in den Betrieben, verlassen die Arbeitsplätze und formieren sich zu gewaltigen Demonstrationszügen, die aus mehreren Richtungen vom Industriegürtel um Madrid her in die Innenstadt ziehen, und blockieren den Verkehr. Die Busse und U-Bahnzüge fahren an diesem Tag weitgehend leer. Als die Polizei den Arbeitern schwerbewaffnet entgegentritt, hallt es durch die Straßen der Madrider City: "Franco no, democracia si". Während dieser Demonstrationen werden einige der bekanntesten Madrider Arbeiterführer verhaftet, unter ihnen Camacho und Ariza von Perkins.

Marcelino Camacho Abad ist ein alter Gewerkschaftskämpfer. Als er 1957 aus dem algerischen Exil kommend bei Perkins Hispania (Motoren) in Madrid eine Arbeit erhält, wird er noch im selben Jahr zum Vertrauensmann gewählt und alle drei Jahre von seinen Kollegen in seinem Amt bestätigt – 1966 erhält er bei den Wahlen, obwohl ihm die Kandidatur vom Syndikat verweigert wird, weil er im Juni 1966 bei der Übergabe der 30.000 Unterschriften an den Arbeitsminister verhaftet wurde, 88 Prozent der Stimmen in seiner

Berufsgruppe und 92 Prozent der Stimmen seiner Betriebskollegen. Nach der Verhaftung am 27. Januar treten am nächsten Tag für ihn und seine verhafteten Kollegen über 50.000 Metaller in den Streik. Camacho und einige andere werden wieder freigelassen. Im Februar wird ihm der Prozeß wegen Rädelsführerschaft gemacht. Am 1. März beschließt das Sondergericht für Öffentliche Ordnung seine Haft, "solange der gegenwärtige latente Zustand der Arbeitsanomalität andauert." (22) Demzufolge dauert dieser Zustand bis zum 10. März 1972 an. Nur drei Monate später, am 24. Juni, wird er erneut verhaftet: wegen "sehr schlechten sozialen Verhaltens" fordert der Staatsanwalt für ihn 20 Jahre und einen Tag Zuchthaus; er sei "einer der höchsten Führer, Organisator und Förderer der Comisiones Obreras". (23)

Am 16. Februar 1967 erklärt der Oberste Gerichtshof die Comisiones Obreras zur "illegalen Vereinigung". Die spanische Regierung ist sich jedoch darüber im Klaren, daß sie gegen diese breite Bewegung mit repressiven Maßnahmen alleine nicht ankommen wird. Daher verstärken sich in diesen Wochen die Gerüchte, die Abfassung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes stehe vor dem Abschluß. Daß mit dem alten Gesetzeskanon keine Gewerkschaft mehr, geschweige denn ein Staat zu machen sei, war seit Jahren deutlich geworden.

Am 14. Dezember 1966 hatte den Spaniern bei einem Referendum eine neue Verfassung zur Abstimmung vorgelegen. Nach offiziellen Angaben stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 88,79 Prozent 95,06 Prozent für das Organische Staatsgesetz. (23 a) Das Organische Staatsgesetz beläßt im großen und ganzen die alte Syndikatsorganisation wie sie ist, sieht jedoch vor, daß sich innerhalb der alten Struktur mit ihrer "politischen oder Befehlslinie" von oben nach unten getrennte "Vereinigungen von Unternehmern, Technikern (Ingenieure etc., d. Verf.) und Arbeitern bilden werden, die sich zur Verteidigung der ihnen eigenen Interessen organisieren." (24) Damit wird zum erstenmal gesetzlich fixiert, daß Arbeitende und Unternehmer unterschiedliche Interessen haben, die im Widerspruch zueinander stehen und verteidigt werden müssen. Diese de facto-Anerkennung der Existenz und Notwendigkeit des Klassenkampfes hat jedoch keine weiteren rechtlich relevanten Folgen.

4.3.1. Der Gegenentwurf der CC.OO.

Im Vorwort zur Erläuterung des Gesetzes wird die Erarbeitung eines neuen Syndikatsgesetzes schon angekündigt. Die Comisiones beginnen daraufhin ihrerseits mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs. Das Ergebnis dieser Arbeit ist ein wohldurchdachtes Dokument über "Grundsätze und Prinzipien, die wir für unabdingbar halten und die wir den Arbeitern zur Abstimmung vorlegen." (25) Diese Grundsätze sind im April 1967 in Orcasitas von einer Versammlung verabschiedet worden, an der über tausend Madrider Arbeiter-

22 Delegacion Exterior de CC.OO. (DECO): BOLETIN DE INFORMACION, Sonderheft "Proceso contra los defensores de la Libertad Sindical en Espana, 1001/72", Paris 1973.

23 DECO, Sonderheft "Datos biograficos de los Diez de Carabanchel", Paris 1973.

23a Die Zahlen sind eindeutig manipuliert. Nicht nur mußten die Spanier unter Zwang abstimmen, es wurden auch keine Berechtigungskontrollen durchgeführt, so daß es einem ausländischen Journalisten z.B. ohne Schwierigkeiten gelang, fünfmal einen blauen Ja-Zettel (Nein-Zettel weiß und ohne Aufdruck) in die Glasurnen zu werfen. Am Schluß hatten laut Statistik fast zwei Millionen mehr Spanier abgestimmt als stimmberechtigt waren.

24 Servicio Informativo Espanol: "Referendum 1966, Nueva Constitucion", in: DOCUMENTOS POLITICOS Nr. 7, Madrid 1966.

25 DECO: GRUNDLEGENDE DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 10 ff.

vertreter teilgenommen haben. Sie umfassen Darlegungen zur demokratischen Verfassung und Unabhängigkeit der Gewerkschaft, zur Einheit der Arbeiter, zum Streikrecht und zu den Garantien für Gewerkschaftsvertreter, zur internationalen Solidarität der Arbeiter, über das Interventionsrecht der Gewerkschaften im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich sowie über Tarifverhandlungen und Fragen der Sozial-, Kranken- und Familienversicherung.

"In Anbetracht der Tatsache, daß in 28 Jahren des Pflichtbeitrags an die staatlichen Syndikate ein Vermögen zusammengekommen ist, dessen Teilung den Interessen der Arbeiter zuwiderliefe", fordern die CC.OO., im Anschluß an einen Konstituierenden Gewerkschaftskongreß müsse eine gemischte Liquidationskommission von Arbeiter- und Unternehmervertretern gebildet werden, welche die Aufgabe bekommt, "eine Generalinventur des Vermögens (Gebäude, Zeitungen, Barguthaben, Aktien, andere Wertpapiere etc.) der staatlichen Syndikatsorganisation anzufertigen."

Das Dokument formuliert als "grundlegende Ziele einer Arbeitergewerkschaft":

"Erstens: Die Verteidigung der materiellen und beruflichen Interessen.

Zweitens: Die Durchsetzung einer tatsächlichen Gleichstellung für Frauen und Jungarbeiter und die Förderung und Verteidigung der besonderen Rechte beider.

Drittens: Der Zugang zu Kultur und Unterricht auf allen Ebenen.

Viertens: Die Förderung und Verteidigung eines wahren kulturellen und geistigen Gutes.

Fünftens: Beteiligung an allen Organen, in denen Entscheidungen getroffen werden, welche die gesamte Gesellschaft und insbesondere die Arbeiter und ihre Familien betreffen.

Sechstens: Die Erreichung einer Gesellschaft, in der der gesellschaftliche und wirtschaftliche Fortschritt nicht auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeit beruht.

Siebentens: Die internationale Solidarität und Einheit der Arbeiter, wie sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung überkommen ist."

Dieses Dokument der Arbeiterkommissionen wird nach seiner Verabschiedung an den Präsident der Cortes geschickt und im ganzen Land an die Arbeiter verteilt. Der 1. Mai 1967 steht eindeutig im Zeichen der Forderung nach Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit. In allen Großstädten bilden sich lange Demonstrationszüge. In San Sebastian, Valencia, Pamplona, Sevilla und einigen anderen Städten kommt es zu harten Auseinandersetzungen mit der brutal vorgehenden Polizei. Auffallend ist das einheitliche Vorgehen von Arbeitern und Studenten und die vor allem im Baskenland und Katalonien starke Beteiligung von Priestern.

4.3.2. Der Streik der Walzwerker von Echevarri

Zwei Wochen später, am 13. Mai geht einer der längsten und härtesten Streiks der spanischen Arbeiterbewegung zu Ende. Im baskischen Echevarri waren am 29. November 1966 600 Arbeiter der "Kaltwalzwerk-AG" (Laminacion de Bandas en Frio S.A.) in den Streik getreten, weil das Monopolunternehmen die ihnen zustehenden Prämien nicht auszahlen wollte. Die Arbeiter werden entlassen. Nach Verhandlungen bietet die Direktion im Verein mit der Provinzleitung des Syndikats die Wiedereinstellung der meisten an, einige "Rädelsführer" werden nicht wieder eingestellt. Die Arbeiter fordern: "Entweder alle oder keiner" und setzen ihren Streik fort. Sie sind sich der Unterstützung tausender Kollegen sicher. In hunderten von großen Betrieben wird Geld für die Walzwerker gesammelt, aus ganz Spanien treffen Solidaritätstelegramme ein. Die Ingenieure der Metallbetriebe von Bilbao klagen ihre Kollegen vom Walzwerk, die sich als Streikbrecher betätigt haben, in einer Resolution, die in allen Zeitungen (dem "Montagsblatt") veröffentlicht wird, an: Wißt ihr denn nicht, "daß Ingenieure auch Arbeiter sind und überhaupt, habt ihr denn vergessen, wofür die streikenden Arbeiter kämpfen?" Die Frauen der Arbeiter bringen

täglich Essen und Zigaretten in die besetzte Fabrik, und sie besetzen ihrerseits das Syndikatsgebäude, als die Männer von der Polizei aus dem Werk gejagt werden. In allen großen Städten kommt es zu Demonstrationen. Die Polizei kann mit Rücksicht auf das am 14. Dezember stattfindende Referendum nicht durchgreifen.

Der Streik der Walzwerker von Echevari bekommt zentrale Bedeutung für die spanische Arbeiterbewegung. Denn die Arbeiter haben auf ihrer Versammlung beschlossen, vor Gericht zu gehen. Nach der Änderung des Strafrechts-Paragraphen 222 und unmittelbar nach der Verabschiedung der neuen Verfassung, die ein neues Syndikatsgesetz angekündigt hat, muß ein Gericht über die Rechtmäßigkeit eines Streiks urteilen, der von den Arbeitern im vollen Bewußtsein der Tragweite dieser Entscheidung mit größter Disziplin ausschließlich im Bereich der ökonomischen Forderungen gehalten worden ist.

Das Arbeitsgericht von Bilbao entscheidet zuungunsten der Arbeiter. Einer Reihe von Arbeitern kündigt das Unternehmen nun die Werkswohnungen. Die Bank von Bilbao zwingt die Betriebe, welche Streikenden zur Überbrückung Arbeit gegeben haben, diese zu entlassen. Werber werden in die benachbarten Provinzen geschickt, weil aus der näheren Umgebung niemand den Arbeitsplatz der Streikenden einnehmen will. Und von den wenigen, die herangekarrt werden, kündigen die meisten gleich wieder, als sie erfahren, was auf dem Spiel steht. Als dies alles keinen Erfolg zeitigt, interveniert der Staat. In der Provinz Vizcaya wird der Ausnahmezustand (21. April) erklärt. Als Antwort treten ca. 30.000 Arbeiter in der weiteren Umgebung in den Streik. Im Mai veranstalten 71 Priester einen Schweigemarsch durch Bilbao und übergeben dem Zivilgouverneur ein Protestschreiben, das sie mit ihrem vollen Namen unterschrieben haben. Über 40 Arbeiterführer werden deportiert, Hunderte verhaftet. Den Arbeitern wird jede Möglichkeit genommen, sich zu versammeln. Als sie nach fünfeinhalb Monaten (163 Tage) wieder an die Arbeit gehen, so resümieren sie in ihrem Buch "Unser Streik", haben sie praktisch nichts erreicht, aber "trotz unseres Schmerzes und unseres Zorns, ist das Ende ruhmvoll gewesen, denn das Regime war, um unseren Widerstand zu brechen, gezwungen, seinen gesamten Unterdrückungsapparat zu benutzen und auf diese Weise so deutlich wie selten zu enthüllen, daß es in Wahrheit eine Marionette ist, die vom Kapitalismus bewegt wird... Was wir erlebt haben, ... wollen wir in den Dienst all derer stellen, die gegen den Kapitalismus und seine letzte Form, den Imperialismus, kämpfen, für die Befreiung unseres Volkes, aller Völker der (iberischen) Halbinsel und aller unterdrückten Völker der ganzen Welt." (26) Die Parole der Walzwerker von Echevarri: "Alle oder keiner" wird zum zentralen Wahlspruch der spanischen Arbeiterbewegung und taucht in allen großen Kämpfen wieder auf.

4.3.3. Die 1. Nationalversammlung der CC.OO.

Am 8. August veröffentlichten die Comisiones Obreras das Schlußkommunique ihrer ersten Nationalversammlung, die "im Juni 1967 in Madrid" unter Beteiligung von Delegierten aus den meisten der fünfzig spanischen Provinzen stattgefunden hat. Sie erklären erneut, daß sie keine Organisation seien, "sondern eine *koordinierte Kraft, eine offene Bewegung.*" Sie betonen "ihren *einheitlichen* Charakter, der nicht im Sinne eines Bündnisses von Gruppen und Kräften zu verstehen ist, sondern im Sinne der gemeinsamen Teilnahme aller Arbeiter an der Bewegung ohne Ansehen der politischen Ideologie, der philosophischen Konzeption oder des religiösen Bekenntnisses." Als weitere Bestandteile der "Generallinie der CC.OO." unterstreichen sie "ihre *Unabhängigkeit* von jeder politischen, gewerkschaftlichen oder religiösen Gruppe; ... ihren *demokratischen* Geist, von dem sie sich in jegli-

26 Zitiert nach Ruedo Iberico (Verlag als Herausgeber): HORIZONTE ESPANOL 1972, Paris 1972, Band I, S. 73.

chem Handeln leiten lassen, dadurch daß dieses zu jeder Zeit von der *Arbeiterbasis*, insbesondere von den *Versammlungen der Arbeiter* ausgeht; ihr *offenes und nicht geheimes* Vorgehen, das im Rahmen der Besonderheiten der jeweiligen Situation jeden Versuch, sie in den Untergrund zu drängen, zurückweist"; und schließlich verdeutlichen sie noch einmal, daß sie ihre Funktion darin sehen, *"gewerkschaftliche* und *soziale Forderungen* vorzutragen, ohne daß dadurch ausgeschlossen ist, daß sie in bestimmten Augenblicken ihre Haltung zu solchen politischen Entscheidungen (opciones), welche die Interessen der Arbeiterklasse direkt betreffen, definieren."

Ausgehend von diesen Grundsätzen nimmt die Versammlung den Gegenentwurf der Madrider Comisiones zum neuen Syndikatsgesetz "als allgemeine, richtungsweisende Plattform für die Arbeiter ganz Spaniens" an. Den CC.OO. des Baskenlandes, Kataloniens und Galiziens wird das Recht zugestanden, hinsichtlich ihres nationalen Status Forderungen hinzuzusetzen. Die Versammlung vermerkt ein besonders starkes Anwachsen der Frauen- und Jungarbeitergruppen in den CC.OO. und fordert dazu auf, diesen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Das gleiche gelte für die Landarbeiterkommissionen (comisiones campesinas – CC.CC.), "die dazu aufgerufen sind, für die Rechte und Forderungen des Landproletariats und der armen und mittleren Bauern zu kämpfen." Die Versammlung richtet einen Gruß an die kämpfenden Studenten.

"Es wurden folgende Minimalforderungen der CC.OO. für die gegenwärtige Phase aufgestellt:

- Gewerkschaftsfreiheit
- Versammlungs-, Vereinigungs-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit
- Streikrecht
- Agrarreform nach der Parole: "das Land dem, der es bearbeitet", und eine Demokratisierung der ländlichen Bezirke
- Minimallöhne mit gleitender Lohnskala von 300 Peseten (ca. 16 DM) für einen normalen Arbeitstag und für einen Arbeiter mit Frau und zwei Kindern
- Keine Diskriminierung von Arbeitern über 35 Jahre bei der Einstellung
- Arbeitslosenunterstützung ohne Ausnahme oder Einschränkung der Dauer und und nie unter 75 % des Reallohns (bald danach werden 100 % gefordert, d.Verf.)
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterscheidung von Geschlecht und Alter
- Arbeitswoche von 44 Stunden unter Berücksichtigung der vorteilhaftesten Bedingungen
- Vier Wochen bezahlter Urlaub im Jahr
- Integrierung der Funktionäre in das gewerkschaftliche Leben des Landes
- Wiedereinstellung aller wegen Aktionen zur Verteidigung der Arbeiter Verfolgten
- Freiheit für alle wegen der Verteidigung von Arbeiterinteressen Gefangenen und Einstellungsgarantie für dieselben
- Obligatorischer und kostenloser Schulbesuch bis zum 16. Lebensjahr
- Absolutes Verbot des Abschlusses von Arbeitsverträgen mit Kindern unter 16 Jahren
- Wohnungen für alle Arbeiter, sofortige Bereitstellung von Wohnungen für wohnungslose Arbeiter; die Mieten dürfen 10 % des Lohns nie übersteigen
- Kranken-, Berufskranken- und Unfallversicherung, wobei die Beiträge dem jeweiligen Reallohn entsprechen müssen
- Wirksame und würdige Pflege des kranken Arbeiters
- Wirkliche Beteiligung der Arbeiter an der Organisation, Kontrolle und Überwachung der Sicherheits- und Hygienevorkehrungen am Arbeitsplatz
- Angemessene Bezahlung der Ärzte und des Pflegepersonals
- Wirksame Kontrolle dieser Dienstleistungen durch die Arbeiter selbst

- Angleichung der Altersrenten und der Krankenunterstützung an die jeweils gestiegenen Lebenshaltungskosten. Diese Renten dürfen nicht unter 75 % des Reallohns liegen
- Direkte Kontrolle der berufsgenossenschaftlichen und Darlehenskassen" (27)

4.3.4. Erklärungen der CC.OO. zur Wirtschaftskrise

Im Dezember 1967 findet die zweite Nationalversammlung der Comisiones Obreras statt, die sich jetzt allerdings mit Rücksicht auf die Autonomiebestrebungen der Basken, Katalanen und Galizier Generalversammlung nennt. Die Vertreter blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Nach dem heißen Winter und Frühjahr, einem eindrucksvollen 1. Mai und der monatelangen Solidaritätsmobilisierung für die Walzwerker von Echevarri hatten die CC.OO. im Herbst noch einmal ihre gewachsene Mobilisierungskraft und Koordinationsfähigkeit bewiesen. Für den 27. Oktober war ein Nationaler Kampftag gegen Unterdrückung und Teuerung ausgerufen worden. Im ganzen Lande hatten die Arbeiter diesen Tag in Versammlungen vorbereitet. Allein in Madrid fanden am 20. Oktober 67 Arbeiterversammlungen statt. "Am 27. Oktober waren die Arbeiterklasse, die Studenten und das Volk die Träger eines Protestes von bisher unbekanntem Ausmaß. Allein in Madrid beteiligten sich 150.000 Menschen an Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, am Boykott der Verkehrsmittel, und Abertausende taten das gleiche in Barcelona, in Tarrassa, in Sabadell, in Mataro, in Bilbao, in Sevilla, in Pamplona, in Valencia, in Vigo, in Asturien, in Malaga, in Zaragoza und in soundsovielen anderen Orten unseres Landes". (28) Die Repressionsmaßnahmen des Regimes waren vielfältig. In Madrid wurden über 1000 Arbeiterführer vorbeugend verhaftet, die Polizei besetzte quasi die Zentren aller großen spanischen Städte. Die Regierung wollte mit allen Mitteln diesen 27. Oktober verhindern, denn das Land rutschte immer tiefer in die Krise hinein, die nach den westeuropäischen Staaten jetzt auch Spanien erfaßte.

> "Die Generalversammlung der CC.OO. verurteilt, daß wieder einmal die ganze Last der Krise auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird, was in folgenden Punkten besonders hart fühlbar wird: Kündigung der Arbeitsverträge, einschließlich der Verbesserungen in den schon abgeschlossenen; Einfrieren der Nominallöhne und Senkung der Reallöhne durch das Streichen von Überstunden, Prämien usw.; Massenarbeitslosigkeit durch das Umsichgreifen der Krise und Entlassungen, die so weit gehen, daß heute kein Arbeiter mehr seines Arbeitsplatzes sicher sein kann. Faktisch wurden wilde Entlassungen ohne das Gegenmittel des Streiks eingeführt. In diesem Zusammenhang verurteilt die Generalversammlung die Rolle des ausländischen, besonders des nordamerikanischen Kapitals bei der unheilvollen "Umstrukturierung der Belegschaften", dem ständigen Steigen der Preise und der Lebenshaltungskosten ...
>
> Die Generalversammlung der CC.OO. weist darauf hin, daß die Lage auf dem Lande durch die Massenarbeitslosigkeit, das Fehlen einer Arbeitslosenversicherung und die Schwierigkeit, angesichts der Arbeitskrise in Europa, auszuwandern, ganz besonders ernst ist." (29)

4.3.5. Der 1. Mai

"Als Antwort auf die Maßnahmen der Regierung, als Solidaritätserklärung mit den Verhafteten und für die Forderungen der Arbeiter" beschließt die 2. Generalversammlung

27 "Schlußkommunique der (I.) Nationalversammlung der CC.OO.", in: DECO: DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 15 ff.

28 "Erklärung der CC.OO. zur gegenwärtigen Krise" (Januar 1968), in: DECO: DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 21.

29 "Kommunique der 2. Generalversammlung der CC.OO.", in: DECO: DOKUMENTE .... a.a.O., S. 19.

der CC.OO. das "beschleunigte Hinarbeiten auf eine gemeinsame Aktion der Arbeiter des ganzen Landes". Diese große Massenaktion soll der Höhepunkt eines vielfältigen Prozesses von Teilkämpfen in verschiedenen Orten, Industriezweigen und Fabriken sein, wie sie schon vielerorts durchgeführt worden sind." Das Schlußkommunique schließt mit der Anklage gegen die "unmenschliche Aggression der Vereinigten Staaten und des internationalen Kapitalismus" gegen "unsere Klassenbrüder, die Arbeiter und das Volk Vietnams". (30)

Das Jahr 1968 weist zwar nicht so viele Kampfhöhepunkte auf wie das Jahr zuvor, doch die Kampfbereitschaft der Arbeiter bleibt weiter hoch. Die Comisiones folgen dem Aufruf ihrer 2. Generalversammlung. Im ganzen Lande finden örtlich begrenzte, kurze und disziplinierte Arbeitskämpfe statt.

Am 30. März rufen die CC.OO. von Katalonien ebenso wie in den anderen Regionen des Landes in einem Kommunique "die Arbeiter ganz Spaniens zu einem Kampftag am 30. April" auf, "mit Arbeitsniederlegungen für 1 Stunde in den Fabriken, Werkstätten und Arbeitszentren am Ende des Arbeitstages, mit Märschen, Versammlungen und Demonstrationen nach Arbeitsschluß zu den vertikalen Syndikaten und zu Treffpunkten, welche die CC.OO.jedes Ortes festlegen.

Diese Aktion wird ihre Fortsetzung und ihren Höhepunkt mit der Feier des 1. Mai finden, dem Kampf- und Solidaritätstag der Arbeiter der ganzen Welt." (31) Neben den materiellen Forderungen wie 300 ptas Mindestlohn, 8-Stundentag und 44-Stundenwoche, 100 %-Arbeitslosenversicherung gemessen am Reallohn, desgleichen für die Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Rentenversicherung, werden viele eminent politische Forderungen betont; darunter solche gegen das Eindringen ausländischen Kapitals und die Räumung der Yankee-Stützpunkte, die Auflösung des Sondergerichts für Öffentliche Ordnung, und wie immer für eine demokratische, unabhängige, einheitliche Gewerkschaft, die die Klasseninteressen vertritt.

Der 30. April und der 1. Mai 1968 werden zum eindrucksvollen Beweis der Stärke und Einheit der neuen spanischen Arbeiterbewegung. Im ganzen Land befolgen die Arbeiter die Aufrufe der Comisiones. Selbst die bürgerlichen Zeitungen müssen anderntags zugeben, daß mehr als 25 Provinzen von den Aktionen betroffen waren. In Madrid treffen sich riesige Demonstrationszüge, die aus den tags zuvor von den CC.OO. angegebenen Richtungen kommen, in der Innenstadt. Hier wie in anderen Großstädten wird der Verkehr stundenlang lahmgelegt. In Madrid beteiligen sich die Studenten nach mehreren Monaten harter Auseinandersetzungen mit der Polizei zahlreich und besonders aktiv an den Kampfmaßnahmen. Priester, die eine Protesterklärung gegen die ständigen Verhaftungen und die Folterungen abgeben wollen, werden von Falangisten in ihren blauen Hemden angegriffen.

4.3.6. Die 3. Generalversammlung: "Unser Weg ist der Generalstreik"

Das Kommunique der 3. Generalversammlung der CC.OO., die im Juli 1968 stattfindet, bezeichnet diesen dritten Nationalen Kampftag innerhalb eines Jahres als großen Schritt vorwärts und hebt die verstärkte Beteiligung von Frauen und Landarbeitern hervor. Die Bewegung ist nach diesem letzten Höhepunkt nicht abgebrochen. Im Zusammenhang mit

30 Ebenda, S. 20.

31 "Erklärung der CC.OO. von Cataluna", in: DECO: DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 28. Vgl. auch den Aufruf der CC.OO. von Madrid bei Calamai, a.a.O., S. 236, Dokument 18.

den neuen Tarifverhandlungen breitet sich über das ganze Land eine Aktionskampagne aus, in deren Mittelpunkt die Brechung der Lohneinfrierung auf 2,5 Prozent steht, wie sie von den vertikalen Syndikaten unterstützt wird.

Die unaufhörliche Bewegung, die im Verlauf der beiden Jahre 1967/68 immer wieder spontan und organisiert zu Höhepunkten geführt hat, und die in Spanien mit größter Aufmerksamkeit verfolgten Ereignisse des Pariser Mai haben eine Erfahrung so sehr verdichtet, daß sie im Kommunique der 3. Generalversammlung zur ersten Formulierung einer antifrancistischen Gesamtstrategie verdichtet werden kann:

> "Unser Weg ist der Generalstreik. Eine der wichtigsten Erfahrungen aber, die wir aus unseren letzten Massenbewegungen und denen der französischen Arbeiter gezogen haben, ist, daß es sehr schwierig ist, an einem im voraus festgesetzten und ausgerufenen Termin zu einem Generalstreik zu kommen. Wir fassen den Generalstreik als die Ausweitung und Verallgemeinerung einer Reihe von Teilkonflikten auf, die in einem Betrieb, einem Industriezweig oder einer Stadt beginnen und sich dann wie ein Ölfleck über das ganze Land ausbreiten. Wir verkennen nicht, daß dies eine breitangelegte und harte Arbeit, insbesondere in zwei Richtungen, erfordert: einerseits muß in jedem Betrieb eine repräsentative Arbeiterkommission bestehen, die es versteht, nur solche Forderungen aufzustellen, die von allen Arbeitern, auch von den rückständigsten, unterstützt werden, und andererseits müssen in jedem Betrieb über Betriebsversammlungen, an denen die größtmögliche Zahl von Arbeitern teilnimmt, Plattformen von Forderungen ausgearbeitet werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir bisher eine zahlenmäßig starke Avantgarde mobilisiert haben, die aber ihrerseits noch Millionen von Arbeitern mobilisieren muß."

Im folgenden wird die Bedeutung der Tarifverträge hervorgehoben. Sie müßten unbedingt vor der festgesetzten Frist gekündigt werden und dürften nur dann verabschiedet werden, wenn die Arbeiter ihnen zugestimmt hätten. An der Ausarbeitung der Forderungen müßten soviele Arbeiter wie möglich durch Versammlungen und Umfragen beteiligt werden. "Der Kampf für konkrete, unmittelbare und für die Arbeiter dringend notwendige Forderungen" müsse mit der "Schaffung einer Plattform zur revolutionären Mobilisierung der Arbeiter" verbunden werden.

> "Angesichts der sich verschärfenden Repression muß unter allen Umständen vermieden werden, daß wir in den Untergrund zurückkehren. Jeden Tag von neuem müssen wir diese Repression durchbrechen und offen in den Betrieben arbeiten, um so die Fabriken in wahre Festungen der Arbeiterbewegung zu verwandeln. Deshalb müssen wir die Vorstellung bekämpfen, die CC.OO. seien eine geschlossene Gruppe, der nur diejenigen angehören, die auch an den Versammlungen teilnehmen. Die CC.OO. sind in den Betrieben entstanden und deshalb gehören wir Arbeiter ihnen alle an ... Wenn, um eine größere Mobilisierung zu erreichen, auf den Namen CC.OO. verzichtet werden muß, so sollte man flexibel handeln ...
> In diesem Sinn ist es wichtig, daß auf allen Ebenen Initiativen ergriffen und gefördert werden. Ein exzessiver Zentralismus, ein Warten darauf, daß die Dinge von oben schon bestimmt werden, wirkt sich immer, aber ganz besonders unter den Bedingungen einer Diktatur, hemmend aus, denn dies kann in gewisser Weise die ganze Bewegung lähmen. Sind die allgemeinen Richtlinien festgelegt, soll jede Kommission im Betrieb, in der Region oder in der Stadt völlig autonom handeln, ohne auf allgemeine Aktionen zu warten."
> "Als eine unzerstörbare Hoffnung für die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse" würdigt die Generalversammlung die großartige Entwicklung der Jungarbeiter-Kommissionen und kündigt die notwendigen Schritte an, "damit diese Bewegung auf allen Ebenen der CC.OO. als wesentlicher Bestandteil derselben vertreten ist." (32)

32 "Kommunique der 3. Generalversammlung der CC.OO.", in: DECO: DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 33 ff.

Das Kommunique enthält eine klare Polemik gegen einige ultralinke Grüppchen, welche die CC.OO. wieder in den Untergrund zurückzerren wollen. Sie finden teilweise damit Anklang, weil die harten Kampfbedingungen, welche die offen auftretenden Kollegen immer wieder ins Gefängnis bringen, den Wunsch nach Schutz manchmal stärker werden lassen als die Einsicht, daß erst das offene Auftreten, die konsequente Ausnutzung der legalen Möglichkeiten die demokratische Struktur der Aktionseinheit erlauben und die CC.OO. zur Massenbewegung werden ließen.

4.3.6. Der jährliche Streik in Asturien

Es vergeht kein Jahr ohne einen großen Streik in Asturien. Einer der wichtigsten Gründe für diese hohe Kampfbereitschaft der asturianischen Minenarbeiter ist neben der langen kämpferischen Tradition die ungeheuer starke Ausbeutung. So liegt auch im Herbst 1968 der Schwerpunkt der Streiks in Asturien.

Ende September werden einige Arbeiter entlassen, weil sie an der Beerdigung eines bei der Arbeit verunglückten Kollegen teilgenommen haben. Innerhalb kurzer Zeit stehen 10.000 Bergleute im Streik. Die Auseinandersetzungen ziehen sich über Monate hin. Die Arbeiter fordern höhere Löhne, eine bessere Krankenversorgung und verstärkte Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz. Die Bergleute haben überdurchschnittlich hohe Löhne, was die staatliche Holding HUNOSA, die die Mehrheit der Kohlenminen verwaltet, zu dem Vorwurf verleitet, die Kumpel wollten Sonderrechte. Daß die asturianischen Minenarbeiter im Regelfall mit 35 bis 40 Jahren arbeitsunfähig sind, weil die Staublunge oder die Tuberkulose sie zerfrißt, wird dabei gerne übersehen. Stattdessen wird die Ausbeutung ständig verschärft. Während eine Mine nach der andern geschlossen wird, obwohl Spanien teure Kohle einführen muß, geht die Zahl der Arbeitsunfälle nur geringfügig zurück und die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle hat sich zwischen 1967 und 1970 verdreifacht. Überhaupt weist Spanien sich durch die höchste Arbeitsunfallquote in Europa aus. Im Verlauf der sechziger Jahre hat sich die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle verfünffacht. Die Statistik für 1971 registrierte über 2 Millionen Arbeitsunfälle mit nachfolgender zeitweiliger, teilweiser oder totaler Arbeitsunfähigkeit. Die damit verbundenen finanziellen Verluste machten rund 10 Prozent des Nationaleinkommens aus.

Ende November führen erneute tödliche Unfälle wieder zu Unruhen. Nachdem am 27. November 20.000 Bergleute drei verunglückte Kollegen zu Grabe getragen haben, erklären sie den Streik. Und am 13. Dezember kommt es erneut zu breiten Streikbewegungen in Solidarität mit den pensionierten Kollegen, die für ihre Staublunge großenteils nur die Hälfte ihres Lohns im letzten Arbeitsjahr bekommen. Diese Rente reicht natürlich hinten und vorne nicht aus, um eine Familie zu ernähren, und verliert obendrein ständig an Wert, weil die Preise pausenlos steigen.

4.4. Kurzer Abriß der Studentenbewegung

So wie die Organisationen der Arbeiterklasse nach der Niederlage im Bürgerkrieg zerschlagen und durch eine Zwangs"gewerkschaft" ersetzt wurden, so wurde die faschistische Studenten-Kampforganisation Sindicato Espanol Universitario (SEU) 1939 zur Zwangsvereinigung aller Studenten. Mitte der fünfziger Jahre zeigten sich in der Auseinandersetzung um das Vorgehen bei der "Rückeroberung" Gibraltars von den Briten die ersten Risse. Die Differenzen zwischen den das Syndikat tragenden Gruppen weiteten sich bald zur allgemeinen Kritik der Studenten aus, die ihre materiellen Interessen, konkret: die Erhöhung der Stipendien, vertreten sehen wollten. Bei den Studentenunruhen der Jahre 1956/57 bildeten sich Studentenvereinigungen, die jedoch überwiegend bürgerlichen

Charakter besitzen. Lediglich die kleinbürgerlich-radikale Volksbefreiungsfront (FLP) trat mit einem "linken" Anspruch auf. Im Kampf um ihre materiellen Interessen gelang es den Studenten, immer mehr Einfluß auf das SEU zu bekommen. Bei Wahlen errangen sie mehr und mehr die Oberhand. In dem Demokratisierungsprozeß, der in den Jahren um 1960 in Gang kam konnten zwei Organisationen eine gewisse Vorrangstellung erringen: die ECM (Estudiantes Comunistas de Madrid) und die christdemokratische UDE (Union Democratica de Estudiantes). Diese schlossen sich 1961 in Madrid zusammen mit zwei sozialdemokratischen Studentenorganisationen (Asociacion Socialista Universitaria und Juventudes Socialistas) zur FUDE (Federacion Universitaria Democratica Espanola) zusammen, der es in den folgenden fünf Jahren gelang, durch die hartnäckige Ausnutzung der legalen Möglichkeiten innerhalb des SEU den gesamten Apparat dieses Studentensyndikats auszuhöhlen. 1965 sah die Falange sich gezwungen, das SEU zu "beerdigen" (33) und ihre demagogischen Ziele mit Hilfe anderer Organisationen wie der Asociaciones Profesionales de Estudiantes (APE) zu verfolgen. Doch all diese Manöver nützten nichts mehr. Die Studenten begannen, ihre eigenen Organisationen weiterzuentwickeln.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der erstarkenden neuen Arbeiterbewegung und aufgrund des stark gewerkschaftlichen Charakters der Studentenorganisationen gründen am 9. März 1966 in dem Kapuzinerkloster von Sarria Studenten der Universität Barcelona die Demokratische Studentengewerkschaft (SDE). Während die SDE in Barcelona in ihren Statuten noch sehr stark liberal ausgerichtet ist, ist den Statuten der am 26. April in Madrid gegründeten SDE die demokratische Handschrift der dortigen kommunistischen Studenten deutlich anzumerken. Die Forderung nach einer demokratischen Hochschulreform im Interesse der "produktiven Teile der Gesellschaft, und nicht im Interesse einer Minderheit", (33a) und nach Mitbestimmung steht dort eindeutig im Vordergrund. Die SDE von Madrid und Barcelona, die auch Anstrengungen zur Organisierung auf Landesebene machen, werden in kurzer Zeit zur allgemein anerkannten Vertretung der Studenten. Die Universitätsverwaltungen kommen nicht umhin, der SDE einen quasi-legalen Status einzuräumen.

Der wachsende Einfluß der SDE ruft bald die Polizei auf den Plan. Im Dezember reagieren die Madrider Studenten auf die fortwährenden Verhaftungen von Studentenfunktionären mit der Ausrufung des Generalstreiks. Die Kampfmaßnahmen greifen schnell auf andere große Universitätsstädte über. Als die Studenten aus den Weihnachtsferien kommen, beschließen sie die Fortsetzung des Streiks, in dessen Verlauf es zu zahlreichen Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei kommt. Am 28. Februar wird die Madrider Universität auf unbestimmte Zeit geschlossen, nachdem es im Anschluß an Verhaftungen anläßlich einer großen Vietnam-Solidaritätsveranstaltung zu Unruhen gekommen ist.

Im Gefolge der Studentenbewegung in der BRD und Westberlin sowie in Frankreich (Pariser Mai 1968) spitzen sich die Aktivitäten der Studenten im Winter 1968/69 weiter zu und erreichen einen Höhepunkt, als die Polizei am 21. Januar 1969 in Madrid den Studenten Enrique Ruano, der beim Flugblattverteilen verhaftet worden ist, beim Verhör brutal foltert, ihn dann auf der Flucht erschießt und aus einem Fenster im vierten Stock auf die Straße wirft, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Antwort der Madrider Studenten ist der einmütige Generalstreik. In Barcelona besetzen die Studenten das Rektorat und werfen eine Büste Francos aus dem Fenster.

---

33 Vgl. Wolfgang Bein: "Wir gratulieren dem Mörder Franco zum Geburtstag", Vorabdruck eines Kapitels aus seinem Buch SPANISCHE IDYLLE in: KONSEQUENT Nr. 4, Juli 1970.

33a "Grundsatzerklärung der Demokratischen Studentengewerkschaft der Universität Madrid", in: HORIZONTE ESPANOL 1972, a.a.O., Bd. II, S. 232.

5. 1969: Der Ausnahmezustand und die Vertiefung der Widersprüche im bürgerlichen Lager

Diesen Vorfall in Barcelona nimmt der Propaganda-Minister Fraga Iribarne zum Vorwand, um am 24. Januar zum erstenmal nach dem Bürgerkrieg den Ausnahmezustand in ganz Spanien zu verkünden. Er behauptet, die "linksextremistischen Studenten" wollten eine Situation wie im vergangenen Mai in Frankreich provozieren und dem müsse mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

5.1. Der Ausnahmezustand

In Wirklichkeit spielen die Kämpfe der Studenten nur eine zweitrangige Rolle. Die Regierung sieht sich nach dem überwältigenden Erfolg der Comisiones Obreras bei den Syndikatswahlen 1966 einer ständig wachsenden Arbeitskampfbewegung gegenüber, und sie fürchtet, daß die CC.OO. ihre Bestrebungen, den Kampf der Arbeiter mit dem der Studenten zu verbinden und zu koordinieren, erfolgreich weiterführen könnte. Zunehmende Bewegung in anderen Kreisen der Bevölkerung signalisiert eine allgemeine Unruhe. Selbst die "liberale" bürgerliche Presse verstärkt ihre regierungskritische Berichterstattung.

Die Opposition wird von der Härte der Repressions-Maßnahmen überrascht. Vor allem die Studenten haben den Mitteln der Polizei nichts entgegenzusetzen. Nacht- und Nebel-Verhaftungen Tausender, Folterungen, monatelange Haft ohne Urteil oder Anklage, Deportationen stehen auf der Tagesordnung. Die Arbeiterklasse antwortet mit massenhaften Streiks und Protesten. Doch muß auch die 4. Generalversammlung der CC.OO. im April eingestehen, daß die Koordination durch die begrenzten Möglichkeiten, offen und in Versammlungen Gegenmaßnahmen zu beraten, stark eingeschränkt wurde.

> "Wir können nicht leugnen", heißt es im Kommunique, "daß der Ausnahmezustand für die Arbeiterbewegung Schwierigkeiten gebracht hat. Aber dennoch hat – insbesondere in Katalonien und Euzkadi (Baskenland, d.Verf.) – die Arbeiterklasse einen Schritt vorwärts getan, indem es ihr gelang, die Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 5,9 % zu durchbrechen und in einigen Betrieben Lohnerhöhungen bis zu 20 und 30 % zu erreichen.
>
> Die Generalversammlung stellt fest, daß die "Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Lande" immer deutlicher "die Führungsrolle der Arbeiterklasse" zeigt. "Der Motor für die Entwicklung und das Vorantreiben des Kampfes auch anderer Gruppen und demokratischer Bewegungen war der Kampf der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen... Diese Kämpfe waren Motor insbesondere für die bedeutenden Kämpfe der Studentenbewegung für eine demokratische und für das ganze Volk offene Universität, in welchem sie sich immer mehr mit den Arbeitern identifizierten; sie waren Motor für die Versammlungen der Anwaltskammern von Madrid, Barcelona, San Sebastian und Zaragoza, wo man sich unter Zustimmung aller für die Einführung eines Statuts für politische Häftlinge und die Auflösung des Sondergerichts für Öffentliche Ordnung aussprach. Gleichermaßen gilt dies für die Forderung der 1.500 Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Kultur nach einer Untersuchung über Folterungen, die vom Sondergericht für Öffentliche Ordnung angewandt wurden, und für den Kampf bedeutender Teile des Klerus." (34)

Die Entschlossenheit der Arbeiter und "die Erfahrung des enormen revolutionären Potentials der Arbeiterklasse"haben nach Ansicht der Versammlung dem Regime die geringe Wirkung seiner Repression verdeutlicht. "Der Ausnahmezustand war eine Niederlage für

34 "Kommunique der 4. Generalversammlung", in: DECO: DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 37 f.

das Regime", weil es sich gezwungen sah, "ihn aufzuheben, ohne seine Ziele erreicht zu haben". Die Versammlung, an der zum erstenmal auch Vertreter einer Reihe von Bauern- und Landarbeiterkommissionen teilgenommen haben, schließt ihr Kommunique mit einem Aufruf zum 1. Mai.

5.2. Differenzierung und Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie

Der Ausnahmezustand war durchaus nicht einstimmig beschlossen worden. Im Ministerrat gingen die Meinungen über das Vorgehen in der gespannten Situation weit auseinander. Die ultrarechten Kräfte im Lande forderten zusammen mit den "continuistas", die das Regime in alle Ewigkeit so erhalten möchten wie es ist, die Regierung solle den Kriegszustand erklären. Hinter ihnen stehen die reaktionärsten Teile der spanischen Oligarchie: Großgrundbesitzer und Vertreter der zurückgebliebenen Kapitalfraktionen. An ihrer Seite hetzen unaufhörlich die ewig gestrigen "Kreuzfahrer" (35) der Falange und die Falken aus der Armee, unter ihnen Vizepräsident Admiral Carrero Blanco, der seit Jahrzehnten Francos Berater und seit 1957 die "Graue Eminenz" im Kabinett ist. Ihnen stehen die "evolucionisteas" (Vertreter der dynamischen und konkurrenzfähigsten Kapitalfraktionen) gegenüber, zu denen vor allem die Minister des Opus Dei zu rechnen sind. Hinter ihnen drängen wichtige Teile der spanischen und internationalen Finanzoligarchie auf bescheidene Liberalisierungsmaßnahmen, die dem als faschistisch verschrienen Regime die scheindemokratische Legitimation für den offiziellen Eintritt in die EWG verschaffen sollen. (36) Die Erklärung des Kriegszustandes würde ihnen vor der internationalen Öffentlichkeit einen dicken Strich durch die Rechnung machen. Die Ultras blieben hart. Erst in letzter Sekunde wurde der Ausnahmezustand durch die Intervention Francos als "Kompromiß" akzeptiert.

5.2.1. Die Nachfolgefrage

Der Ausnahmezustand wird einen Monat früher als vorgesehen aufgehoben. Die weitgehende Erfolglosigkeit der harten Repressionsmaßnahmen, die im Ausland das Gerücht von der allmählichen "Liberalisierung" zerstört haben, hat die Diskussion über die Richtigkeit des Vorgehens wieder aufleben lassen. Zum erstenmal haben zehn Bischöfe und der neue Primat von Spanien, Kardinal Enrique y Tarrancon, die Regierungspolitik verurteilt, während die Bischofskonferenz die Repressionsmaßnahmen noch unterstützt hatte. Wie in der Kirche verschärfen sich nun die Widersprüche allenthalben in der herrschenden Klasse. Den dynamischsten Wirtschaftskräften wird klar, daß die Diktatur in ihrer gegebenen Zusammensetzung nicht in der Lage ist, den veränderten Verwertungsbedingungen nach der starken ökonomischen Entwicklung der sechziger Jahre Rechnung zu tragen. Das ausländische Kapital ist mehr denn je daran interessiert, in Spanien Extraprofite einzustreichen. Die Tochtergesellschaften der ausländischen Monopolunternehmen sind weit konkurrenzfähiger als die meist kleinen spanischen Unternehmen. Für sie ist Spanien nicht nur ein besonders investitionswürdiges Niedriglohnland, sondern auch Abnehmer langfristiger Kredite und Aufkäufer technischen know-hows (90% der spanischen Industrie arbeitet mit ausländischer Technik, für die sie teure Royalties bezahlt hat – im Jahr etwa 10 Mrd. Ptas.).

35 Für den Bürgerkrieg war Franco von der katholischen Kirche die Bezeichnung "Kreuzzug gegen die Gottlosen" in den Mund gelegt worden.

36 Vgl. hierzu die Darlegungen über die Abhängigkeit Spaniens von ausländischen Investitionen und dem Handel mit der EWG in SOPO 23.

Die aufstrebende spanische Industrie hingegen sieht in den beiden letzten Punkten ihre einzige Chance. Ohne langfristige Kredite ist sie nicht in der Lage, konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden. Im Schlepptau der EWG muß sie den Anschluß an die wissenschaftlich-technische Revolution finden. Und so beginnen die Vertreter dieser Interessen als die selbstbewußten Nachfolger Francos noch zu dessen Lebzeiten damit, laut und öffentlich in den ihnen, vor allem dem Opus Dei nahestehenden Zeitungen über den Francismus ohne Franco nachzudenken. Franco, der sich etwas im Hintergrund hält, antwortet auf seine Weise. Am 22. Juli 1969 verkündet er mit vor Rührung und Schluchzen kaum verständlicher Stimme die Ernennung von Juan Carlos de Borbon Y Parma zum Thronfolger und zukünftigen König Spaniens. Der Vizepräsident (Carrero Blanco) soll in der Übergangszeit nach dem Ausscheiden des greisen Diktators die Regierungspräsidentschaft übernehmen.

Die Bevölkerung reagiert ziemlich gelangweilt. Die Studenten haben Ferien und sind mit dem Wiederaufbau ihrer Organisationen beschäftigt; die Fabriken stehen kurz vor dem Urlaub. Am gleichen Tag wird im Fernsehen die Rückkehr der ersten Menschen vom Mond übertragen – und daß Spanien, das de jure sowieso immer Königreich geblieben war, wieder einen König haben würde, war seit der Verabschiedung des Organischen Staatsgesetzes klar. Die Wahl des Thronfolgers überrascht nicht. Juan Carlos ist seit Jahren auf diese Rolle vorbereitet worden. Sein Vater, der eigentliche Thronanwärter, Don Juan de Borbon-Battemberg, Graf von Barcelona, hat zu oft erkennen lassen, daß er ein (christdemokratischer) Gegner des Regimes ist. Außerdem verspricht sich das Opus Dei von Juan Carlos, der gemeinhin in der Nähe des Gotteswerks angesiedelt wird, leichte Manipulierbarkeit. Einen anderen Thronprätendenten, den Favoriten der Carlisten-Partei, die für die Restaurierung der absoluten Monarchie eintrat, Carlos Hugo de Borbon y Parma, hatte Franco schon am 20. Dezember 1968 des Landes verwiesen. Mit der Ernennung von Juan Carlos zum Kronprinz gehen nun auch ihre letzten Hoffnungen auf Don Juan verloren. Die Carlisten, die seit der II. Republik und dem Bürgerkrieg zu den Stützen des Regimes gezählt haben, werden nun zu erbitterten Gegnern des Francismus. Auf ihren jährlichen Jubel-Versammlungen von Montejurra in der Provinz Navarra, wo sie vor allem unter den Kleinbauern- und Unternehmern ein starkes Potential besitzen, fordern sie fortan die Republik, demokratische Freiheiten und unabhängige Gewerkschaften.

Aber auch die Christdemokraten, die auf Don Juan gesetzt hatten, können mit dieser Nachfolge-Lösung nicht zufrieden sein. Innerhalb kurzer Zeit lassen sie ihn deshalb fallen und streben eine "zentristische" Lösung in einer Koalition mit dem Opus Dei an. Die Falange fürchtet um ihre Posten in der Staats- und Syndikatsbürokratie. Sie stimmt zwar in den Cortes dem Nachfolgegesetz zu, doch bei der ersten Gelegenheit zeigt sich, daß mit Juan Carlos alle Fragen der Macht offen geblieben sind.

5.2.2. Der Fall MATESA und der Regierungswechsel

Einen Tag nach der Verabschiedung des Nachfolgegesetzes bringt das Klatschblatt GARBO einen Bericht, der bald durch die Falange-Presse geht. Anfang September fordern 100 Cortes-Abgeordnete die Behandlung des "Falles MATESA" im spanischen Pseudo-Parlament. Die Opus-Firma "Maquinas Textiles des Norte S.A." hat im Verlauf weniger Jahre knapp 14 Milliarden Peseten (rund 800 Millionen DM) für exportierte Maschinen erhalten, die nie hergestellt worden sind. Geldgeber war die Industriekreditbank, die die Kredite mit Genehmigung des zuständigen Ministers anwies. Zuständig ist der Industrieminister Lopez Bravo, Mitglied des Opus Dei. Die Angriffe der Falange gipfeln in der Forderung (in der "revista SP") nach dem Rücktritt des gesamten (vom Opus Dei besetzten) Wirtschaftskabinetts. Alle Vertuschungs- und Retouchierungsversuche der Gotteswerkler

fruchten nichts. Schließlich präsentiert das Opus Staatschef Franco eine neue Kabinettsliste. Am 29. Oktober treten die neuen Mitglieder ihr Amt an. Außenminister der "MATESA-Regierung" ist Lopez Bravo, der "europäischste" unter den Opus-Technokraten. Die Falange muß sich mit dem Ministerium für Tourismus und Propaganda und dem Arbeitsministerium abfinden. Für einen dritten Falangisten wird ein Ministerium für Syndikatsangelegenheiten eingerichtet.

Dieses Ministerium ist aus einem Kompromiß zwischen Opus und Falange hervorgegangen. Die Falange hatte, um ihren bürokratischen Apparat auszubauen, in einem Entwurf zu einem neuen Syndikatsgesetz die Autonomie der Syndikate von der Regierung installiert. Das Opus wollte das nicht zulassen und bot der Falange dafür einen Syndikatsministersessel an. Der Inhalt des neuen Gesetzesentwurfs bringt nichts als die vom Organischen Staatsgesetz her bekannten demagogischen Strukturkorrekturen. Einen Tag vor der geplanten Veröffentlichung verschicken die CC.OO. von Madrid den Text des "geheimen" Gesetzes an die ausländischen Korrespondenten und verteilen ihn mit einer klaren Analyse in den Betrieben. Die offizielle Vorstellung findet daraufhin erst eine Woche später statt. Die Ablehnung des Entwurfs ist allgemein. Selbst die offiziellen Syndikate hatten mehr erwartet. Die katalanischen Bischöfe weisen das Gesetz zurück. Ohne merkliche Änderungen wird es im Februar 1971 erst verabschiedet. Die für Oktober 1969 angesetzten Syndikatswahlen werden verschoben.

5.2.3. Das Dilemma der spanischen Bourgeoisie

Mit dem Regierungswechsel können zwar die Widersprüche der herrschenden Gruppen untereinander dadurch überdeckt werden, daß das Opus Dei als die geschlossenste Gruppe mit dem Vertrauen der dynamischsten Teile des nationalen und internationalen Kapitalismus die Führung übertragen bekommt. Doch in Wirklichkeit verstärkt die in diesem Wechsel offenbar gewordene Unfähigkeit des spanischen Kapitalismus, nach dreißig Jahren Francismus das zu eng gewordene politische Kleid gegen ein den übrigen bürgerlichen Demokratien ähnliches auszutauschen, nur die Isolierung des Regimes. Dieses Resümee des Jahres 1969 spiegelt nur das Dilemma der spanischen Bourgeoisie seit ihrer Entstehung wider. Ihre in der mangelhaften ökonomischen Entwicklung begründete politische Schwäche hat zur abhängigen Entwicklung des Kapitalismus geführt. Die dabei rasch erstarkende Arbeiterklasse und die abhängige ökonomische Entwicklung konservierten die politische Schwäche. Der mit dem Bürgerkrieg eingeleitete Versuch der unabhängigen (autarken) Entwicklung unter dem Schutzschild der faschistischen Herrschaft führte jedoch durch sein völliges Scheitern nur zur erneuten Abhängigkeit von ausländischen Kapitalinteressen. Die damit wieder angekurbelte wirtschaftliche Entwicklung brachte die Entstehung einer neuen Arbeiterbewegung mit sich. Ihr ist es im wesentlichen zuzuschreiben, daß die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in der verschärften Repression offenbar gewordene politische Schwäche der Bourgeoisie, der abhängigen Produktivkraftentwicklung als Hindernis im Wege steht. Die politische Lösung dieses Widerspruchs kann nur über die Vollendung der demokratischen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse vollzogen werden."Von der Einheit der Arbeiterklasse hängt es ab, ob sich der Kreis der Gewalttätigkeiten, die im Laufe des letzten Jahrhunderts unser Volk mit Blut überströmt haben, endgültig schließt". In noch unvollkommener Weise ist in diesem Schlußsatz des ersten Dokuments der CC.OO. die Einsicht in die historische Aufgabe der Arbeiterklasse enthalten.

5.3. Die Einschätzung der politischen Veränderungen durch die 5. Generalversammlung der CC.OO.

Nach den relativ isolierten Aktionen des Frühjahrs und der Ruhe der Sommermonate breitet sich im Herbst die Streikbewegung wieder aus. Im Norden setzt sie mit den Ereignissen von Erandio wieder ein. Erandio liegt im Industriegebiet von Bilbao. Seit Jahren kämpfen die Bewohner mit Petitionen und Eingaben gegen die unerträgliche Luftverschmutzung, die durch die umliegenden Chemie-Fabriken von Dow-Chemicals und Shell verursacht werden. In Erandio erkranken dreimal mehr Leute als gewöhnlich an den Atemwegen. Wäsche aus gewissen synthetischen Stoffen kann nicht auf die Leine im Freien gehängt werden, weil sie von der Luft zersetzt wird. Als am 28. Oktober eine besonders dichte Gaswolke in den Straßen hängt, so daß man nur noch mit einem Taschentuch vor dem Mund atmen kann, formiert sich ein spontaner Demonstrationszug. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei werden zwei Männer erschossen.

Kaum ist die Streikwelle im Baskenland und Katalonien im Anschluß an diese Ereignisse abgeebbt, da setzt die nächste zur Unterstützung des Kampfes bei "Orbegozo" in Zumarraga (Provinz Guipuzcoa) ein. Die neue Regierung führt sich mit einer erneuten Einfrierung der Löhne ("Stabilisierung") ein. Die Arbeiterklasse antwortet mit wochenlangen Streiks in Asturien, Katalonien und anderen Regionen, die bisher kaum in die Kämpfe einbezogen worden sind. So schließen z.B. die Weinbauern und Weinbergsarbeiter der Weinprovinz Cadiz (Andalusien) ihren zweimonatigen Generalstreik mit der Erfüllung aller ihrer Forderungen ab.

In dieser Situation wird im November eine außerordentliche Generalversammlung (die 5.) der CC.OO. einberufen, in deren Mittelpunkt die Einschätzung des Regierungswechsels vom Oktober steht.

> "Die CC.OO. sind der Ansicht, daß der Regierungswechsel vor allem eine Folge des ständigen Drucks der Arbeiterklasse, der Studenten, der Bauernschaft, der Intellektuellen, fortschrittlicher Kreise des Klerus, weiter Bevölkerungskreise in Stadt und Land und des Kampfes der baskischen, katalonischen und galizischen Völker für ihre nationalen Rechte ist ..."
>
> Die Kämpfe hätten die zahlreichen Probleme des Landes beständig offenbart und damit "das politische Bewußtsein des Landes erhöht und die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft verschärft, was bei den verschiedenen Gruppen des Regimes innerhalb des Ministerrats zu einem erbitterten Kampf um die Macht geführt hat.
>
> Anfangs versuchte die Bourgeoisie angesichts dieser Situation das Fortschreiten der demokratischen Kräfte durch rein repressive Maßnahmen aufzuhalten... Nachdem diese Politik am Widerstand der Volkskräfte und an der immer größer werdenden Isolierung des Regimes innerhalb wie außerhalb der Grenzen gescheitert war, begannen die herrschenden Teile der Oligarchie, mit dem Regierungswechsel die Elemente und die äußeren Formen, die am meisten den Faschismus repräsentieren, auszuschalten, um die Flut von Protesten zum Schweigen zu bringen und international anerkannt zu werden.
>
> Die CC.OO. sind von ihrem Klassenstandpunkt aus der Ansicht, daß dieser Regierungswechsel in keiner Weise eine Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Zusammensetzung des Herrschaftsapparates darstellt." (37)

Die Basis der Regierung sei jedoch kleiner und die Kampfbedingungen seien dadurch besser geworden. Im Mittelpunkt des Kampfes müsse weiterhin die Erringung der Gewerkschaftsfreiheit und des Streikrechtes stehen. Das wichtigste Mittel in diesem Kampf müsse weiterhin die Nutzung der legalen Möglichkeiten zur Einbeziehung einer möglichst großen Zahl von Arbeitern in die Kämpfe sein.

37 "Kommunique der 5. Generalversammlung der CC.OO.", in: DECO: DOKUMENTE ..., a.a.O., S. 40 ff.

6. Volksbewegung und Reaktion

Überblick

Wenn einmal eine abschließende Geschichte über das francistische Spanien geschrieben werden kann, dann wird sie in zwei große Etappen eingeteilt werden können: "Vor Burgos" und "nach Burgos". Der Prozeß von Burgos ist das beherrschende Ereignis des Jahres 1970. Die Solidaritäts- und Amnestiebewegung ergreift so breite Teile der Bevölkerung, daß 1970 mit Fug und Recht als das Jahr bezeichnet werden kann, in dem die Agonie des Franco-Regimes einsetzt.

Der feste, unbeirrbare und allgemein anerkannte Kern und die Spitze dieser Volksbewegung sind die CC.OO. Der quantitative Aspekt dieser Führungsrolle kann aus der Streikstatistik entnommen werden, die für 1970 eine Verdoppelung der nicht gearbeiteten Stunden und eine Vervier-, fünf- und Versechsfachung (je nach Region) der Arbeitskonflikte ausweist. Der qualitative Aspekt kommt nicht zuletzt in der auf der 6. Generalversammlung geleisteten Präzisierung der "Ölfleck-Strategie" vom Generalstreik zum Ausdruck, die als Orientierung wesentlich zur Ausweitung und Koordinierung der Massenkämpfe in vielen Teilen des Landes beiträgt.

6.1. Die Klassenkämpfe bis zur 6. Generalversammlung

Das ganze Frühjahr über kommt es in Asturien zu mehr oder weniger langen Streiks wegen Arbeitsunfällen und Tarifverhandlungen. Im Baskenland und in Katalonien reißen die Streiks nicht ab. Die Bankangestellten in den Großstädten ergreifen umfangreiche Kampfmaßnahmen, die sich über Wochen hinziehen. Angesichts dieser Entfaltung von Massenkämpfen kommentiert die Presse lang und breit einen Artikel, der am 2. April in der monarchistischen Zeitung ABC unter dem Pseudonym Gines de Buitrago erscheint. Hinter diesem Namen verbirgt sich Carrero Blanco. Er sagt allen Illusionen von der Öffnung und Liberalisierung des Systems den Kampf an. Von da an erfährt die Repression eine ständige Verschärfung.

Demgegenüber greift die Kampf- und Protestbewegung auf immer neue Sektoren der spanischen Gesellschaft über. Im Mai findet die 1. Generalversammlung der Landarbeiter- und Bauernkommissionen statt, die sich für den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern ausspricht und als Ziele eine tiefgreifende Agrarreform ("das Land dem, der es bearbeitet"), die Verbesserung der sozialen Sicherheit für die Landbevölkerung und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit angeben. (38) Ein Streik der 25.000 Bauarbeiter von Sevilla weitet sich auf alle Industriezweige aus und lähmt im Juni für über eine Woche das Geschäfts- und Kulturleben der Stadt.

Immer wieder steht die Kündigung der Tarifverträge und deren Neuverhandlung am Anfang der Kämpfe. So auch in Granada, wo die Bauarbeiter am 17. Juli ihre Forderungen präsentieren. Sie wollen höhere Löhne, den Acht-Stunden-Tag und eine bessere Fixierung ihrer Arbeitsverträge (rund 70% aller spanischen Bauarbeiter sind nicht fest angestellt). Als über 3.000 (CC.OO.: 8.800) Arbeiter (von insgesamt 11.500 in ganz Granada) durch eine Demonstration vor dem Syndikatsgebäude diese Forderungen unterstreichen, greift die Polizei völlig überflüssigerweise ein. Bei den Kämpfen werden drei Bauarbeiter erschossen und elf zum Teil schwerverletzt. Am nächsten Tag erscheint kein Arbeiter auf den Baustellen, Teile anderer Industriezweige treten ebenfalls in den Streik. In den fol-

38 Ruedo Iberico (Hrsg.): HORIZONTE ESPANOL 1972, a.a.O., Bd. I, S. 200 f.

genden Tagen kommt es in ganz Spanien zu Demonstrationen, hunderttausende von Arbeitern legen für kurze Zeit die Arbeit nieder, verharren für Minuten schweigend am Arbeitsplatz und tragen schwarze Zeichen der Trauer an ihrer Kleidung.

Zur gleichen Zeit befinden sich die Arbeiter und Angestellten der Madrider U-Bahn im Arbeitskampf. Sie haben den Syndikatsvertretern ihr Mißtrauen ausgesprochen und eigene gewählt. Am 16. und 17. Juli "bummeln" sie. Als sie am 20. in den Generalstreik treten, werden sie vom Ministerrat "militarisiert": Nichterscheinen zur Arbeit wird damit zur Desertion erklärt. Die Arbeiter, die in Permanenz versammelt sind, beschließen, den Streik abzubrechen und führen wochenlang den Boykott der Überstunden und andere Aktionen weiter.

6.2. Die 6. Generalversammlung: Die CC.OO. als Vorhut der Arbeiter

Die ungeheure Ausweitung der Kämpfe wird auch von der 6. Generalversammlung der CC.OO. hervorgehoben, die im August in Madrid stattfindet. Die Versammlung macht auf die wachsende Politisierung der Streiks aufmerksam, die gewöhnlich aus ökonomischen Gründen aufgenommen werden. Hauptpolitisierungsmomente seien die Repression und die Entlassung der Kollegen.

> "Genau in diesen letzten Aspekten, die immer wieder auf der Höhe des ökonomischen Kampfes auftauchen, sehen wir die gemeinsamen Elemente, die als ein verbindendes Moment bei einer gemeinsamen Aktion der ganzen Arbeiterklasse in einem bestimmten Augenblick und auch bei anderen Gruppen und Schichten des Landes dienen können. Darum erscheint es uns fundamental, daß, ohne einen einzigen Moment die ökonomischen Motive aufzugeben, sondern auf ihnen bestehend, ...es keine Aktion gibt..., die sich nicht den demokratischen Forderungen der ganzen Arbeiterklasse anschließt, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß jener Schritt vom Ökonomischen zum Politischen weder mechanisch noch spontan ist, sondern daß die bewußte und organisierte Aktion der Vorhut der Arbeiter, d.h. die Comisiones Obreras, auf allen Ebenen eine unentbehrliche Rolle spielt."

Die Erkenntnis, daß die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse als Verbindung zu anderen Gruppen und Schichten dient, kommt auch in der Anwesenheitsliste der Generalversammlung zum Ausdruck. Zum erstenmal nehmen auch "Delegationen der Emigration, der Bankbewegung von Madrid, der Studentenbewegung, der Bauernkommissionen (diese auch schon bei einigen früheren Versammlungen, d.Verf.) und der demokratischen Frauenbewegung" teil.

In logischer Fortsetzung der Orientierung auf die "organisierte Aktion" betont die Versammlung, das Zusammentreffen der verschiedenen Kämpfe dürfe nicht allein dem Zufall und der Spontaneität überlassen bleiben. "Wir haben die bekannten Thesen vom "Ölfleck" einerseits und von der "Aktion zu einem bestimmten Termin" oder "per Dekret" andererseits oft als einander widersprechende Positionen diskutiert. Wir glauben, daß keine Widersprüche zwischen der einen und der anderen These bestehen, sondern daß sie zwei Aspekte des gleichen Prozesses sind". In den vergangenen Jahren hätten "weiteste Gruppen des Proletariats und der Bauernschaft die Erfahrung des Streiks, seiner Organisation und seiner Entwicklung gemacht". Allein "in den Monaten von 1970, die wir schon hinter uns haben, (haben wir) schon mehr Streiks und mehr Streikende gehabt als während einiger Jahre vorher zusammengenommen". Damit werde der Generalstreik, der bisher eine "ferne Losung von unklarer Gestalt" gewesen sei, zum "Hauptziel des Augenblicks".

Im Hinblick auf die anstehenden und von der Hierarchie immer wieder verschobenen Syndikatswahlen ist es wieder zu heftigen Diskussionen um Teilnahme oder Boykott gekommen. Vor allem die CC.OO. von Pamplona weisen es strikt zurück, die legalen Mittel zur

Mobilisierung der Arbeiter zu benutzen. Die Versammlung analysiert "dieses für die Zukunft unserer Bewegung fundamentale Problem" und gelangt zu dem Schluß, daß die Benutzung der legalen Möglichkeiten

> "nicht einfach nur ein taktisches Problem (ist), sondern eine Grundsatzfrage, nämlich die der Strategie der CC.OO. unter den Bedingungen der Diktatur, darstellt. Wir meinen, daß es unter den repressiven Bedingungen der Diktatur, beim gegenwärtigen Entwicklungsgrad des Bewußtseins und der Organisation, praktisch unmöglich ist, eine Massenbewegung zu begründen, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln unter Benutzung von Kampfformen, die einzig und allein vom Untergrund und aus der Illegalität heraus geführt werden. In diesem Sinne zeigt uns die Erfahrung, daß der ausschließlich geheime Kampf das Werk einer Minderheit ist und daß es im Augenblick viel entscheidender ist, den Kampf um Forderungen wie Tarifabschlüsse etc. um die Ausnützung der Syndikatsvertretungen und -räumlichkeiten zu entwickeln".

Allerdings sei es ein "schwerer Fehler", wenn in einigen Orten, wo die Comisiones alle Vertrauensleute- und Betriebsratsposten besetzt halten, diesen die Führung des Kampfes überlassen worden sei. so daß die Arbeiterkommission verschwand. "Die Wahrheit ist, daß diese zwei Dinge nebeneinander bestehen und daß die gewerkschaftliche Vertretung – der Rat – die 'legale Verlängerung' der Arbeiterkommission ist, die den Kampf führen müssen". (39) Als ein Ziel des gemeinsamen Kampfes müsse immer wieder eine Generalamnestie für die wegen "gewerkschaftlicher Betätigung" gefangenen Kollegen gefordert werden.

6.3. Der Prozeß von Burgos

Am 3. November findet in ganz Spanien, organisiert von den Comisiones Obreras, der Kampftag für die Amnestie statt, der sich auch schon deutlich auf den für Dezember bevorstehenden Prozeß gegen 16 baskische Freiheitskämpfer der ETA vor dem Kriegsgericht von Burgos bezieht. Für die 16 Männer hat der Staatsanwalt sechs Todesstrafen und siebenhundertzweiundfünfzig (752) Jahre Gefängnis gefordert. Im ganzen Land kommt es zu Protestaktionen. Arbeiter, Studenten und andere demonstrieren in allen großen Städten. Von diesem Tag an hört die massenhafte Mobilisierung der Mehrheit des spanischen Volkes bis nach dem Prozeß von Burgos nicht mehr auf. Bischöfe schreiben Briefe an Franco und bitten um Begnadigung, Hirtenbriefe werden in den Kirchen verlesen, der Papst bittet Franco um "Milde". In Madrid setzen sich die Vertreter der Opposition von den Christdemokraten über Sozialisten, katholische Arbeitervereinigungen, CC.OO. bis zu den Kommunisten zusammen und verfassen einen Protestbrief. Als sie verhaftet werden, schließen sich 100 Anwälte im Justizpalast ein und verlassen ihn nicht bis die Verhafteten freigelassen worden sind. Frauen demonstrieren, und die Universitäten stehen leer. Anfang Dezember verstärken sich die Proteste. In Barcelona legen zehntausende Arbeiter die Werkzeuge für Stunden aus der Hand, und die Studenten beschließen, bis zum Prozeß die Uni nicht mehr zu betreten. Massendemonstrationen ziehen durch die Innenstadt. Im Verlauf des Monats kommt es in allen großen Städten Europas, wo Spanier arbeiten, zu Solidaritätsdemonstrationen. Über das Baskenland wird der Ausnahmezustand verhängt. Trotzdem steigert sich der Protest bis zum politischen Generalstreik nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Händler und Handwerker. Selbst die Falange-Zeitung "Pueblo" muß zugeben, daß "ungefähr 15 % der aktiven Bevölkerung von Guipuzcoa, die 180000 Personen zählt", streiken. An den Wahlen der 100 Familienvertreter in den Cortes – die

---

39 "Kommunique der 6. Generalversammlung der CC.OO.", in: DECO: DOKUMENTE .... a.a.O., S. 51 ff.

einzigen Gewählten in dem über 500 Abgeordnete umfassenden Ständeparlament – nehmen nach Angaben von "Mundo Obrero", dem Organ der PCE, insgesamt etwa 30 Prozent, in Barcelona nur 6 Prozent, der Wahlberechtigten teil. Die Machtkämpfe hinter den Regierungskulissen verschärfen sich derart, daß sie die Oberste Heeresleitung spalten und einige Generale und hohe Offiziere abgesetzt werden.

Die sechs zum Tode Verurteilten werden begnadigt, nachdem die nationale und internationale Woge der Entrüstung und des Protestes über die Weihnachtsfeiertage nochmals einen Höhepunkt erreicht hat. Das Volk geht gestärkt, im Bewußtsein seiner Stärke in der Einheit, aus diesen Kämpfen hervor. Die Autorität der CC.OO. ist erheblich gewachsen, die Isolierung der Regierung ist vollends offenbar geworden, und ihre inneren Widersprüche haben sich vertieft. Der Prozeß von Burgos ist von der nationalen und internationalen Solidarität zum Prozeß gegen das Franco-Opus-Regime gemacht worden. Die sechzehn Basken gehen mit dem Ruf "Iraultza edo hil" (Revolution oder Tod) für insgesamt 428 Jahre – so die Urteile – ins Gefängnis.

6.4. Die Antwort der Reaktion

Die Mobilisierung, die mit den Protesten gegen den Prozeß von Burgos große Teile der Bevölkerung erfaßt hat, trifft auf den erbitterten Widerstand der ultrarechten und neonazistischen Kreise. Sie organisieren eine Massendemonstration in Madrid, zu der mit Bussen und Sonderzügen, aufgeputscht durch Sondermeldungen des staatlichen Rundfunks, hunderttausende Ewiggestrige und Soldaten in Zivil herangekarrt werden. Die Kundgebung auf der "Plaza de Oriente" richtet sich besonders gegen die Politik des Opus Dei („Franco si, Opus no"; „Europa, geh nach Hause") und die fortschrittliche Haltung der nach-konziliaren Bischöfe ("Rote Bischöfe, geht nach Moskau"). Die französische Zeitschrift "Le Monde Diplomatique" (Januar '71) gibt die Worte eines der faschistischen Generale, des Militärgouverneurs von Madrid, Angel Campano, wieder: "Man muß ein für alle Mal Schluß machen. Wir müssen für acht Tage den Kriegszustand verhängen und 100.000 erschießen. Das ist die einzige Weise, einen zweiten Bürgerkrieg in Spanien zu verhindern". Im Einklang mit dieser Politik wird nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes für Guipuzcoa die Suspendierung des Artikels 18 des Grundrechts der Spanier für sechs Monate verkündet, so daß in ganz Spanien jede Person nach Belieben länger als 72 Stunden ohne Angabe von Gründen verhaftet werden darf.

7. Eine neue Stufe: die Klassenkämpfe der Jahre 1971 - 1973

Überblick

Die durch den Prozeß von Burgos initiierte Bewegung wirkt in den folgenden Jahren weiter. Zwar gehen die reinen Streikaktivitäten der Arbeiter wieder zurück, doch bleiben sie auf einem weit höheren quantitativen und qualitativen Niveau als vor 1970. Darüber gibt nicht nur die Arbeitskampfstatistik Auskunft, das beweisen auch die Streiks ganzer Städte mit offen politischer Ausrichtung, wie sie 1972 in El Ferrol und Vigo und 1973 in Pamplona stattgefunden haben. Die Isolierung des Regimes schreitet unaufhaltsam fort. Seine einzige Antwort ist die Verschärfung der Repression, die eine immer explosivere Stimmung im Lande schafft. Besonders die Ereignisse des Jahres 1971, das eine Fortsetzung der breiten Volksbewegung des Vorjahres erfährt, kennzeichnen das gespannte Klima "nach Burgos".

7.1. Die Volksbewegung von 1971

Zu den Streiks in den beiden großen Fabriken Harry Walker und La Maquinista in Barcelona gesellen sich im Frühjahr bald andere in Pamplona und Madrid, Asturias und Leon. Bei den Syndikatswahlen im Mai, zu denen außer den CC.OO. (mit Ausnahme derer von Pamplona-ORT) und der PCE vor allem wegen der extrem harten Repressionsmaßnahmen von Seiten der Polizei und des Syndikats keine Gruppe aufruft, erringen die Comisiones, die überwältigende Mehrheit der Mandate.

Nach den Anwaltskammern von Madrid, Barcelona und acht anderen Städten gerät auch bald deren Nationalkonferenz in Widerspruch zur staatlichen Unterdrückungspolitik. Seit Februar führen die Bauern und Viehhalter der baskischen Provinzen einen erbitterten "Milchkrieg" gegen das Preisdiktat der Vertriebsmonopole (Nestle etc.). Die Regierung hat in deren Interesse den Erzeugerpreis pro Liter Milch auf 6,50 Peseten festgesetzt. Bei diesem Preis machen die Bauern Manko. Daher füttern sie mehrere Wochen lang ihre Rinder mit der Milch, statt sie bei den milchverarbeitenden Fabriken abzuliefern. Erst Mitte März, als der Konflikt beginnt, sich zu politisieren, können die Viehhalter ihre Forderungen großenteils durchsetzen. Bevor diese Auseinandersetzungen ein Ende finden, treten die Mittelbau-Dozenten und Studenten der sogenannten "Arbeiteruniversität" von Sevilla in den Streik, der sich schnell auf andere Provinzen ausbreitet. In einigen erreicht er die Ausmaße eines Generalstreiks der Oberschullehrer. Dieses spektakuläre Ereignis wird von einem noch aufsehenerregenderen gefolgt, als mehrere tausend Ärzte in weit über 100 Kliniken und Krankenhäusern ganz Spaniens in den Streik gegen die unmöglichen Verhältnisse im Bereich der Gesundheitseinrichtungen treten. Mehrere Wochen lang verrichten sie nur den Notdienst. Während dieser ganzen Zeit über streiken und protestieren die Bus- und Lastwagenfahrer der Nordprovinzen und Kataloniens.

Diese Bewegung wird nach den Sommermonaten mit noch größerer Energie weitergetrieben. Mitte September veranstalten die Comisiones Obreras u n d die UGT zusammen eine Aktionswoche in der Bauindustrie. Über 20.000 Bauarbeiter unterstützen durch ihre Teilnahme die Forderungen nach 400 Ptas Tageslohn (20 DM), der 45-Stunden-Woche und einem Monat Urlaub, 100-Prozent Unfall- und Krankengeld, Freiheit der wegen politischer oder gewerkschaftlicher Forderungen Gefangenen, Versammlungsfreiheit und Streikrecht. Während der Aktionen wird der Bauarbeiter Pedro Patino von der Guardia Civil erschossen. Daraufhin steigt die Zahl der Streikenden auf über 60.000 an.

Zur gleichen Zeit beginnt sich die Situation in Asturien und in der SEAT in Barcelona zu verschärfen. Die Bergleute von Asturien, vor allem der staatlichen Minen von HUNOSA haben seit Juli rollende Streiks durchgeführt, die sich Anfang Oktober zu einem Massenstreik ausweiten, welcher in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Erst nach neun Wochen beschließen die Arbeiter, ihren Kampf mit anderen Aktionen weiterzuführen. Auch unter den rund 20.000 SEAT-Arbeitern herrscht seit dem frühen Sommer Unruhe. Nach einer ersten Streikrunde vom 28. Mai bis zum 18. Juni erzielen sie nur Teilerfolge. Als im Oktober 20 aktive Gewerkschafter trotz eines positiven Spruchs des Arbeitsgerichts bei SEAT nicht wieder eingestellt werden, zieht erneut Unruhe ein. Am 18. Oktober verlangen neun der Entlassenen am Werkstor die Wiedereinstellung. Sie wird ihnen verweigert. Daraufhin treten über 7.000 Arbeiter aus verschiedenen Werkhallen in den Streik, und die gemeinsame Versammlung beschließt einhellig die Besetzung der Fabrik. Nach stundenlangen Kämpfen kann die Polizei das Werk entsetzen. Ihr brutales Vorgehen mit Tränengas und Schußwaffen fordert mehrere Schwerverletzte, von denen einer am 2. November stirbt. An folgenden Tagen treten weitere große Fabriken (Siemens, Hispano-Olivetti etc. und ein gehöriger Teil der Bauarbeiter) in den Solidaritätsstreik. Gleichzeitig werden die wichtigsten Fakultäten geschlossen, weil die Studenten ihre Agitation gegen

die Besetzung der Universität durch die Polizei auf Solidaritätsaktionen mit den Arbeitern ausgeweitet haben. Der Streik bei SEAT ist jetzt total, in Asturien allgemein. Am 30. finden im Stadtzentrum zwei Demonstrationen statt, an denen insgesamt rund 10.000 Personen teilnehmen, nachdem am Tag zuvor etwa 120 Belegschaften (über 100.000 Arbeiter) an Solidaritätsmaßnahmen teilgenommen haben.

7.2. Die 7. Generalversammlung: Die Einheit wächst

In dieser Situation findet im Oktober die 7. Generalversammlung der CC.OO. statt, an der neben den Vertretern der regionalen Kommissionen auch Gastvertreter "anderer Massenbewegungen und Berufssektoren und von verschiedenen Organisationen innerhalb der Arbeiterbewegung"(!) teilgenommen haben. Nach einer Analyse der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung kommt die Versammlung zur Einschätzung der politischen Situation und hebt als erstes hervor, daß "die kirchliche Hierarchie... zur nahezu offenen Opposition" gegen die unsoziale Politik der Unterdrückung übergegangen ist. "Das Franco-Regime ist in das Stadium seiner Auflösung getreten, und es wird immer deutlicher, daß die Regierung sich nur noch durch ihre Repressionspolitik an der Macht halten kann." Demgegenüber breitet sich "der starke Wunsch nach Einheit und Demokratie in der gesamten spanischen Gesellschaft" aus. Innerhalb der Arbeiterbewegung habe sich der Einigungsprozeß um die CC.OO. weiterentwickelt, und "es ist möglich gewesen, die Eingliederung verschiedener ideologischer und gewerkschaftlicher Strömungen zu erreichen, die bis vor kurzer Zeit der Arbeit der Kommissionen sehr mißtrauisch gegenüberstanden". Die Versammlung betont, daß die "Studenten, Ärzte, Anwälte und die demokratische Frauenbewegung" in ihrem ständig breiteren und intensiveren Kampf "ein immer größeres Verständnis für unsere Führungsrolle bekommen. Ihre Solidarität mit unseren Forderungen besteht nicht mehr in der gefühlsmäßigen Parteinahme für die Arbeiter; sie haben erkannt, daß die Lösung ihrer eigenen Probleme nicht durch ihre eigenen Anstrengungen alleine, sondern nur gemeinsam erreicht werden kann." (40)

7.3. Der Kampf an den Universitäten

Der Kampf der Studenten, der im Winter 1971/72 eine ungeheure Ausweitung erfährt, sucht immer mehr, einheitliche Organisationsformen zu schaffen. Immer öfter praktizieren sie, was in der Arbeiterklasse längst üblich ist: Vollversammlungen, die alle Entscheidungen diskutieren und Vertreter delegieren. Ihre gesamte Ausrichtung erhält einen verstärkt gewerkschaftlichen Charakter. Gegen das Allgemeine Bildungsgesetz, das die Universitäten und Schulen in noch stärkerem Maße dem Diktat der Regierung unterwerfen soll, fordern sie die Beteiligung an der Ausarbeitung von Studienreformmaßnahmen und den Abbau des Numerus Clausus und sprechen sich gegen die verschärften Disziplinierungsmaßnahmen und für demokratische Freiheiten aus. In Madrid sind 4.000 Medizinstudenten relegiert worden, weil sie gegen die Verschlechterung ihrer Studien- und Anstellungsbedingungen beim Praktikum gestreikt haben. Für den 20. Januar, den dritten Jahrestag der Ermordung des Studenten Ruano durch die Polizei, rufen die Aktionsräte und Ausschüsse der drei Madrider Universitäten den Generalstreik bis zur Zurücknahme der Relegierungen aus. Aus Solidarität treten die Ärzte einer Reihe von Kliniken ebenfalls in den Streik, und die Comisiones Obreras von Madrid fordern in einer Erklärung: "Machen

40 The Canadian Committee for a Democratic Spain (Hrsg.): SPAIN, THE WORKERS' COMMISSIONS. Basic Documents 1966/71. Toronto 1973, S. 89 ff.

wir die gerechten Kämpfe der Universitätsangehörigen zu den unsrigen!" (41) Auch die Arbeiterklasse habe ein elementares Interesse an einer demokratischen Universität, wie sie die Studenten fordern. Der Streik weitet sich in wenigen Tagen auf die Universitäten Barcelonas und Valencias aus. Als für den 14. Februar ein studentischer Generalstreik in ganz Spanien ausgerufen wird, stehen in allen Universitäten des Landes an diesem Tag die Hörsäle leer. Die Studenten beraten in großen Versammlungen ihre Forderungen und weitere Kampfmaßnahmen. Die totale Mobilisierung wird zehn Tage, bis zur Aufhebung der Relegierungen, durchgehalten.

Der fortgesetzte Kampf gegen die Auswirkungen des neuen Bildungsgesetzes, gegen Regierungsdekrete, welche die Professoren zur Denunziation von Studenten verpflichten wollen, und gegen die US-Aggression in Indochina tragen entschieden zur weiteren Vereinheitlichung der Kampffront der Hochschulangehörigen bei. Die Forderung, die Bewaffnete Polizei, die seit sechs Semestern die Universitäten in Permanenz besetzt hält, solle verschwinden, findet im Lehrkörper immer breitere Unterstützung. Anfang Juni beschließen die "Teilzeitassistenten" (profesores no-numerarios), die den größten Teil der Lehre tragen, auf ihrer ersten Nationalversammlung in Granada, nicht in das nächste Semester zu gehen, wenn die Repression nicht eingestellt wird. In Madrid beschließen die Studenten kurz vor Semesterende, in den Examensstreik zu treten. Am Anfang des folgenden Studienjahres bieten die spanischen Universitäten ein neues Bild – ohne Polizeiuniformen. Zwar laufen dafür jetzt mehr immatrikulierte Spitzel in Zivil herum, doch der gemeinsame Widerstand der Hochschulangehörigen hat die unmittelbare Bedrohung durch die Bewaffnete Polizei zurückgedrängt.

7.4. 1972: Im Zeichen von El Ferrol und Vigo

Die herausragenden Ereignisse des Jahres 1972 sind die beiden General- und Nationalstreiks von El Ferrol und Vigo. Dort hat sich zum ersten Mal abgespielt, was auf Landesebene unweigerlich den Sturz des Regimes zur Folge hätte. Seit Oktober 1971 laufen die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag für die Arbeiter des staatlichen Werft-Unternehmens Bazan. Gegen die ersten Ergebnisse, die keine der Arbeiterforderungen berücksichtigen, legt der Betriebsrat Einspruch ein. Als er abgelehnt wird, beschließt eine Versammlung der Arbeiter Bummelstreiks und Überstundenboykotts. Anfang März verstärken sie ihre Aktionen, legen kurze Streiks ein und verlassen die Werft zu Demonstrationen in der 120.000-Einwohnerstadt, die als Geburtsstadt Francos El Ferrol *del Caudillo* heißt. Der Tarifvertrag wird trotzdem unterschrieben. Am 9. März besetzen die Arbeiter die Werft und werden von der Polizei mit brutaler Gewalt vom Gelände geprügelt. Als sie am nächsten Morgen zur Arbeit gehen, ist das große Fabriktor verschlossen. Die Arbeiter halten vor dem Tor eine Versammlung ab und beschließen, in Gruppen die anderen Betriebe und Plätze der Stadt zu besuchen, um über ihre Forderungen zu informieren. Bei einem Zusammenstoß mit Polizeieinheiten werden zwei Arbeiter erschossen und rund vierzig zum Teil schwer verletzt. Die Polizei muß sich nach kurzer Schlacht in die Kaserne zurückziehen. Für Stunden gleicht die Stadt einer befreiten Zone. Die Arbeiter halten auf den Plätzen Versammlungen ab, um die verschiedenen Aufgaben zu verteilen. Die beiden Toten haben Frau und Kinder (Amador Rey Rodriguez hat vier, Daniel Niebla Garcia hat 12 Kinder), die benachrichtigt werden müssen. Die Verletzten müssen ins Krankenhaus, ihre Angehörigen warten auf Nachricht. Andere Gruppen werden losgeschickt, die Kollegen in den übrigen Fabriken zu alarmieren. Inzwischen fährt kein öffentliches Verkehrsmittel

41 MUNDO OBRERO, Nr. 4 vom 18.2.1972.

mehr, auch die Taxis sind von ihren Haltestellen verschwunden, Geschäfte, Bars, Kinos und Theater haben aus Solidarität geschlossen. Eine ganze Stadt hat ihre Arbeit eingestellt.

Aus allen benachbarten Provinzen werden Polizeiverstärkungen in aller Eile mit Bussen herangekarrt. Das Militär wird in Alarmzustand versetzt. Die Geschütze und Maschinengewehre der im Hafen liegenden Zerstörer richten sich landeinwärts. Alle Zufahrtsstraßen werden gesperrt. Auch am nächsten Tag rührt sich keine Hand in der Stadt. Die Polizei fordert die Geschäftsleute vergeblich auf, ihre Läden zu öffnen. Die überstürzte Beerdigung der beiden toten Arbeiter findet unter massiver Absperrung der Zivilgarde statt. Die "Rädelsführer", bekannte Arbeiter der Comision Obrera, werden verhaftet und gefoltert.

Ebenfalls am 11. treten die Arbeiter der größten Fabriken in der galizischen Hafenstadt Vigo in den Streik. Vorübergehend liegt die gesamte galizische Metallindustrie lahm. Sofort nach dem Eintreffen der Nachrichten aus El Ferrol hatten die CC.OO. von Vigo zum Generalstreik aufgerufen. "Die Schüsse sind gegen das ganze galizische Volk abgefeuert worden. Es reicht dem Regime noch nicht damit, daß es uns zur Armut, zu Auswanderung, zur Unterentwicklung und zur Unwissenheit verdammt. Es mußte bis zum Ende gehen: zum Mord". Auch die Oberschulen und Ingenieurfachschulen treten in den Streik. Ähnlich sieht es in La Coruña und den anderen galizischen Städten aus. Selbst im Baskenland sind Zehntausende in den Solidaritätsstreik getreten. Über einer Reihe von Fabriken weht in diesen Tagen eine rote Fahne, auf der die Hauptparole der Arbeiter von El Ferrol steht: "Wir fordern Brot, und ihr gebt uns Kugeln". Im ganzen Land tragen die Arbeiter schwarze Bänder als Zeichen der Trauer. Von überall trifft Geld zur Unterstützung ein. Die Arbeiter von der "Bazan" gehen erst an die Arbeit zurück, als sie von der Regierung unter Kriegsrecht gestellt werden. Andere Kampfformen treten an die Stelle des Streiks.

Der Streik von El Ferrol und seine Folgen haben wieder einmal gezeigt, daß die Kampfbereitschaft nicht nur der Arbeiter hoch ist. Doch sie haben auch den Mangel an überregionaler Koordination offengelegt. Dies ist eine der Hauptlehren aus den Ereignissen. Aber die Strategie des Generalstreiks ist bestätigt worden.

Was in Ferrol noch weitgehend spontan aussah, geschieht wenige Monate später in Vigo sehr bewußt. Auch dort werden bei den Tarifverhandlungen die Forderungen der Arbeiter bei Citroen nicht berücksichtigt. Als die Arbeiter mit Streik antworten, werden einige entlassen. Am 10. September schließt die Versammlung mit dem entschlossenen Satz: "Kein einziger Entlassener, kein einziger Verhafteter". Diese Parole aus einem früheren Streik bei Barreras steht nun im Mittelpunkt. Am Nachmittag des 11. arbeitet bei Citroen niemand mehr. Ferrol hat die Arbeiter gelehrt, daß sie die Kollegen der anderen Fabriken zur Solidarität auffordern müssen, daß ihr Kampf in der Öffentlichkeit ausgetragen werden muß. Am nächsten Tag stehen die größten Werften leer. Eine weitere Parole wird von Fabrik zu Fabrik getragen: "Gegen das Kriegsgericht von El Ferrol", vor dem in den nächsten Tagen die damals Verhafteten verurteilt werden sollen. Und am 13. werden weitere Betriebe bestreikt. Bei Kämpfen mit der Polizei bauen die Arbeiter Barrikaden. In allen Straßen wird der Ruf nach "Freiheit!" laut. Für den 15. und 16. beschließt die Verbindungskommission aller Industriezweige den Generalstreik, der von der ganzen Stadt befolgt wird. 15 Tage dauert der Streik. Dann wird er auf Beschluß der Arbeiterversammlungen geschlossen abgebrochen. Die letzten Verhafteten sind entlassen worden. Alle Entlassenen sind wieder eingestellt worden. Die Comisiones Obreras von Vigo haben bewiesen, daß die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung in der Lage ist, der Repression Paroli zu bieten — und sie haben bestätigt, daß die kombinierte Anwendung des spontanen und des "dekretierten" Streiks die koordinierte Aktion großer Massen herbeiführen kann.

Der Streik von Vigo festigt die Autorität der Comisiones im ganzen Land. Doch die überregionale Koordination ist ein Problem geblieben. Die seit dem Winter bestehende "Coordinadora General de CC.OO." hat dieses Problem nicht lösen können.

Mit den Generalstreiks von El Ferrol und Vigo, die auch "nationale" waren, weil sie die gesamte Bevölkerung ergriffen — einschließlich der Beamten —, ist eine neue Situation entstanden. Burgos, Ferrol und Vigo sind die Bankrotterklärungen der Opus-Dei-Regierung vor dem spanischen Volk gewesen. Das Bewußtsein dieser Tatsache kommt in einem Brief aus Pamplona zum Ausdruck, der über den dortigen Generalstreik im Juni 1973 berichtet.

Nachdem dargelegt worden ist, wie der Streik sich von einem Werk durch den Aufruf der CC.OO. von Navarra (der Provinz, deren Hauptstadt Pamplona ist) auf die ganze Stadt, ihre gesamte Bevölkerung und auf große Teile der Provinz ausweitete, resümiert der Briefschreiber:

> "Der Generalstreik war ein Erfolg...Niemand hat in diesen Tagen den Faschismus verteidigt... Sie haben zwar die Polizei verfünffacht,... aber die Macht war ihnen entglitten, sie waren total ausgeschaltet. Diese Erfahrung ist ungeheuer wichtig. Einen Ort können sie von der Umwelt abschneiden; drei oder vier schon nicht mehr, das ganze Land unmöglich". (42)

8. Die Formierung der demokratischen Kräfte

Der Kampf der Arbeiterklasse hat im Verlauf der Jahre nicht nur die Voraussetzungen für eine breite Bewegung in den Bündnisschichten geschaffen, er hat auch die Formierung einer konkreten demokratischen Alternative, den Zusammenschluß der antifrancistischen Kräfte, entschieden vorangetrieben. Die wichtigste Kraft in diesem Kampf ist quantitativ und qualitativ die Kommunistische Partei Spaniens (PCE), die sowohl in den Comisiones Obreras als auch in der Studenten- und Intellektuellenbewegung entscheidende Impulse gegeben und richtungweisende Arbeit geleistet hat.

8.1. Der VII. Parteitag: Der Pakt für die Freiheit

Im Mittelpunkt ihrer gesamten Politik steht seit dem VII. Parteitag im Jahre 1965 der Zusammenschluß aller antifrancistischen Kräfte im "Pakt für die Freiheit". Unter der Führung der Arbeiterklasse will sie die "politische und soziale Demokratie" als antifeudales und antimonopolistisches Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Sozialismus erreichen. Als besonderer Kern wird dabei das "Bündnis zwischen den Kräften der Arbeit und der Kultur" angesehen.

Dem Pakt für die Freiheit sollen als Minimalplattform vier Forderungen zugrundeliegen, die im wesentlichen auch schon von anderen Gruppen der Opposition genannt worden sind:

> "Eine provisorische Regierung auf breiter Koalitionsbasis. Die Generalamnestie für die politischen Gefangenen und Exilierten. Politische Freiheiten ohne irgendwelche Diskriminierungen. Freie Wahlen zu einem Konstituierenden Parlament, das über die zukünftige politische Ordnung in Spanien entscheidet."

Aus den Forderungen geht hervor, daß es sich bei diesem Pakt nur im weitesten Sinne um eine "Volksfront" handelt, denn seine einzige Aufgabe ist der Sturz des francistischen Regimes, die Bildung einer provisorischen Regierung (wobei die PCE nicht einmal um jeden Preis in dieser Regierung vertreten sein will) und die Durchführung von Wahlen für eine Konstituante, ein Parlament also, das über die Verfassung eines demokratischen spanischen Staates berät. Als Weg zur Erfüllung der vier Minimalforderungen wird der General- und Nationalstreik angesehen. Dieser soll dadurch, daß er im ganzen Land die totale

42 DECO: "Pamplona", 20.6.1973.

Isolierung des Regimes und der es tragenden Oligarchien offenbart, den Zusammenbruch des Regimes herbeiführen.

Diese auf dem VII. Parteitag entworfene Konzeption hat sich wenige Jahre später auch in der Strategie der CC.OO. vom Generalstreik niedergeschlagen. Hinsichtlich der CC.OO. betont die PCE immer wieder, daß sie diese keineswegs als "Transmissionsriemen" ihrer Politik betrachtet. Ganz im Gegenteil drängt sie ihre Mitglieder, auch dort, wo sie die Mehrheit innehaben, auf die Einhaltung der direkten Demokratie, wie sie sich in den Versammlungen am besten manifestiert, zu achten. Denn es hat sich gezeigt, daß dort, wo diese Demokratie nicht funktioniert, Fraktionierungen – und damit die Uneinigkeit und Erfolgslosigkeit – provoziert werden, während, wie das Beispiel der Madrider Comisiones zeigt, ihre konsequente Einhaltung die Geschlossenheit des Handelns bewahrt.

8.2. Die Sozialdemokraten

Die Mobilisierung und Politisierung großer Teile der spanischen Bevölkerung hat auch die Bedeutung der Sozialdemokraten wieder wachsen lassen. Die UGT, die immer öfter innerhalb der CC.OO. arbeitet oder aber mit der Gründung von Arbeiter- und Betriebskomitees eine ähnliche Linie eingeschlagen hat, entwickelt sich zu Beginn der siebziger Jahre teilweise kräftig nach links und hat ihren Antikommunismus zumindest soweit aufgegeben, daß sie zur Aktionseinheit bereit ist. Schon auf dem XI. Parteitag der Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei (PSOE) im August 1970 sind wichtige Entscheidungen gefallen. Den Mitgliedern der PSOE, die in Spanien selbst leben, sollte größere Autonomie zugebilligt werden. Der gewachsene Einfluß der Inlandssozialisten kam durch einen Aufruf zum gemeinsamen Vorgehen aller oppositionellen Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen zur Geltung. Die Minimalplattform entsprach den vier Punkten der PCE. Im August 1972 hält die PSOE nun in Toulouse ihren XII. Parteitag ab. Rodolfo Llopis, der seit drei Jahrzehnten den Vorsitz der Partei innehatte, erscheint nicht beim Parteitag und wird abgesetzt. In der Parteipresse wird von einem „Kongreß der Wiedergeburt" gesprochen. Gut 75 Prozent der Mitglieder, die sich – im In- und Ausland zusammen – auf etwa 5.000 belaufen, sind vertreten. Das Amt des Generalsekretärs wird abgeschafft und durch einen Exekutivausschuß ersetzt. Nach den neuen Statuten müssen neun der vierzehn Mitglieder aus dem Inland kommen und es wird ausdrücklich festgehalten, daß die Partei vom Inland aus geleitet wird. Damit dürfte diese Partei, die lange Zeit kaum Einfluß auf das Geschehen in Spanien genommen hat, den entscheidenden Schritt zu ihrer Wiederbelebung getan haben.

Daß außerdem die geheime Arbeit der UGT und anderer Gruppen ihren Wirkungskreis stark einengen, ist auch den Comisiones Obreras bewußt. In den „Beschlüssen der Interindustriellen CC.OO. von Madrid" heißt es schon im November 1969:

> „Tatsache ist, daß innerhalb der Arbeiterbewegung bestimmte Kräfte und Organisationen gewerkschaftlichen Charakters wie die UGT, CNT, STV, FST usw. existieren, die wegen der ungleichen Entwicklung unter den Bedingungen der Diktatur in den verschiedenen Regionen, ja sogar in den verschiedenen Produktionszweigen, unterschiedlich stark vertreten sind, obwohl sie im allgemeinen heute wenig stark sind. Aber es wäre verwegen zu meinen, unter Bedingungen größerer Freiheit würde das so bleiben...Darüberhinaus gibt es Arbeiter, die, ohne aktiv in einer dieser gewerkschaftlichen Organisationen mitzuarbeiten oder Mitglieder zu sein, zu der dahinter stehenden Ideologie neigen..."

Einen ungefähren Eindruck des politischen Spektrums mögen die Ergebnisse einer Umfrage geben, die das soziologische Studienteam der kirchlich getragenen FOESSA-Stiftung (wahrscheinlich 1970) gemacht hat. Nach dieser repräsentativen Studie, die nicht veröffentlicht werden durfte, würden 40,9% aller Spanier zum Zeitpunkt der Befragung die Kommunistische Partei oder Linkssozialisten gewählt haben, für die Christdemokraten der verschiedenen Schattierungen wären 40,5 % der Stimmen abgegeben worden, die Liberalen hätten noch 13 % bekommen, und die Sozialdemokraten hätten sich mit 4 % begnügen müssen. Dabei ist auffallend, daß Arbeiter mehrheitlich links von der PSOE ihren Standpunkt sehen, so daß mit Sicherheit angenommen werden darf, daß die Kommunistische Partei Spaniens nicht nur von der Zahl ihrer Mitglieder her die stärkste Arbeiterpartei ist. (43)

8.3 Die Versammlung von Katalonien

Eine besondere Rolle im Bildungsprozeß des Pakts für die Freiheit spielen die Probleme der nationalen Minderheiten der Basken, Katalanen und Galizier, die für ihre Autonomie im Rahmen eines spanischen Staates eintreten. Dabei kommen objektiv Klassenwidersprüche zwischen der mit der gesamtspanischen Oligarchie verflochtenen jeweiligen Großbourgeoisie und den anderen Klassen und Schichten des Volkes zum Tragen. (44) Aus einer Reihe von Gründen spielen die Katalanen in diesem Prozeß eine entscheidende vorwärtstreibende Rolle, während die Basken mit ihrem langen Kampf gegen das Regime zwar wesentlich zur demokratischen Bewußtseinsbildung beigetragen haben, im realen Prozeß der Herausbildung einer demokratischen Alternative zum francistischen Regime durch klassenmäßig zu bestimmende Widersprüche eher bremsend gewirkt haben.

Katalonien hat denn auch nicht nur den ersten Schritt auf dem Weg zum Pakt für die Freiheit gemacht, es ist ihn schon ganz gegangen. Am 1. Dezember 1969 konstituierte sich in Barcelona der „Koordinationsausschuß der Politischen Kräfte Kataloniens", in dem die Sozialistische Einheitspartei Kataloniens zusammen mit zwei sozialdemokratischen und zwei christdemokratischen Parteien den Zusammenschluß „aller um die Freiheit kämpfenden katalanischen politischen Gruppen mit dem Ziel, dem Land eine demokratische Alternative zum francistischen Regime zu bieten" anstrebten. Die Bemühungen dieses Koordinationsausschusses gipfeln am 7. November 1971 in der Einberufung und Durchführung der „Versammlung von Katalonien". Dreihundert Vertreter nahezu aller politischen Gruppen der Opposition – von den Kommunisten und Sozialdemokraten über die Arbeiter- und Bauernkommissionen und die Studentenbewegung bis zu den verschiedenen bürgerlichen Parteien und lokalen demokratischen Plattformen – nehmen an dieser parlamentsartigen Versammlung teil. An politischer Tragweite kommt diesem wichtigsten politischen Ereignis des Jahre 1971 nur die 1. Gemeinsame Versammlung von Bischöfen und Priestern nahe, die am 14. September des gleichen Jahres mit großer Mehrheit die Unabhängigkeit der Kriche vom Staat und deren Fixierung bei einer vorzunehmenden Änderung des Konkordats, sowie demokratische Freiheiten, Mitbestimmung und Kontrolle der Bürger in öffentlichen Angelegenheiten, Recht auf Arbeit, den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeit und die Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit fordert. In einer Erklärung der „Versammlung von Katalonien" heißt es:

---

43 Die restlichen 1,6 % hätte die Nationale Bewegung (Falange) erhalten. (HORIZONTE ESPANOL 1972, a.a.O., Bd. I, S. 278). Vgl. auch: Klaus von Beyme: VOM FASCHISMUS ZUR ENTWICKLUNGSDIKTATUR – Machtelite und Opposition in Spanien, München 1971, S. 121.

44 Eine ausführliche Analyse dieser komplexen Problematik kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht geleistet werden; nicht zuletzt, weil jede dieser drei Nationalitäten in der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus Besonderheiten aufweist, die berücksichtigt werden müssen.

„Die gegenwärtige Krise des Regimes, für die der Prozeß von Burgos das hervorstechendste Beispiel war, die fortschreitende Bewußtwerdung und Mobilisierung der Klassen und Schichten des Volkes und die Notwendigkeit des Widerstandes gegen die Manöver der ‚continuistas' zur Einsetzung von Juan Carlos mit dem Titel eines Königs als Nachfolger des Diktators, all dies erfordert die einheitliche Formulierung einer demokratischen Alternative, welche auf den Minimalprinzipien beruht, die von den in der Versammlung vertretenen Kräften und Bereichen akzeptiert werden können; einige dieser Vertreter haben langfristig unterschiedliche Ziele, stimmen jedoch in dem unmittelbaren Ziel, dem Sturz des Francismus, überein. Diese Punkte der Übereinstimmung sind die folgenden:

1. Die Durchsetzung der Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und Exilierten.
2. Die Ausübung der grundlegenden demokratischen Freiheiten: der Versammlungs-, Meinungs-, Vereinigungs- – einschließlich der gewerkschaftlichen – und Demonstrationsfreiheit sowie des Streikrechts, die den wirksamen Zugang des Volkes zur wirtschaftlichen und politischen Macht garantieren.
3. Die provisorische Wiedereinsetzung der Institutionen und Prinzipien, die in dem Statut von 1932 (der nationalen Autonomie; d. Verf.) als konkreter Ausdruck dieser Freiheiten in Katalonien und als Weg zur Ausübung des vollen Selbstbestimmungsrechtes enthalten sind.
4. Die Koordinierung der Aktion aller Völker der Halbinsel im demokratischen Kampf."

Die Versammlung ruft die gesamte Bevölkerung Kataloniens auf, ihren Kampf zu verstärken für:

„a) die Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte;
b) die Solidarität im Kampf für die Unterdrückten;
c) das Ende der Unterdrückung und die Durchsetzung der Amnestie." (45)

Zur Unterstützung der Mobilisierung einheitlicher Aktionen und zur Vorbereitung einer weiteren Zusammenkunft auf noch breiterer Basis wird eine Ständige Kommission gewählt.

So wie der Kampf der Arbeiterklasse und die Ausweitung und Konsolidierung der CC.OO. als der einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Bewegung den Kampf in anderen Klassen und Schichten vorangetrieben und den Formierungsprozeß der demokratischen Alternative begünstigt hat, so wirkt sich die Versammlung von Katalonien umgekehrt nun stimulierend und vereinheitlichend auf den gesamten demokratischen Kampf nicht nur der Arbeiterklasse aus. Nicht nur werden neue Gebiete in den Kampf einbezogen – so etwa Vitoria, eine Stadt, in der nach landläufiger Meinung „nie etwas passiert" –, sondern über die Aktionseinheit der Bewegung der Arbeiterkommissionen hinaus kommt es zu Bündnissen zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die oft in Konkurrenz zueinander gestanden haben. So ruft in Madrid z. B. ein „Koordinationsausschuß des Kampfes für den 1. Mai" zum einheitlichen Handeln auf, in dem neben den CC.OO. die UGT, die CNT und die FST vertreten sind. Im Verlauf des Jahres 1972 gründen sich in einer ganzen Reihe von Provinzen „Demokratische Plattformen", „Demokratische Runde Tische" und „Demokratische Aktions- und Koordinationsausschüsse", die dem Pakt für die Freiheit immer mehr konkrete Gestalt verleihen.

8.4 Der VIII. Parteitag der PCE: Die politische Revolution

Die Veränderung des nationalen (und internationalen) Kräfteverhältnisses zugunsten der fortschrittlichen Kräfte spiegelt sich in den beiden wichtigsten Beschlüssen des VIII. Parteitages der PCE wider, der im September 1972 an einem geheimen Ort stattfindet: Erstens: Die PCE sagt „Ja" zum Eintritt in den Gemeinsamen Markt, wenn die Bedingungen dafür von einer Regierung ausgehandelt werden können, die vom Volk getragen wird; zweitens: die PCE stellt zum erstenmal nach dem Bürgerkrieg öffentlich fest, „daß der Schritt von der faschistischen Diktatur zur Demokratie ohne eine wirkliche *politische Revolution* unmöglich ist". (46) Für die PCE waren beide Themen immer prekär gewesen. Die Stellungnahme zum Gemeinsamen Markt hatte sich bis dahin auf ein „Nein unter den gegenwärtigen Bedingungen" beschränkt. Doch die zunehmende Isolierung des Regimes und die wachsende Stärke der fortschrittlichen Kräfte im europäischen Maßstab, hier besonders der Volkseinheit in Frankreich und perspektivisch auch in Italien, ließen die PCE zu der Erkenntnis gelangen, daß die EWG („eine regionale Vereinigung monopolistischer Staaten") objektiv eine für Spanien und seine Handelsbeziehungen lebensbestimmende Realität darstellt, deren Charakter es zu verändern gilt. Die Entscheidung „im nationalen Interesse" mag außerdem wesentlich durch taktische Überlegungen beeinflußt worden sein. Das Mitglied des ZK, Juan Gomez, drückte es in seinem Referat auf dem Parteitag so aus:

„Was geschähe, wenn wir uns sperrten...? In der Tat kämen wir in eine seltsame Gesellschaft, mit Blas Pinar und anderen Ultrarechten; doch ist nicht dies das Wichtige, sondern daß wir objektiv für die Autarkie optieren würden... Die Oligarchie würde sich die Hände reiben. Wir hätten den neo-zentristischen Manövern unschätzbare Dienste geleistet. Die ganze komplexe Arbeit, alle die Anstrengungen, die wir gemacht haben, um den Neo-Zentrismus zu Fall zu bringen, um die für ihn empfänglichen Kräfte auf die Seite der demokratischen Alternative zu ziehen, würden in Gefahr gebracht; wir würden die Bildung einer Koalition von der reaktionären Rechten bis zu den Sozialdemokraten, Christdemokraten und anderen liberalen Kräften unter der Fahne der „Europafreundlichkeit" (europeismo) erleichtert haben." (47)

Die liberalen Kreise des Bürgertums wissen zu gut, daß sie gegen die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei ihre letzten Endes rein kosmetischen Reformvorstellungen nicht durchsetzen können. Eine Lösung bietet, soweit ist die ökonomische und politische Entwicklung vorangeschritten, nur eine tatsächlich demokratische Alternative. Für diese aber ist die Arbeiterklasse alleine zu schwach. Daher

45 MUNDO OBRERO, Nr. 22 vom 26.11.1971.

46 VIII. CONGRESSO DEL PARTIDO COMUNISTA DE ESPANA, S. 331 f.
47 Ebenda, S. 214 f.

Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (I)

in SOPO 23

„ging und geht es darum, eine Differenzierung und Gegenüberstellung zwischen der oligarchischen Minderheit und den anderen sozialen Klassen und Schichten der Bevölkerung herbeizuführen, einschließlich bestimmter Bereiche der Bourgeoisie, die jahrelang durch ihre Aktivität oder Passivität das herrschende System gestützt haben... Vor Jahren, als die Situation noch nicht so weit fortgeschritten war, als die Erinnerung an den Bürgerkrieg noch wie Blei auf uns lastete, haben wir vom friedlichen Weg beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie gesprochen. Im Grunde sagten wir damals mit anderen Worten dasselbe wie heute, wo wir von einer politischen Revolution sprechen. Aber damals mußten wir die politische Revolution und den Bürgerkrieg auseinanderhalten in einem Lande, in dem Revolution und Bürgerkrieg leicht verwechselt werden. Wir mußten verständlich machen, daß man eine Revolution ohne die Notwendigkeit eines Bürgerkrieges machen konnte, mit einem Minimum an Gewalt und ausgehend von der Perspektive, daß die der Demokratie nahestehenden Kräfte denen der diktatorischen Ultras himmelweit überlegen seien, so daß sie relativ leicht entfernt werden könnten." (48)

Diese politische Revolution soll der „Politische General- und Nationalstreik" sein. „Der Nationale Streik besteht nicht darin, daß man die Arme kreuzt und sich einem anarchistischen Traum vom Generalstreik hingibt... Es geht nicht nur darum, das Land zum Stillstand zu bringen, sondern sich der Straße zu bemächtigen, auf allen Ebenen Kampforgane zu bilden, um den Druck gegen den Kern der diktatorischen Macht so zu verstärken, daß er weichen muß. Wenn irgendwie möglich, muß ein Zusammenstoß mit der Armee verhindert werden, muß der Kontakt mit ihr hergestellt und entwickelt werden, um ihre Unterstützung oder Neutralität zu erreichen; im Verlauf des Nationalen Streiks muß sich eine demokratische Gegenmacht (poder paralelo) behaupten, um die diktatorische Macht schließlich zu verdrängen. Der Nationale Streik ist eine moderne Form der nationalen oder Volkserhebung." (49)

Ausdrücklich wird auf das Beispiel von El Ferrol hingewiesen, wo die Arbeiter in den Stunden, in denen die Stadt in ihrer Hand war, gezeigt haben, daß sie aus der anarchistischen Vergangenheit des Landes gelernt haben. „Die Massen ... bewiesen beispielhaftes Bewußtsein und Disziplin. Es kam zu keinem *Attentat,* zu keiner *Gewalttat* gegen irgendjemand." (50)

Die große Unbekannte in dieser Rechnung, darüber ist sich die PCE vollkommen im Klaren, ist die Armee. Doch während die Ultras wie die „continuistas" sich die Armee als bedingungslos dem Willen Francos (sei es zu seinen Lebzeiten oder in seinem Nachfolge-König) unterworfen vorstellen – so als sei für die Streitkräfte mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges die Uhr stehengeblieben – sehen die Kommunisten die Armee ebenso differenziert wie alle anderen politischen Kräfte im Lande. Die politische Auseinandersetzung hat auch ihre Geschlossenheit aufgesplittert. Dafür spricht nicht nur die Haltung der Marine in El Ferrol, die sich weigerte, ihre Truppen gegen die Bevölkerung einzusetzen, sondern auch der starke Widerstand großer Teile des Heeres bis hinauf in den Generalstab gegen den Kriegsgerichtsprozeß von Burgos.

„Das Heer ist, trotz seiner hierarchischen Struktur und seiner Disziplin, kein einheitliches Ganzes. Es gibt eine oberste Schicht von Befehlshabern, die am Bürgerkrieg teilgenommen haben. Andererseits gibt es eine große Menge von Offizieren, die ... den Bürgerkrieg nicht mehr erlebt haben. Das gleiche gilt für die unteren Ränge. Und die Soldaten – ohne die es kein Heer gibt – sind die Jugend von heute, die zu einem guten Teil von fortschrittlichen und revolutionären Ideen beeinflußt ist.

48 Ebenda, S. 41 f.
49 Ebenda, S. 44.
50 Ebenda, S. 45.

Aber neben dieser Differenzierung der Generationen, der Einstellung und der sozialen Herkunft wirkt sich die Krise der Diktatur auf das Innere des Heeres aus ... und bietet der kritischen Überlegung Raum, die in einigen Fällen zu ultrarechten Positionen, in anderen aber zum Verständnis für die Notwendigkeit und Unausweichlichkeit von Veränderungen führen kann." (51)

Wenn ein neuer Bürgerkrieg vermieden werden soll, dann muß das Heer sich zumindest neutral verhalten. Die PCE folgert daraus, daß die „politische Revolution, welche die Militärs nicht in erster Linie mit der Unordnung identifizieren dürfen, die man, wie wir gesagt haben, in Tagen, in Stunden und mit weniger Unordnung als sie heute in einem Jahr unter der Diktatur gewöhnlich ist, das Werk des Einverständnisses von Volk und Heer sein soll."

8.5 Auf dem Weg zum Pakt für die Freiheit: die Nationale Konferenz

Im April dieses Jahres hielten „die Vertreter der Einheitlichen Plattform des Demokratischen Kampfes von Aragon, Asturias (als Beobachter), den Kanarischen Inseln, Katalonien, Galizien, Granada, Mallorca, Rioja, Servilla und Valencia" eine gemeinsame Tagung ab, die folgendes Komunique verabschiedete:

„Sie (die Anwesenden; d. Verf.) stimmen darin überein, daß die gegenwärtige politische Situation gekennzeichnet wird durch den von Tag zu Tag allgemeineren Kampf des Volkes zur Wiedergewinnung seiner Freiheit, sowie durch die eindeutig starre und ständig isoliertere Stellung des Regimes, dessen einzige Antwort die Verstärkung der Unterdrückung ist... Sie kommen überein, gemeinsam und in gegenseitiger Absprache auf eine Zusammenkunft aller politischen und sozialen Kräfte der Opposition gegen die Diktatur und den „continuismo" hinzuwirken; diese soll ein Abkommen über die demokratische Alternative treffen, das sowohl als Anstoß zum Kampf gegen das Regime wie als Vorschlag für eine Übereinkunft zur Herstellung einer konstituierenden Situation zu bewerten ist.

Sie sind der Meinung, daß eine solche Zusammenkunft die folgenden Punkte zum Gegenstand haben sollte:

1. Die konkrete Formulierung der Alternative, welche die demokratischen Freiheiten und die Vielvölker-Realität des spanischen Staates begreift.
2. An der Zusammenkunft sollen so viele politische und soziale Kräfte des spanischen Staates teilnehmen wie möglich. Im Rahmen einer minimalen politischen Vereinheitlichung, die für den Abschluß eines gemeinsamen Abkommens notwendig ist, muß das Prinzip des Nicht-Ausschlusses gelten.
3. Die Formulierung der Koordination der verschiedenen vertretenen Kräfte in der mindestnötigen und möglichst flexibelsten Form.

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Umfassende Analyse der politischen Situation.
2. Diskussion des demokratischen Alternativ-Plans.
3. Untersuchung der sozialen Basis, die zur Durchsetzung besagter Alternativen vorhanden ist.
4. Vorschläge zur Koordinationsform.

Um die optimale Erfüllung der gesteckten Ziele zu sichern, kommen die anwesenden Delegierten überein, innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine Vorversamm-

51 Ebenda, S. 48. Santiago Carrillo spielt in diesem Zitat aus dem Bericht des ZK an den VIII. Parteitag nicht nur auf die überwiegend aus kleinbürgerlichen Kreisen kommenden Offiziere der unteren und mittleren Ränge an, er meint – das wird aus zahlreichen anderen Stellungnahmen der PCE zur Armee deutlich – auch Differenzen im Generalstab selbst.

lung abzuhalten, auf der eine Bilanz und Analyse aller Aktivitäten vorgenommen werden soll, die von allen Einheitlichen Plattformen einschließlich derer, die sich den genannten Zielen anschließen mögen, entwickelt worden sind." (52)

8.6 Die jüngsten Kampfaktionen und Schluß

Mit dieser historischen Zusammenkunft ist auf nationaler Ebene die konkrete Formierung der demokratischen Alternative in Angriff genommen worden. Der Pakt für die Freiheit ist keine langfristige strategische Perspektive mehr, sondern in die Nähe der absehbaren Zukunft gerückt.

Die reale Entwicklung zeigt, daß die politische Strategie der PCE auf die spanischen Verhältnisse exakt zugeschnitten ist. Während sich einerseits die Volkskämpfe ausweiten, während die Polizei sich gezwungen sieht, weiterhin streikende Arbeiter zu ermorden, wie dies vor wenigen Monaten in San Adrian de Besos bei Barcelona wieder geschah, formiert sich die demokratische Alternative, reift in immer breiteren Teilen der Bevölkerung die Entschlossenheit zum Wandel. Allein in der Provinz Barcelona nahmen nach Angaben der CC.OO. über 150.000 an Protestaktionen gegen den Mord von San Adrian de Besos teil, ganz zu schweigen von den Demonstrationen in Madrid und anderen Städten. „Die Repression ist die Stärke und zugleich die Schwäche des Regimes." (53) Ein besonders gutes Beispiel dafür ist der Streik in Pamplona im Mai und Juni dieses Jahres gewesen. In dem Maße wie die Repression zunahm, weitete sich der Streik auf andere Betriebe und schließlich auf die ganze Stadt und die Provinz aus.

Im Kampf ist nicht nur die Einheit gewachsen, sondern auch die Einsicht in die Stärke der Einheit und Solidarität. Das Komunique der Versammlung des Allgemeinen Koordinationsausschusses der CC.OO. vom 16. Mai 1973 hebt die beiden baskischen Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa hervor, wo im Frühjahr „die bedeutendsten Arbeitskämpfe der letzten Jahre" stattgefunden haben, „die von der Einheitlichen Plattform der Arbeiterbewegung vorausgesehen, organisiert und angeleitet worden sind." (54) Diese Einheitliche Plattform ist von der CC.OO. *und* der UGT gemeinsam verfaßt und vertreten worden – im Baskenland ein Ereignis von hervorragender Wichtigkeit. Im einheitlichen Kampf gelang es den Metallern von Babcock-Wicox nicht nur, Lohnerhöhungen von 20 Prozent zu erkämpfen, als ihre Versammlung obendrein die Freilassung zweier verhafteter Kollegen forderte, wurde einer von der Polizei im Taxi zur Fabrik gebracht, die Strafe von 200.000 ptas für den anderen zahlte das Unternehmen.

Die spanische Opposition wartet nicht mehr auf den Tod von Franco. Franco ist dabei, sich selbst zu überleben. Das Regime gerät immer tiefer in die Isolierung, und die Widersprüche zwischen den verschiedenen Machtgruppen verschärfen sich. Wenige Tage nachdem ein Mitglied der FRAP am 1. Mai während einer Demonstration in Madrid einen Polizisten in Notwehr erstochen hatte, kam es in mehreren spanischen Städten zu Demonstrationen ultrarechter Elemente. Sie warfen dem Opus Dei vor, es habe angeordnet, auf den Gebrauch von Schußwaffen nach Möglichkeit zu verzichten. Sie brüllten Sprüche wie: „Nieder mit der Regierung!", „Rote Bischöfe an den Galgen!". Sie drangen in das Polizeipräsidium ein, bedrohten den Präsidenten, stiegen hinab in die eiskalten, feuchten Gefängniskatakomben der Politischen Polizei und verprügelten die Gefangenen, darunter einen 13-jährigen Jungen, bis zur Bewußtlosigkeit. Niemand wurde verhaftet. Die Falange-Zeitung „Pueblo" schrieb in einem Leitartikel: „Es ist nicht damit getan, lediglich die Zügel etwas straffer zu ziehen – neue Hände müssen her."

52 MUNDO OBRERO, Nr. 10 vom 10.5.1973.
53 MUNDO OBRERO, Nr. 11 vom 23.5.1973.
54 Protokoll von DECO.

Wenige Wochen später geht dieser Wunsch in Erfüllung. Am 18. Juni 1972 hatte Franco festgelegt, daß Carrero Blanco für den Fall, daß der Caudillo überraschend sterben sollte, die Regierungspräsidentschaft übernehmen sollte. Am 8. Juni 1973 ernennt Franco den Kopf der verschärften Repression der letzten Jahre, Luis Carrero Blanco, zum Regierungspräsident auf fünf Jahre. Lopez Bravo, der „europäischste" der Opus-Minister, erhält keinen Ministerposten mehr; Lopez Rodo, das Gehirn aller Entwicklungspläne verliert seine Wirtschaftsfunktionen und wird Außenminister. Die Falange kann ihre Mannschaft beträchtlich vergrößern. Damit dürften die Möglichkeiten für eine „neo-zentristische" Lösung, für einen Wandel ohne Veränderung, auf Null gesunken sein. Die Fronten klären sich. Carrero Blanco – das ist die Vorbereitung des Francismus ohne Franco.

„Informacion Espanola", die Zeitschrift der spanischen Emigranten, kommentiert: „Unser erster Eindruck: die Dinge vereinfachen sich, und die Möglichkeiten für eine Breite Front zum Kampf gegen die Unterdrückung aus dem „Bunker" treten in eine neue Phase ein." (55)

Sicherlich ist es nicht möglich, einen Zeitplan für den Sturz der Diktatur anzugeben. Aber morgen, nächste Woche oder nächstes Jahr kann das, was in El Ferrol, in Vigo und in Pamplona geschehen ist, in Madrid oder Barcelona passieren. Und niemand wird dann ausschließen können, daß eine jede solche Situation den Keim der Revolution in sich trägt.

> „Schließlich und endlich kann, angesichts des Kräfteverhältnisses, angesichts der Isolierung der Diktatur und des latenten Unbehagens in der großen Mehrheit des Landes, der Nationale Streik, der eine ernsthafte Vorbereitung der Massen, eine Verbindung der oppositionellen Kräfte, eine Machtalternative erfordert, heraufkommen, sobald sich dafür eine günstige politische Situation ergibt. Jeder weiß, daß unter der scheinbaren Ruhe in Spanien nichts sicher und alles möglich ist." (56)

55 INFORMACION ESPANOLA, Nr. 98, 2. Juni-Hälfte 1973, S. 4.
56 VIII. CONGRESSO DEL PCE, S. 46 (Bericht des ZK).

JÜRGENS BUCHLADEN
Politische Oekonomie
Theorie & Geschichte der Arbeiterbewegung
Politik
NATURWISSENSCHAFTEN
MEDIZIN PSYCHOLOGIE
SOZIOLOGIE ERZIEHUNG
1 Berlin 33 Königin-Luise-Str. 4o U-Bahnhof Dahlem Dorf

gastarbeiter

Die »Neger« des Großkapitals Westeuropas:

gastarbeiter

Ein Stichwort, das immer häufiger fällt.

starbeiter

Die Arbeitsemigration in Westeuropa wird zu einem

arbeiter

sich rasch zuspitzenden Problem.

horizont

beginnt in der Nr. 30 (Erscheinungstermin 18.8.73) mit einem ersten, vom marxistischen Standpunkt geschriebenen Reportserie zu diesem Thema. Verfasser ist ein Journalistenkollektiv, das in monatelangen Recherchen sensationelles Material aus der BRD und aus fünf der wichtigsten Herkunftländer der Gastarbeiter zusammengetragen hat.

Der Report vermittelt dadurch ein komplexes Bild dieser Thematik, ist eine Quelle wertvoller Analysen und darüber hinaus für alle Interessenten eine spannend geschriebene Lektüre.

Sichern Sie sich den Report, indem Sie den anliegenden Cupon in Berlin an:

"Das Europäische Buch"
1 Berlin 12
Knesebeckstr. 3
oder an:
Gebr. Petermann, Buch und Zeitung International
1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 11
in der BRD an:
Brücken - Verlag GmbH
4000 Düsseldorf 1
Ackerstr. 3
senden.

.....

(Cupon)

Ich bitte um Zusendung der horizont für die Dauer des „Gastarbeiter-Reports" (Nr. 30 - 37/73) zum Preis von 8,– DM zuzüglich Versandspesen.

Name, Vorname .....

Postleitzahl, Wohnort.....

Straße, Hausnummer .....

Kurzanalysen, Berichte

Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973

Der Artikel beruht auf dem Beitrag von Andre Leisewitz auf der Tagung des IMSF. Verwendet wurde weiterhin insbesondere die Berichterstattung der Zeitschriften "Nachrichten" (Frankfurt a.M.), "Gewerkschaftsspiegel" (Westberlin) und der Wochenzeitung "Unsere Zeit" (Düsseldorf).

In Thesen und Referat (1) des IMSF wird davon ausgegangen, daß in der Folge der Krise 1966/67 die Vorstellung vom störungsfreien Wachstum im Kapitalismus erschüttert und sozialpartnerschaftliche Illusionen partiell zurückgedrängt wurden, und daß diese Bewußtseinsentwicklung in den Septemberstreiks 1969 und den folgenden Kampfaktionen der nächsten Jahre sich an der Erfahrung des Klassenantagonismus vornehmlich auf betrieblicher Ebene orientierte. Diese Überlegungen bestätigen sich durch die Lohnkämpfe in der ersten Hälfte dieses Jahres; zugleich sind eine Reihe neuer, weiterführender Einzelmomente in den Aktionen zu beobachten, wie zugleich neue Ansatzpunkte für die Entwicklung des gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins sich aus den besonderen Bedingungen ergeben, unter denen die Tarifrunden stattfanden und an denen sich einzelne Kampfaktionen entzündet haben.

Folgende Umstände haben den konkreten Verlauf der bisherigen Lohnbewegungen geprägt:

1. Die BRD befindet sich seit Ende letzten Jahres in einer Phase konjunkturellen Aufschwungs, die eine wachsende Auslastung der Produktionskapazitäten bedingt und eine Explosion der Profite voraussehen läßt. Das Gutachten des Sachverständigenrates schätzt die Steigerung der Unternehmergewinne für das laufende Jahr auf 17 %, für das zweite Halbjahr 1973 werden rund 21 % Steigerung angenommen. Daß die wirklichen Ergebnisse die geschätzten Ziffern noch übersteigen werden, zeigt sich, wenn man spezielle Gewinnanalysen von Großkonzernen betrachtet (z.B. Klöckner-Humboldt-Deutz, Gutehoffnungshütte, DEMAG je 50 %, MAN 37 %, AEG 25 %, BMW 22 %, VW und Farbwerke Hoechst je 20 %). (2)

2. In der BRD hat sich in den letzten Jahren die für den modernen Kapitalismus charakteristische Tatsache voll durchgesetzt, daß inflationäre Preiserhöhungen auch in Perioden zyklischer Abschwächung vorgenommen werden. Auf dem Tiefpunkt der zyklischen

1 Vgl. den Bericht über die Tagung des IMSF in SOPO 24/73, der den vollständigen Text der Thesen und Auszüge aus den Referaten enthält.

2 Vgl. INFORMATIONEN ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG UND LAGE DER ARBEITERKLASSE, Hrsg. v. IMSF Nr. 2/1973.

Produktionsentwicklung stiegen die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr nach amtlichen Angaben um 5,8 Prozent. Da in der nunmehr einsetzenden Phase des konjunkturellen Aufschwungs wesentlich günstigere Bedingungen für die Monopole gegeben sind, die wachsende Nachfrage und ihre marktbeherrschende Position auszunutzen, steigen die Zuwachsraten der Lebenshaltungskosten weiter rasch an. Im ersten Vierteljahr erreichte die Steigerungsrate der Lebenshaltung insgesamt rund 7,5 %, wobei gerade Massenverbrauchsgüter überdurchschnittliche Teuerungsraten aufwiesen (z.B.: Frischfleisch 15,1 %, Frischobst 16,5 %, Frischfisch 23,8 %, Kartoffeln 55,6 %) Diese Entwicklung hat sich im zweiten Halbjahr fortgesetzt und man kann davon ausgehen, daß sie sich in den nächsten Monaten weiter durchsetzen wird.

3. Die Lohnbewegungen in den letzten beiden Jahren waren insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß sich bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Tendenz zu Stagnation und Abbau der Reallöhne bemerkbar machte. 1971 betrug der reale Zuwachs der Tariflöhne noch 0,7 Prozent, im ersten Quartal 1972 war ein Reallohnabbau von 0,4 Prozent zu verzeichnen.

4. Die Zusammenarbeit zwischen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und den Unternehmerverbänden ist in den letzten Monaten auch nach außen hin dokumentiert worden. Mitte Mai forderte der Chef der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände", Otto A. Friedrich, auf der BDA-Geschäftsführertagung in Hamburg die Gewerkschaften auf, abgeschlossene Tarifverträge über die volle Laufzeit durchzustehen und bedankte sich ausdrücklich bei Bundeskanzler Brandt dafür, daß auch er nunmehr die Gewerkschaften aufgefordert habe, ihren Beitrag zur „Stabilitätspolitik" zu leisten. Friedrich gab hiermit zum Ausdruck, daß die Bundesregierung der im Jahresbericht 1972 formulierten Aufforderung der BDA nachgekommen sei, „durch ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik deutliche Stabilitätssignale zu setzen", wobei die BDA hierunter eine „stabilitätskonforme Lohnpolitik" verstanden wissen wollte. Bereits im November 1972 hatte Bundesminister Schmidt diese Linie gegenüber den Gewerkschaftsvorständen vertreten und maximale Lohnerhöhungen von ca. 8 Prozent für 1973 vereinbart. Im Dezember wurde eine ähnliche Orientierung im Gewerkschaftsrat beim Parteivorstand der SPD durchgesetzt, dem alle 16 Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften angehören. Ergebnis war der „8,5 Prozent hohe Damm" (3), den die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht als Lohnleitlinie gegen die Lohnforderungen der Belegschaften errichtete und das unmittelbare Eingreifen insbesondere von Bundeswirtschaftsminister Friderichs in die Tarifverhandlungen. Damit wurden die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften und die Tarifautonomie ständig verletzt.

Nachdem in der Eisen- und Stahlindustrie im Dezember 1972 ein provokatorisches 5,6-Prozent-Angebot der Kapitalisten mit 97 Prozent der Stimmen aller organisierten Arbeiter abgelehnt worden war, kam es noch vor der Urabstimmung über den 8,5-Prozent-Lohnkompromiß – der für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie erstmalig eine Reallohnsenkung bedeutete – zu spontanen Protestaktionen für die volle Durchsetzung der geforderten 11 Prozent. In der Urabstimmung erklärten sich über 52 Prozent gegen den Abschluß, wobei mehr als 20 Prozent der Kollegen aus Resignation oder Passivität überhaupt nicht abstimmten. Die IG-Metall-Führung mußte diese Niederlage eingestehen und sprach – so Eugen Loderer – von einer „erheblichen Fehleinschätzung" des Bewußtseins der Kollegen. Wie der 8,5-Prozent-Abschluß in der folgenden Metallrunde zeigte, hatte die Gewerkschaftsführung jedoch keine ernsthaften Lehren daraus gezogen. Nach diesen völlig unzureichenden Tarifabschlüssen kam es in dem Bereich von Eisen und Stahl und im Metallbereich in vielen Betrieben während des Frühjahrs zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Die Motivation war einerseits Korrektur des unzureichenden Ergebnisses, andererseits der Versuch, einen teilweisen Ausgleich für die rasch wachsende Teuerung zu erzielen. Als Zentren der ersten Runde dieser Kampfaktionen erwiesen sich zunächst das Ruhrgebiet, dann Baden-Württemberg und das Saarland. Sieht man sich die erfaßten Betriebe an, so wird deutlich, wie lange die in den Septemberstreiks erlangten Erfahrungen noch den relativen Entwicklungsstand des Bewußtseins der aktiven Organisiertheit und der Kampfkraft der jeweiligen Belegschaften prägen.

So finden wir unter den Vorkämpfern gewiß nicht zufällig die Belegschaften von Mannesmann Duisburg-Huckingen und der Dortmunder Westfalenhütte (Hösch). Der Vergleich mit dem September 1969 ist lehrreich. Es zeigt sich, daß hinsichtlich der Ausgangslage, der Motivation, zum großen Teil auch der konkreten Zusammensetzung der Streikkader durchaus ähnliche Bedingungen vorhanden sind. Im Unterschied zum September 1969 kommt es jedoch nicht zu einer solchen zeitlichen Zusammenballung; die Aktionen verteilen sich über einen längeren Zeitraum. Insgesamt erfaßt die Welle spontaner Streiks in diesem Bereich 1973 jedoch weit mehr Belegschaften.

Im Verlauf der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst kam es – besonders in Hessen – zu zahlreichen lokalen Demonstrationen vor allem bei der Post. Auch hier wurde jedoch bei 8,5 % abgeschlossen.

Dagegen gelang es den Arbeitern und Lehrlingen der Druckindustrie durch einen beispielhaften Streik 10,8 Prozent Lohnerhöhung durchzusetzen, die zwar faktisch auch keine Reallohnerhöhung bedeutete, mit der aber die Lohnleitlinien durchbrochen wurden. Nach der von betrieblichen Aktionen begleiteten Urabstimmung Anfang April, in der sich 92 Prozent der organisierten Arbeiter für Streik ausgesprochen hatten, wurden am 9. April die Druckereien fast aller Tageszeitungen stillgelegt, sodaß am folgenden Tage erstmalig seit über zwanzig Jahren in der Bundesrepublik keine Tageszeitungen erscheinen konnten. An den gut organisierten Streiks beteiligten sich über 88 000 Arbeiter und Lehrlinge, wobei in den meisten Betrieben auch Unorganisierte teilnahmen sowie Angestellte, deren Tarifverträge noch nicht gekündigt waren.

In der chemischen Industrie gelang es dagegen in den meisten Bezirken nicht, an die positiven Kampferfahrungen der Chemiestreiks '71 anzuknüpfen. In allen Bezirken, mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, wurden Tariferhöhungen von 9,9 Prozent vereinbart, die angesichts der beschleunigten Preissteigerung völlig ungenügend sind. Der mit 10,2 Prozent etwas höher liegende Abschluß in Rheinland-Pfalz ist auf die betrieblichen Warnstreiks und Kundgebungen, insbesondere die mehrfachen Demonstrationen von jeweils über 10 000 Belegschaftsmitgliedern der BASF/Ludwigshafen, zurückzuführen.

Von großer Bedeutung ist auch, daß es in der Textil-Industrie des Bezirks Nordrhein durch Streiks, an denen sich mehr als 10 000 Textilarbeiter beteiligten (in der Urabstimmung sprachen sich 98,3 Prozent der Organisierten für Streik aus), gelang, die gewerkschaftliche Hauptforderung nach linearer Lohnerhöhung um 60 Pfennig pro Stunde voll durchzusetzen.

Während des gesamten Halbjahrs setzten sich die Aktionen zur Korrektur unzureichender Ergebnisse bei den Abschlüssen sowie zur teilweisen Kompensation der Teuerungswelle fort. Mitte April kam es von Kassel ausgehend zu Arbeitsniederlegungen in allen VW-Werken. Die große räumliche Trennung (die Werke Kassel und Emden liegen z.B. rund 500 Kilometer auseinander) und die geschickte Nutzung des großen ökonomischen Spielraums durch die Konzernführung hatte bisher dazu geführt, daß die VW-Arbeiter aller

3 HANDELSBLATT vom 12.4.1973.

Werke noch keine gemeinsamen Kampferfahrungen besaßen. Die VW-Arbeiter konnten ihre Forderung (Erhöhung der „Erfolgsprämie" von 5,75 % auf 8 % des Jahresbruttolohns) im wesentlichen durchsetzen. (4).

Mitte Juni folgte eine weitere Runde spontaner betrieblicher Aktionen, die noch nicht beendet ist. Zentrum war zunächst die Wasserkante, wo der erfolgreiche Streik der Belegschaft der Vulkan-Werft, Bremen in vielen anderen Betrieben auslösend wirkte. (5) Wenn auch nicht jede dieser Aktionen mit einem Erfolg endet, so ist doch eines ihrer wesentlichsten Ergebnisse die Kraft, die in diesen Kämpfen gesammelt wird.

Welche Erfahrungen haben sich in diesen Lohnkämpfen bestätigt, welche Punkte verdienen hierbei besonders hervorgehoben zu werden?

1. Obwohl die Kampfbereitschaft überall gewachsen ist, konnten nur dort die Lohnleitlinien durchbrochen werden, wo die gewachsene Kampfbereitschaft auch in betriebliche Aktionen umgesetzt wurde und von den Verhandlungskommissionen der Gewerkschaften voll in die Waagschale geworfen wurden. Die Kontrolle und Rückenstärkung der Verhandlungskommission der Gewerkschaften in der Textilrunde durch 200 gleichzeitig in der Nähe tagende Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre war dabei ein wesentlicher Garant für die volle Durchsetzung der Forderung. (6)

Dies gilt für die Erkämpfung betrieblicher Zulagen und Inflationszuschläge in zahlreichen Betrieben der Eisen-, Stahl- und Metall-Industrie nach Abschluß der Tarifrunde ebenso, wie für die Durchsetzung höherer Tarifabschlüsse in der Metallindustrie Südwürttemberg/Hohenzollerns, der Druckindustrie, der chemischen Industrie Rheinland-Pfalz und der Textilindustrie im Bezirk Nordrhein, wo es vor und während der Schlichtungsverhandlungen zu Ausständen kam.

2. Die initiierenden Aktionen bei Hösch und Mannesmann sowie die Urabstimmungsergebnisse in den Zentren der Eisen- und Stahlindustrie, wo bis zu 80 Prozent der Kollegen den Lohnkompromiß ablehnten, bestätigen die These, daß Kampferfahrung kampfbereit macht. Das bedeutet jedoch auch, daß sich in allen Lohnbewegungen eine z.T. beachtliche Ungleichzeitigkeit der Bewußtseinsentwicklung bemerkbar machte. Auf der anderen Seite setzt sich die Tendenz der letzten Jahre fort, daß immer neue Abteilungen der Arbeiterklasse, die sich bisher noch überhaupt nicht an betrieblichen und überregionalen Kampfaktionen beteiligt hatten, mobilisiert wurden. Das gilt besonders für Mittel- und Kleinbetriebe. Die Anzahl der Aktionen in kleinen und mittleren Betrieben während der letzten Monate wird gemeinhin auch von gewerkschaftspolitisch sonst gut Informierten weit unterschätzt. Sehr häufig finden solche Aktionen überhaupt keinen Eingang in die überregionale bürgerliche Presse und auch in der Lokalpresse erscheinen die entsprechenden Nachrichten erst auf einer der hinteren Seiten. Leider gibt es bisher auch von gewerkschaftlicher Seite noch keine Übersicht.

Wenn man einerseits besonders die auffällig vielen Aktionen in Klein- und Mittelbetrieben im Auge haben muß, wenn man von der Mobilisierung neuer Gruppen der Arbeiterklasse spricht, so muß man auf der anderen Seite ebenso nachdrücklich die Tatsache würdigen, daß, mit dem Gesamtstreik bei VW und mit den Zehntausender-Demonstrationen bei der

4 Vgl. Herwart Prudlo: "Höhere Jahresprämie erstreikt". UZ v. 4. Mai 1973, S. 10.
5 Vgl. Jochen Mandel: "Der Streik auf der Vulkan-Werft wirkte wie ein Signal", UZ v. 25. Mai 1973.
6 Vgl. Hans Vossen: „Lehren des Lohnkampfes der Textilarbeiter in Nordrhein", UZ vom 25. Mai 1973.

BASF, Belegschaften in solchen Betrieben in Aktion getreten sind, die bisher als Musterstätten staatsmonopolistischer Integrationsstrategie galten.

3. Im Hinblick auf die angewandten Aktionsformen und die Kampftaktik der streikenden Belegschaften ist ein Vergleich mit der Lage im September 1969 lehrreich. Obwohl es 1969 nur in kleinen Ansätzen zu „Konzernstreiks" kam, konnten wir dennoch die These wagen: „Offenkundig existiert eine Solidarität der Belegschaften auf Konzernebene, die weniger an Berufsgruppen oder branchenspezifischen Kriterien orientiert ist." (7) Die Richtigkeit dieser These zeigte sich bei dem VW-Streik. Zugleich zeigte sich hier die Bedeutung vorhergehender Kontaktaufnahme und Kommunikation. Als ein wichtiges Kommunikationsmittel der weit voneinander entfernt streikenden Belegschaften des VW-Konzerns spielte die DKP-Betriebszeitung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das galt allgemein für die DKP-Betriebszeitungen, wobei diese für das Gelingen der Aktion oft wesentliche Rolle von vielen Streikenden wahrgenommen und akzeptiert wurde, ohne daß damit von selbst ein Näherrücken an eine kommunistische Position verbunden war. Die Bedeutung des Aufbaus eines Gegensystems der Kommunikation durch die Belegschaft gegen das dem Kapital unterworfene betriebliche Kommunikationssystem stellte sich erneut besonders bei den betrieblichen Streiks. (Bei den Ausständen im Rahmen von Tarifbewegungen stellt sich das Problem zwar auch, aber es existiert dann in der Regel ein dafür eigens gebildeter Apparat, dessen Funktionäre im allgemeinen verschiedenartige Erfahrungen aus anderen Arbeitskämpfen mit sich bringen). Die Belegschaften lösten das Problem auf verschiedene Weise. Die „faktische Betriebsbesetzung" treffen wir wieder, daneben entwickeln sich neue Formen, etwa bei der Vulkan-Werft ist es die tägliche Abstimmung über den Fortgang des Streiks, zu der sich die Belegschaft versammelt und wo sie zugleich alle anstehenden Fragen und Probleme öffentlich behandelt. Bei solchen Belegschaften, die sich durch längere Kampferfahrung auszeichnen, schlägt sich das, wie die Bewegungen zeigten, nicht nur in einer Erhöhung der Kampfbereitschaft, sondern auch in einer größeren Sicherheit und einem höheren Maß an Phantasie in der Entwicklung angemessener Kampfformen nieder („Besetzung" der Bänder bei Mannesmann z.B.). Schließlich ist hervorzuheben, daß im Gegensatz zum September 1969 die Arbeiterjugend in einer Reihe von Fällen (auch z.B. bei VW) eine besondere Rolle spielt.

4. Die Erfahrungen der Druck-Industrie und der chemischen Industrie von Rheinland-Pfalz beweisen, daß eine intensive Vertrauensleutearbeit und insbesondere die aktive Vorbereitung der Tarifrunde durch das Aufstellen betrieblicher Forderungen und die Diskussion der Forderungen mit den Belegschaftsangehörigen Voraussetzungen schaffen, um bisher kampfunerfahrene Belegschaften zu mobilisieren. Ein Vergleich der Arbeit der IG Chemie bei der BASF und bei den Farbwerken Hoechst verdeutlicht dies besonders. Bei der BASF entwickelten die Vertrauensleute frühzeitig eine betriebsnahe Forderung (+ 15 %) und verlangten nach der Reduzierung dieser Forderung durch die Tarifkommission auf 12 Prozent auf einer Vertrauensleuteversammlung die uneingeschränkte Durchsetzung der 12 Prozent. Bei den Farbwerken wurde dagegen der Vertrauensleutekörper entgegen den Beschlüssen des Gewerkschaftstages nicht an der Formulierung der Forderungen beteiligt. Im Werk fanden faktisch nur zwei Veranstaltungen zur Tarifrunde statt, an der sich nur ca. 100 Kollegen beteiligten; bei der BASF demonstrierten dagegen mehrfach 10 000 Chemiearbeiter für die 12 Prozent.

5. Die Mitgliederentwicklung der IG Druck und Papier wiederholt die alte Erfahrung, daß Kampfaktionen und -erfahrungen bei Unorganisierten die Erkenntnis der Notwendigkeit,

7 Vgl. Jung, Schleifstein, Steinhaus: DIE SEPTEMBERSTREIKS 1969, Hrsg. v. IMSF, Köln 1970, S. 247.

sich gewerkschaftlich zu organisieren nachdrücklich vorantreiben und damit auch zu einer unmittelbaren Stärkung der Gewerkschaft führen. 1972 hatte die IG Druck und Papier um rund 2 500 Mitglieder zugenommen; während der Tarifrunde wurden allein im Bezirk München und im Landesbezirk Hessen über 1 500 neue Mitglieder aufgenommen.

6. Innerhalb der Gewerkschaften ist es im Anschluß an jene Abschlüsse, die den Lohnleitlinien entsprachen und damit Reallohnsenkung bedeuteten, zu heftiger Kritik an der Politik der Gewerkschaftsvorstände gekommen. Auf einer Funktionärsversammlung der IG Metall in Köln, an der sich 1 500 Betriebsräte und Vertrauensleute beteiligten, wurden beispielsweise Forderungen nach betriebsnaher Tarifpolitik, nach Absicherung übertariflicher Lohn- und Gehaltsbestandteile und nach einheitlichen Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte beschlossen. Die Kollegen forderten weiterhin unter dem Eindruck der Preissteigerungen den Einbau von Preisgleitklauseln in die Tarifverträge. Um die Schere zwischen niedrigen und hohen Lohngruppen nicht noch weiter zu öffnen, sollten in Zukunft Festbeträge durchgesetzt werden. Schließlich wurde gefordert, daß künftig alle ohne Mitwirkung der Betriebsbelegschaften zustandegekommenen Tarifverträge den Gewerkschaftsmitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden müßten.

Diese Beschlüsse befinden sich in Übereinstimmung mit den Forderungen, wie sie in den letzten Monaten und Wochen von Vertrauensleutevollversammlungen zahlreicher Betriebe erhoben worden sind, die insgesamt auf „Entfristung" der Tarifverträge drängen und die Gewerkschaftsvorstände zum Nachverhandeln auffordern. Die sich häufenden Aktionen für Teuerungszuschläge beweisen, daß diese Forderungen zusehends an Popularität gewinnen. Sie beweisen zugleich die Notwendigkeit politisch und organisatorisch starker, ausschließlich an den Arbeiterinteressen orientierter Gewerkschaften.

Die Bewegung für Teuerungszuschläge in der BRD stellt auch dem subjektiven Faktor, den Organen und vor allem den Betriebsgruppen der Deutschen Kommunistischen Partei komplizierte Aufgaben. Die auch nicht immer leicht zu erfüllenden aber sofort erkennbaren Aufgaben wie: Unterstützung der Bewegung durch so häufiges Erscheinen der Betriebszeitung wie irgend möglich, sorgfältige Informationen, an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiertes Auftreten in allen betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien usw. verzehren in der Regel fast die gesamte Kraft. Aber zugleich bietet die gegenwärtige Situation Möglichkeiten, an den sich gerade besonders vehement über die schwächsten Gruppen ergießenden Teuerungswellen den inhumanen Gesamtzug des kapitalistischen Wirtschaftssystems und an der engen Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Monopolverbänden in Sachen „Stabilitätspolitik" den Klassencharakter des Staates der Bundesrepublik zu verdeutlichen. Diese Möglichkeiten zu nutzen, das Bewußtsein der Klasse zu bilden und zu entwickeln stellt eine der Voraussetzungen der Höherentwicklung der praktischen Kampfkraft dar.

André Leisewitz / Wanja von Heiseler

Ökonomische Gesetze des Sozialismus

In unserem Nachbarstaat DDR werden seit einiger Zeit verstärkt Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung diskutiert, wobei den Problemen der sozialistischen Ökonomik besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dieser Diskussionsprozeß, der in direktem Zusammenhang mit den sich seit Anfang der siebziger Jahre vollziehenden gesellschaftlichen Prozessen, der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft steht, ist nicht abgeschlossen. Im folgenden soll versucht werden, den Forschungsstand der politischen Ökonomie des Sozialismus anhand einiger wesentlicher Probleme wiederzugeben.

Zugleich soll die Differenz zu bürgerlichen „Experten", die, wie Marx schrieb, „alle historischen Unterschiede verwischen und in allen Gesellschaftsformen die bürgerlichen sehen" (1), deutlich werden. Verwischen der historischen Unterschiede, Erklärung der sozialistischen Gesellschaft mit den aus der Analyse des Kapitalismus erborgten Kategorien, das ist auch die Methode scheinbar sich auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus berufender westdeutscher und westberliner Linker. Soweit von ihnen überhaupt die ökonomische Basis des Sozialismus als wesentlicher Ausgangspunkt der Analyse angesehen wird, erfreut sich die „Untersuchung" der sozialistischen Gesellschaft mit Hilfe der Kategorien Ware und Markt, wie sie der Analyse des Kapitalismus entlehnt und schematisch übertragen werden, großer Beliebtheit, womit das als Untersuchungsergebnis ausgegeben wird, was von vornherein unterstellt war. Die Beweiskraft solcher Theorien besteht dann letztlich auch nur in der erneuten Klarstellung der geistigen Verwandtschaft mit der "ganz normalen Ostforschung".

Dagegen soll nachfolgend aufgezeigt werden, wie die Gesellschaftswissenschaftler der DDR die sozialistische Realität untersuchen. Dazu werden in starkem Maße sowjetische Publikationen berücksichtigt, was sich nicht nur durch die fortgeschrittenere gesellschaftliche Entwicklung in der UdSSR begründet, sondern auch dadurch, daß die Entwicklung des Sozialismus immer mehr internationalen Charakter annimmt.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß zum Verständnis der sozialistischen Gesellschaft die Ökonomie zwar bestimmender gesellschaftlicher Bereich ist, sie selbst jedoch immer in Zusammenhang, der Wechselwirkung mit den anderen Bereichen, der Entwicklung der Klassen und Klassenbeziehungen, der politischen Organisation und der Bewußtseinsentwicklung verstanden werden muß. Das spiegelt sich auch in der allseitigen Gestaltung des Wissenschaftssystems in den sozialistischen Ländern wider.

In diesem Bericht über neuere Forschungen und Diskussionen von Gesellschaftswissen-

schaftlern aus der UdSSR und der DDR wird vor allem auf folgende in der wissenschaftlichen Diskussion zentrale Bereiche eingegangen:

- der historische Platz des Sozialismus und die Gesellschaftsformation des Sozialismus/Kommunismus;
- die historische Herausbildung des sozialistischen Eigentums und der ökonomische Inhalt des Eigentumsbegriffs;
- der objektive Charakter und die Materialität der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie
- das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.

Bestimmung des historischen Platzes des Sozialismus

Wie für die Untersuchung aller Teilbereiche einer Gesellschaft, ist zur Analyse der – die anderen Bereiche bestimmenden – ökonomischen Verhältnisse die Erkenntnis des historischen Platzes der zu untersuchenden Gesellschaft *Voraussetzung*. „Die Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation ist der Schlüssel für eine wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse." (2) Sie „stellt ein System sozialer Erscheinungen und Verhältnisse in ihrer organischen Einheit und Wechselwirkung dar, das sich nach seinen spezifischen Gesetzen entwickelt." (3)

Karl Marx unterschied „asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation . . . Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses . . . Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab." (4) Erst die Verallgemeinerung der Zustände in den verschiedenen Ländern durch Analyse der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, schreibt Lenin, und ihre Zusammenfassung „zu dem Grundbegriff der Gesellschaftsformation . . . bot dann die Möglichkeit, von der Beschreibung der gesellschaftlichen Erscheinungen (und ihrer Beurteilung vom Standpunkt des Ideals) zu ihrer streng wissenschaftlichen Analyse überzugehen." (5)

Bei Betrachtung der ökonomischen Gesellschaftsformationen als qualitativ unterschiedene Entwicklungsstufen der menschlichen Geschichte ist außer dem strukturellen ihr Entwicklungsaspekt zu beachten: Es sind sich zur Totalität, zu einer Ganzheit entwickelnde Systeme. Das beschreibt Karl Marx am Beispiel der kapitalistischen Gesellschaft. „Dies

1 K. Marx: "Einleitung" (zur Kritik der politischen Ökonomie). In: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE (Rohentwurf), Frankfurt/Main-Wien, o.J., S. 26.
2 G. Brendler/W. Küttler: "Die Einheit von Sozialismus und Kommunismus und die historische Analyse ökonomischer Gesellschaftsformationen"; in: ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT (ZFG), Heft 1/1973, S. 7.
3 Ebenda, S. 12.
4 K. Marx: "Zur Kritik der politischen Ökonomie" (Vorwort); in: MEW 13, S. 9. Vgl. auch GRUNDRISSE ..., a.a.O., S. 75.
5 W.I. Lenin: "Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?"; in: WERKE, Bd. 1, S. 131.

organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben (darin), alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen." (6)

Voraussetzung der Analyse der sozialistischen Gesellschaft – einschließlich ihrer ökonomischen Grundlagen – ist die Erkenntnis, daß erstens die neue Formation erst dann beginnt, „wenn sich die Gesellschaft *als Ganzes* nach" der ihrem grundsätzlichen gesellschaftlichen Verhältnis „entsprechenden Entwicklungstendenz zu bewegen beginnt" (7), und zweitens, daß die kommunistische ökonomische Gesellschaftsformation in die Entwicklungsphase des Sozialismus und die des reifen Kommunismus zerfällt. In diesem Sinn schreibt das Autorenkollektiv unter Leitung von Zagalow, daß die Übergangsperiode bis zum vollen Sieg des Sozialismus dauert. In ihr „wird eine neue gesellschaftliche Produktionsweise geschaffen." (8) Der Sozialismus ist dadurch charakterisiert, daß er nur die erste Phase der neuen, der kommunistischen Produktionsweise beinhaltet. „Indem sich der Sozialismus entwickelt und vervollkommnet, wird er zum Kommunismus. Seinem Wesen nach ist der Sozialismus nichts anderes als unvollständiger Kommunismus." (9)

Diese Feststellung ist entscheidend für die wissenschaftliche Untersuchung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus. Konkret stellen Zagalow u.a. die Besonderheiten des Sozialismus ausgehend von den materiellen Bedingungen, der Produktion, dar: „Die Analyse ergibt ferner, daß der Sozialismus ungeachtet der beträchtlichen Unterschiede gegenüber dem Kommunismus keine besondere Produktionsweise ist. Diese These stützt sich auf die Auffassung, daß eine Produktionsweise eine Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen darstellt.

Die gesamte Menschheitsgeschichte lehrt uns, daß sich eine jede Produktionsweise nicht nur durch den besonderen Charakter der Produktionsverhältnisse auszeichnet, sondern auch durch den besonderen Charakter und das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte." (11) „Der Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Produktionsweise ist dadurch gekennzeichnet, daß die Produktivkräfte relativ unentwickelt sind. Ihnen entspricht ein System nicht voll entwickelter kommunistischer Produktionsverhältnisse. Der Hauptinhalt des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus ist somit die Entwicklung der Produktivkräfte. Auf dieser Grundlage und damit im Zusammenhang kommt es zu einer Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse." (12)

6 GRUNDRISSE ..., a.a.O., S. 189. In bezug auf die Entwicklung der den Kapitalismus ablösenden Gesellschaftsformation sei an die berühmte Stelle in der "Deutschen Ideologie" erinnert: "Der Kommunsimus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (K. Marx/F. Engels; in: MEW, Bd. 3, S. 35).
7 Brendler/Küttler, a.a.O., S. 23.
8 Zagalow u.a.: LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE. SOZIALISMUS. Berlin: Dietz-Verlag 1972 und Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter 1972, S. 97.
9 Ebenda, S. 106.
10 Entfällt.
11 Zagalow u.a., a.a.O., S. 564.
12 Ebenda, S. 567.

In ähnlicher Weise betont Nick den Entwicklungsaspekt des Sozialismus. „Wenn gesagt wird, die reife sozialistische Gesellschaft entwickele sich auf den von ihr selbst hervorgebrachten Grundlagen, so gilt das uneingeschränkt für die politischen und für die ökonomischen Verhältnisse, nicht aber in gleicher Weise für die materiell-technischen Bedingungen und das Bewußtsein der Menschen. Es ist, wie die Erfahrung lehrt, außerordentlich wichtig, dieses in der praktischen Politik zu berücksichtigen." (13)

Auch die Erkenntnisse der politischen Ökonomie des Sozialismus haben einen inneren Bezug zur Entwicklung des Gesamtzusammenhanges der gesellschaftlichen Teilbereiche, d.h. sie sind abhängig von dem erreichten Entwicklungsgrad der Gesellschaft. „In der Sowjetunion war die entwickelte sozialistische Gesellschaft etwa in den sechziger Jahren errichtet. In anderen sozialistischen Ländern, darunter in der DDR, wurde erst in den sechziger Jahren mit dem Aufbau des entwickelten Sozialismus begonnen. In der DDR hatten erst zu Beginn der sechziger Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse in den entscheidenden Bereichen der Wirtschaft gesiegt. Das bedeutet aber praktisch, daß erst zu diesem Zeitpunkt in der DDR die objektiven Bedingungen für das volle, uneingeschränkte Wirken aller ökonomischen Gesetze des Sozialismus entstanden." (14)

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß nur bei Beachtung der Zusammengehörigkeit von erster und zweiter Phase die sozialistische Realität adäquat widergespiegelt werden kann. „Sozialismus und Kommunismus sind verschiedene Reifestufen der neuen sozialökonomischen Formation." (15) In der Feststellung des Gemeinsamen liegt auch die Spezifik des Sozialismus als unvollständiger Kommunismus begründet.

Exkurs: Herausbildung des sozialistischen Eigentums

Die kommunistische Gesellschaftsformation in ihren beiden Phasen kann nicht – wie z.B. die kapitalistische – im Schoß der alten Gesellschaft entstehen. „Ihre Elemente und Bestandteile sind für den Kapitalismus nicht mehr integrierbar, wenn auch das höchste Stadium des Kapitalismus, der Imperialismus, objektiv den Sozialismus durch die rasch fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion vorbereitet." (16) Daraus resultiert der entscheidende Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Revolution: Da die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sich als Wirtschaftsformen im Schoße des Feudalismus entwickelten, bedeutete die bürgerliche Revolution Abschluß der Eroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie. Die sozialistische Revolution ist dagegen der Beginn der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat mit dem Ziel der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Dieser revolutionäre Prozeß – einerseits Beseitigung der ökonomischen Herrschaft der Bourgeoisie und andererseits Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus – ist wesentlicher Inhalt und für alle Länder geltende Gesetzmäßigkeit der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. „In der Übergangsperiode lag der Schwerpunkt der sozialistischen Umgestaltungen auf den Eigentumsverhältnissen . . . Ohne grundlegende Veränderung im Eigentumsbereich wäre es nicht möglich gewesen, die andern Seiten der ökonomischen Verhältnisse – die gesellschaftliche Organisation der Arbeit und die Verteilung – zu verändern." (17)

Die Übergangsperiode ist – wie überhaupt der Übergang von einer Gesellschaftsformation zur anderen – gekennzeichnet durch „ein Nebeneinander sozial-ökonomisch heterogener Elemente, die zwar trotz aller widerstreitenden Tendenzen ein System, aber keine eigene Formation bilden." (18) Sie vereinigt „in sich Merkmale und Eigenschaften beider Produktionsweisen" (19), die sich konkret in einem Nebeneinanderbestehen von mehreren Wirtschaftsformen darstellen: dem sozialistischen Sektor, der kleinen Warenproduktion und dem privatkapitalistischen Sektor. (20) „Die Schaffung der ökonomischen Basis des Sozialismus beginnt mit dem Übergang der Staatsmacht in die Hände der Werktätigen mit der Arbeiterklasse an der Spitze und wird durch die Umgestaltung der kleinen Warenproduktion und des kapitalistischen Sektors abgeschlossen." (21) In der DDR war diese Entwicklung Anfang der sechziger Jahre erreicht: „Die sozialistischen Produktionsverhältnisse hatten sich in der gesamten Volkswirtschaft durchgesetzt." (22)

Ökonomischer Inhalt des Eigentumsbegriffs

Ökonomische Grundlage des Sozialismus – der ersten Phase der neuen Formation – „ist das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in allen Wirtschaftszweigen." (23) In Abhängigkeit von der Entwicklungsstufe der Produktion existiert das sozialistische Eigentum in zwei Formen, als staatliches und als genossenschaftliches Eigentum (24), das seinerseits nur durch die führende Rolle des staatlichen Eigentums sozialistische Eigentumsform ist. (25) Subjekt des staatlichen Eigentums ist der sozialistische Staat; des

13 H. Nick: „Zum historischen Platz und zu den Grundaufgaben der entwickelten sozialistischen Gesellschaft"; in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT (WW), Heft 10/1972, S. 1462.
14 O. Reinhold: "Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Wirtschaftspolitik"; in: WW 10/1972, S. 1442, 1443.
15 Fedossejew u.a.: WISSENSCHAFTLICHER KOMMUNISMUS. Berlin 1972, S. 271.
16 Brendler/Küttler, a.a.O., S. 22.
17 Fedossejew u.a., a.a.O., S. 369.
18 Brendler/Küttler, a.a.O., S. 24.
19 Gleserman: DER HISTORISCHE MATERIALISMUS UND DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT. Berlin 1973, S. 31. Gemeint sind kapitalistische und kommunistische Produktionsweise. Zum nichtkapitalistischen Weg vgl. z.B.: Zagalow u.a., a.a.O., S. 86 f.
20 Vgl. z.B.: Zagalow u.a., a.a.O., S. 53, 54.
21 Ebenda, S. 56.
22 Harrer/Jung: "Das ökonomische System in der BRD und der DDR"; in: BRD – DDR SYSTEMVERGLEICH. Köln 1971, S. 75.
23 Fedossejew u.a., a.a.O., S. 276.
24 Vgl. dazu ebenda, S. 277. Von nationalen Besonderheiten ist hier abgesehen, die allgemeinen Entwicklungstendenzen und Gesetzmäßigkeiten interessieren, die den Sozialismus als für alle Länder notwendige Phase, als "planmäßige Herausbildung eines einheitlichen sozialen Organismus" charakterisieren. (Reinhold: "Der historische Platz der entwickelten sozialistischen Gesellschaft"; in: EINHEIT, Heft 11/1972, S. 1468).
25 Vgl. Rumjanzew u.a.: POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS. Berlin 1973, S. 117.

genossenschaftlichen Eigentums das jeweilige Kollektiv der Werktätigen. Das besitzende Subjekt verfügt über das ihm gehörende Eigentum und entscheidet über dessen Nutzung, wobei die Eigentumsobjekte des Staates auf staatliche Betriebe bzw. Einrichtungen aufgeteilt werden. (26) „Das gesellschaftliche Eigentum vereint ökonomisch alle Werktätigen als gleichberechtigte Eigentümer und Teilnehmer an der Produktion, die unmittelbar für die Gesellschaft arbeiten." (27) Einzig und allein davon ausgehend „kann das Wesen des gesamtgesellschaftlichen Volkseigentums erfaßt werden." (28)

Das sind – auf der Ebene der Rechtsbeziehungen in Bezug auf die Objekte der Produktion – entscheidende Unterschiede zum Privateigentum an Produktionsmitteln in der kapitalistischen Gesellschaft. Aber gerade in Anerkennung des notwendigen historischen Prozesses der Herausbildung des sozialistischen Eigentums, sowie seiner Erscheinungsformen im Sozialismus, ist es die Aufgabe der politischen Ökonomie des Sozialismus, diejenigen ökonomischen Beziehungen aufzudecken, die die materielle Grundlage der Rechtsverhältnisse bilden. (29) Denn „die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln im von der Arbeiterklasse geführten revolutionären Kampf der werktätigen Massen ist . . . nur die eine Seite dieses historischen Prozesses . . . Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis . . . bedeutet nicht einfache Inbesitznahme der Produktionsmittel und der Resultate der Produktion im juristischen, sondern die gesellschaftlichen Beziehungen im Produktionsprozeß im ökonomischen Sinne." (30)

In Abhängigkeit von der Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Wirklichkeit, d.h. der immer uneingeschränkter wirkenden sozialistischen Produktionsverhältnisse, wird die Analyse des Eigentums sowohl möglich, als auch zu einer objektiven Notwendigkeit für die gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung. Die Fragestellung nach der materialistischen Auffassung von den Eigentumsverhältnissen „wird zu einem realen Erfordernis im Erkenntnisprozeß der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus, wenn dieser ein bestimmtes Stadium seiner Reife erreicht hat. Dann ist eine Widerspiegelung nicht mehr nur in Form allgemeinster Vorstellungen erforderlich, die offensichtliche historische und wirtschaftliche Prozesse wiedergeben, sondern eine Widerspiegelung in Form von Begriffen, d.h. als logische Reproduktion." (31)

Grundsätzlich anerkannt wird in der derzeitigen Diskussion die Notwendigkeit der analytischen Trennung der ökonomischen Verhältnisse von den politisch-rechtlichen. Auch darin, daß das Eigentum aus den ökonomischen, materiellen Verhältnissen zwischen den Menschen entwickelt werden muß, sind die Autoren prinzipiell einer Meinung. Denn

26 Vgl. Zagalow u.a., a.a.O., S. 108 f.
27 Fedossejew u.a., a.a.O., S. 277.
28 J. Becher: "Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln"; in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE (DZfPh), Heft 11/1972, S. 1364.
29 Andererseits zeigt sich gerade in der (mehr oder weniger bewußten) Trennung des Eigentumsbegriffs von den materiellen Produktionsverhältnissen, wie sie von bürgerlichen Theoretikern (einschließlich der rechts- und "links"revisionistischen) vorgenommen wird, ihr prinzipiell unwissenschaftliches Vorgehen bei der Erklärung der den Kapitalismus ablösenden neuen Gesellschaftsformation. Vgl. dazu Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 116 f.
30 J. Rittershaus: "Eigentum verpflichtet"; in: EINHEIT, Heft 5/1973, S. 515.
31 A.K. Pokrytan: PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE UND ÖKONOMISCHE GESETZE DES SOZIALISMUS. Berlin 1973, S. 29.

- erstens ist „das Eigentum an Produktionsmitteln stets an die Beziehungen der Menschen untereinander auf der Basis der Produktion gebunden . . ." (32) Es ist kein Verhältnis Mensch-Sache; was rechtlich „als Beziehung zwischen Mensch und Sache . . . erscheint . . . , ist seinem ökonomischen Wesen nach Beziehung zwischen Menschen, ist gesellschaftliches Verhältnis . . ." (33);
- zweitens stimmt „der marxistische Eigentumsbegriff . . . mit dem Begriff des Aneignens der Produktionsmittel *im* – nicht nach dem – Produktionsprozeß überein. Die Aneignung ist eine Kategorie der Produktion und nicht der Verteilung" (34);
- wenn drittens das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln historisch notwendige Voraussetzung für die sozialistische Produktion ist, so ist es doch „sowohl seiner stofflichen Objekte (ihrer Gesamtzahl und ihrer Struktur) als auch hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Form . . . Ergebnis des Reproduktionsprozesses der Produkte und der Produktionsverhältnisse." Die Umwandlung in Volkseigentum durch den Akt der Enteignung läßt sich nicht verewigen: „Die Produktionsmittel und Konsumgüter verlieren letztlich vollständig ihre körperliche Gestalt, indem sie im Prozeß der realen Nutzung ihren Gebrauchswert verlieren, und sie müssen durch neue ersetzt werden. Eben das wird im Ergebnis der Reproduktion erreicht." Auch die „Zunahme des staatlichen Vermögens (durch erweiterte Reproduktion – W.W.) ist wiederum nicht einfach die Folge der Tatsache, daß der Staat Eigentümer von Produktionsmitteln ist, sondern Ergebnis der ganzen Gesamtheit von Verhältnissen in der Produktion, der Verteilung und im Austausch." Aus der Betrachtung als Reproduktionsprozeß folgt, daß „das staatliche Eigentum ausgehend von der Produktion erklärt werden (muß), und nicht umgekehrt." (35) Ähnlich verhält es sich mit dem genossenschaftlichen Eigentum. Abgesehen davon, daß sein Subjekt das genossenschaftliche Kollektiv ist, hat es sich wie das staatliche Eigentum in das Ergebnis der Produktion verwandelt (36);
- schließlich ist im Sozialismus auch „das persönliche Eigentum unlösbar mit dem gesellschaftlichen Eigentum verbunden, ist von ihm in dem Sinne abgeleitet, daß die Menschen die überwiegende Masse der Konsumtionsmittel für Geld kauften, das eben in der gesellschaftlichen Wirtschaft verdient wurde." (37) Ohne Analyse der Produktionsverhältnisse „kann über das persönliche Eigentum nichts anderes gesagt werden, als wer seine Objekte und seine Subjekte sind. Das aber ist nicht Aufgabe der politischen Ökonomie, sondern der Jurisprudenz." (38)

Die Formen des Eigentums im Sozialismus zusammenfassend, bemerken Zagalow u.a., daß „die Produktionsverhältnisse des Sozialismus in drei juristischen Formen . . . zum Ausdruck (kommen): im staatlichen, genossenschaftlichen und persönlichen Eigentum. Die Erkenntnis des ökonomischen Inhalts dieser Eigentumsformen setzt jedoch voraus,

32 H. Luft: "Sozialistisches Eigentum an den Produktionsmitteln und sozialistische Produktionsverhältnisse"; in: WW 9/1972, S. 1298.
33 Becher, a.a.O., S. 1363.
34 Ebenda, S. 1363.
35 Zagalow u.a., a.a.O., S. 109, 110. Vgl. auch Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 92.
36 Vgl. Zagalow u.a., a.a.O., S. 110.
37 Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 103. In der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion existiert noch persönliches Eigentum in der Nebenwirtschaft der Genossenschaftsbauern, zu der noch einfache Produktionsmittel gehören. Vgl. dazu Becher, a.a.O., S. 1370, Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 104.
38 Zagalow u.a., a.a.O., S. 114.

daß das gesamte System der sozialistischen Produktionsverhältnisse untersucht wird."(39)

Unter den Gesellschaftswissenschaftlern existieren allerdings zwei unterschiedliche Konzeptionen, die sich auf das jeweilige Verständnis von dem Verhältnis der Produktion zu den anderen Phasen des Reproduktionsprozesses reduzieren lassen. Einmal wird die Auffassung vertreten, daß die Eigentumsverhältnisse ein besonderer Bestandteil im System der Produktionsverhältnisse sind; andere Autoren sind dagegen der Ansicht, der ökonomische Inhalt des Eigentums sei das System der sozialistischen Produktionsverhältnisse insgesamt.

Die erste theoretische Position sieht im sozialistischen Eigentum an Produktionsmitteln „das entscheidende und bestimmende Element der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse." (40) Es wird betont, daß das Eigentum ein von den anderen unterschiedenes Produktionsverhältnis ist, und zwar „ein ökonomisches Verhältnis zwischen Menschen bezüglich der Aneignung von Sachen." Würde man das Eigentum mit den Verhältnissen im gesamten Reproduktionsprozeß, also der Produktion, der Verteilung, dem Austausch und der Konsumtion materieller Güter gleichsetzen, so würden nach Ansicht der Autoren dieser Gruppe die Elemente im System der Produktionsverhältnisse unberücksichtigt bleiben, „die nicht direkt mit der Aneignung von Sachen verbunden sind. Zu den letzteren gehören in der sozialistischen Gesellschaft zum Beispiel die Verhältnisse kameradschaftlicher, gegenseitiger Hilfe zwischen den Menschen und den Produktionskollektiven in der Arbeit, beim Erfahrungsaustausch und im Wettbewerb. Das Eigentum ist folglich das entscheidende, aber durchaus nicht das einzige Element der ökonomischen Basis der Gesellschaft." (41) In Anlehnung an das sowjetische Autorenkollektiv unter Leitung von G.A. Koslow schreibt Luft, „daß das Eigentum an den Produktionsmitteln vielmehr alle Seiten der Produktionsverhältnisse gewissermaßen als ihr inneres Band zu einem einheitlichen System vereinigt, und ihm historische Bestimmtheit verleiht, wobei sein ökonomischer Inhalt eben als bestimmte Form der Aneignung am vollständigsten in der Gesamtheit aller Produktionsverhältnisse erscheint." Luft folgert, daß sich „aus dieser Tatsache . . . nur die Stellung des Eigentums an den Produktionsmitteln als Grundlage der Produktionsverhältnisse (ergibt), nicht aber die Identität beider Begriffe." (42)

Dieser Konzeption halten die Autoren der zweiten Gruppe entgegen, daß „das Eigentum . . . in erster Linie ein inneres Moment des Reproduktionsprozesses" sei und nur in seiner Bewegung (Realisierung) verstanden werden könne. Eigentumsverhältnisse sind der „juristische Ausdruck der Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit." (43)

Zagalow u.a. sehen z.B. in der Reproduktion der Arbeitskraft – also der Reproduktion von Konsumtionsmitteln – eine notwendige Bedingung der Produktionsmittel als tatsächlich ein Produkt erzeugende Mittel. „Das bedeutet: Ohne das Eigentum an den Produktionsmitteln mit dem Eigentum an den für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Gegenständen in Verbindung zu bringen, kann der ökonomische Inhalt des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht im einzelnen bestimmt werden." (44)

Nach Auffassung Pokrytans hat die These vom Eigentum an Produktionsmitteln als „selbständiges konstituierendes Element im System der Produktionsverhältnisse . . ., das die Grundlage der gesamten ökonomischen Ordnung der sozialistischen Gesellschaft bildet . . . eine durchaus reale historische und faktische Grundlage." (45) Er wendet aber ein, daß bei Charakterisierung der „besondere(n) Bedeutung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln sowohl vom Standpunkt der historischen Genesis der sozialistischen Produktionsverhältnisse als auch vom Standpunkt des gegenwärtigen Zustands" uns die Grundlagen entzogen sind, „den Platz des sozialistischen Eigentums im System der gesellschaftlichen Beziehungen zu bestimmen, und zwar besonders im System der ökonomischen Struktur der sozialistischen Gesellschaft." Vielmehr bedeute „Erklärung des ökonomischen Inhalts des Eigentums aus der Materialität der Produktionsverhältnisse . . . deren Betrachtung nicht als besondere selbständige Beziehungen im System der Produktionsverhältnisse, sondern als das System selbst, d.h. als die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die die Beziehungen der Produktion, der Verteilung, des Austausches und der Konsumtion umfaßt." (46)

„Wenn wir versuchen würden", argumentiert er weiter, „die Eigentumsverhältnisse als besonderes Element im System der Produktionsverhältnisse zu untersuchen, wären wir nicht in der Lage zu abstrahieren, was in diesen Beziehungen materiell ist und was ideologisch." (47) Das würde in letzter Konsequenz „zur Untersuchung des Eigentums als juristische Beziehung führen." (48)

Der objektive Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus

Forschungsgegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus (49) sind die sozialistischen Produktionsverhältnisse, d.h. die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen in

39 Ebenda.
40 A. Lemmnitz: GEGENSTAND UND METHODE DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE. Berlin 1972, S. 50.
41 Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 91.
42 Luft, a.a.O., S. 1299.
43 Becher, a.a.O., S. 1363, 1364.
44 Zagalow u.a., a.a.O., S. 113.
45 Pokrytan, a.a.O., S. 18, 19.
46 Ebenda, S. 20, 21.
47 Ebenda, S. 28.
48 Ebenda, S. 21.
49 Es muß darauf hingewiesen werden, daß von den Gesellschaftswissenschaftlern der sozialistischen Länder Probleme diskutiert werden, die sich aus dem Zusammenhang von politischer Ökonomie als Wissenschaft im weitern (Gegenstand sind die Produktionsverhältnisse aller ökonomischen Gesellschaftsformationen) und im engeren Sinne diskutiert werden. Im Rahmen dieser Darstellung wird hiervon ebenso abgesehen, wie von der Problematik, inwiefern die Einheit und Wechselwirkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit einerseits den Produktivkräften und andererseits dem politischen Überbau auch in der Gegenstandsbestimmung berücksichtigt werden muß. Vgl. B. Gransow: "Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus"; in: SOPO 22/1973, S. 89 ff. sowie E. Schmidt/W. Schmidt: "Rezension von Autorenkollektiv: Lehrbuch Politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen"; in: WW 6/1973, S. 923 f.

der materiellen Produktion. „Ihr Gegenstand ist keineswegs, wie häufig gesagt wird, 'die Produktion materieller Werte' (das ist Gegenstand der Technologie), sondern ihr Gegenstand sind die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen in der Produktion." (50) Durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse werden die ökonomischen Gesetze, die bestimmte ihrer Seiten, Wesenszüge ausdrücken, hervorgebracht. Daraus folgt einerseits, daß Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze nicht gleichgesetzt werden können. Während die Produktionsverhältnisse sich durch die „Gesamtheit ihrer inneren und äußeren Zusammenhänge, . . . ihre vielfältigen und mannigfaltigen Erscheinungen" darstellen, kann „ . . . nicht jeder beliebige Zusammenhang im ökonomischen Prozeß . . . als ökonomisches Gesetz bezeichnet werden. 'Die Erscheinung ist *reicher* als das Gesetz', schrieb Lenin, 'das Gesetz ist die wesentliche Erscheinung, . . . das Dauerhafte (Bleibende) in der Erscheinung'." (51) Andererseits ist zu betonen, daß auch die Gesetze der politischen Ökonomie des Sozialismus vom Marxismus-Leninismus niemals als Produkte des „reinen Verstandes" begriffen werden, sondern daß sie Ausdruck der real existierenden Beziehungen, der sozialistischen Wirklichkeit sind. „Deshalb", schreibt Pokrytan, „ist ein Studium der Gesetze außerhalb der Erforschung der Produktionsverhältnisse selbst undenkbar. Gerade die letzteren bilden mit den ihnen eigenen inneren Beziehungen und Abhängigkeiten den Gegenstand der ökonomischen Theorie. Außerhalb der real vor sich gehenden ökonomischen Prozesse gibt es keinerlei Gesetze." (52)

Ökonomische Gesetze besitzen objektiven Charakter, d.h. sie sind unabhängig von Wunsch und Willen der Menschen, auf deren Handeln sie beruhen. Karl Marx bezeichnet die ökonomischen Gesetze als „aus der Produktion selbst hervorgehende Formen, die von Willen, Politik usw. unabhängig sind. Es sind materielle Gesetze . . . " (53) In den verschiedenen Publikationen wird die praktische und methodologische Bedeutung der Anerkennung der Objektivität und Materialität der Produktionsverhältnisse und der ökonomischen Gesetze des Sozialismus betont: Der Marxismus-Leninismus versteht unter „Materialität der ökonomischen Gesetze, daß diese allgemeinen, notwendigen und wesentlichen Zusammenhänge *primär,* ursprünglich gegenüber dem Bewußtsein sind." (54)

Auch durch die Notwendigkeit der bewußten Planung und Leitung der sozialistischen Gesellschaft – bedingt durch den Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse – „verlieren die ökonomischen Gesetze nicht ihren objektiven Charakter. Wie schon in allen vorausgegangenen Gesellschaften existieren die ökonomischen Gesetze auch im Sozialismus unabhängig von Wunsch und Willen der Menschen, sie sind objektiv." (55) Dieser Sachverhalt wird von dem Autorenkollektiv unter Leitung von G.A. Koslow folgendermaßen charakterisiert: „Der Entwicklungsprozeß des Sozialismus ist ebenfalls ein

50 Lenin, WERKE, Bd. 2, S. 198. Vgl. auch Engels: MEW 13, S. 476.
51 J. Ullrich: "Sowjetische Gesellschaftswissenschaftler zum objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und zu deren bewußter Ausnutzung durch die Wirtschaftsleitung"; in: WW 5/1973, S. 672, 673. (Lenin: WERKE, Bd. 38, S. 141, 142).
52 Pokrytan, a.a.O., S. 42.
53 MEW 26.1, S. 12.
54 G. Schulz/V. Stoljarow: "Zur Frage des Materialismus in der politischen Ökonomie des Sozialismus"; in: WW 5/1973, S. 645.
55 Zagalow u.a., a.a.O., S. 127.

naturgeschichtlicher Prozeß, der durch objektive Notwendigkeiten bedingt ist. In dieser Hinsicht ist der Sozialismus kein besonderes Entwicklungsstadium der Geschichte. Die Besonderheit des Sozialismus besteht lediglich darin, daß die objektiven ökonomischen Gesetze hier von der Gesellschaft erkannt und von ihr bewußt angewendet werden." (56)

Bewußte Ausnutzung setzt nicht nur die Erforschung der ökonomischen Gesetze selbst, sondern auch die Analyse ihres Wirkungsmechanismus voraus, dem ebenfalls objektiver Charakter zukommt. Das Wesen des Wirkungsmechanismus „besteht in der Gesamtheit der charakteristischen Merkmale des Wirkens der ökonomischen Gesetze, nicht aber in der Gesamtheit der Formen und Methoden ihrer Ausnutzung durch das Handeln der Menschen." (57) In keiner Gesellschaftsformation sind die ihr spezifischen und die allgemeinen in ihr wirkenden ökonomischen Gesetze abstrakt, losgelöst von Ort und Zeit zu betrachten, sie wirken immer konkret. Unter Beachtung dieser für den Forschungsprozeß und letztlich die Wirtschaftspolitik entscheidenden Tatsache heben die verschiedenen Autoren hervor – wobei sie den Zusammenhang von Entwicklung der Theorie und Gesellschaftsentwicklung unterstreichen –, daß es nicht genügt, „das Wesen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus genau zu kennen, von ihnen eine richtige Definition zu haben, sondern entscheidend sind die Wirkungsbedingungen und davon abgeleitet ihr Wirkungsmechanismus. Auch hier setzt das Allgemeine nur im Konkreten an." (58)

Gesellschaftliche Gesetze wirken (wie auch Naturgesetze) nur in der Einheit mit ihren Wirkungsbedingungen. „Der konkrete Prozeßverlauf wird stets vom Gesetz und den Wirkungsbedingungen in ihrer Einheit bestimmt" (59), wobei unter den Wirkungsbedingungen „die Gesamtheit der objektiven konkret-historischen Bedingungen . . ., unter denen sich die ökonomische Entwicklung . . . vollzieht" (60) zu verstehen ist.

Im System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sind die ökonomischen Gesetze Wirkungsbedingungen für jedes einzelne ökonomische Gesetz, d.h., daß – trotz der Notwendigkeit und Möglichkeit der Untersuchung einzelner Gesetze – ihr Wesen auf Basis ihres Systemzusammenhanges zur Geltung kommt. Objektive Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze ergeben sich aus ihrem Verhältnis zu den Produktivkräften und dem Überbau der sozialistischen Gesellschaft, aus der internationalen Situation und den nationalen Besonderheiten der sozialistischen Staaten, aus der Entwicklung der Klassen und Klassenbeziehungen bis hin zu konkreten Bedingungen wie der technischen Ausrüstung der Betriebe, der Qualifikation der Werktätigen usw. (61) Die Wirkungsbedingungen sind einer ständigen Veränderung und Entwicklung unterworfen. Allgemeine Wirkungsbedingung der gesellschaftlichen Gesetze einschließlich der ökonomischen ist – und das unterscheidet sie gerade von den Naturgesetzen –, daß sie an das Handeln der Menschen gebunden sind. „Die Tätigkeit der Menschen", schreiben Schulz/Stoljarow, „ist immer

56 Zitiert bei Luft: "Zum objektiven Charakter und zur bewußten Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus"; in: WW 7/1972, S. 1029.
57 Ullrich, a.a.O., S. 679.
58 Reinhold, a.a.O., S. 1443.
59 G. Klimaszewsky: "Methodologische Probleme bei der Erkenntnis sozialer Gesetze"; in: DZfPh 8/1972, S. 945.
60 W. Becker: "Ökonomische Gesetze des Sozialismus in der Diskussion"; in: EINHEIT 1/1973, S. 36.
61 Vgl. dazu z.B. ebenda, S. 36 f.

eine unabdingbare notwendige und spezifische Wirkungsbedingung der ökonomischen Gesetze. Im Unterschied zu den Naturgesetzen handelt es sich um Gesetze der Tätigkeit der Menschen, die außerhalb der menschlichen Gesellschaft nicht existieren können. In *diesem Sinn* sind ökonomische Gesetze nicht unabhängig vom Menschen und von seiner bewußten, gewollten Tätigkeit." Vielmehr „handelt es sich . . . um objektive Gesetzmäßigkeiten, die sich in der gesellschaftlichen Tätigkeit der Menschen herausbilden, sich in ihr verwirklichen und diese Tätigkeit zugleich determinieren, beherrschen." (62)

Engels erkannte das Wesen der gesellschaftlichen Gesetze in der Resultante der sich durchkreuzenden und einander widersprechenden Einzelinteressen der Gesellschaftsmitglieder. (63) Auch im Sozialismus, schreibt Gleserman, besteht das Wesen der gesellschaftlichen (einschließlich der ökonomischen) Gesetze im massenhaften Handeln der Menschen. „Aber neu ist im Sozialismus, daß sich nicht nur einzelne Menschen (wie z.B. im Kapitalismus – W.W.), sondern die Gesellschaft als Ganzes ein bestimmtes Ziel stellt und für seine Verwirklichung kämpft." (64) Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben diesen allgemeinen Zusammenhang von gesellschaftlichen Gesetzen mit dem Handeln der Menschen im Sozialismus vorausgesehen: „Die Gesetze ihres eigenen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht." (65)

Die Besonderheit des Kommunismus gegenüber den anderen Gesellschaftsformationen besteht demnach weder in dem objektiven Charakter seiner ökonomischen Gesetze, noch im Vorhandensein objektiver Wirkungsbedingungen, sondern in der spezifischen Art und Weise der Durchsetzung der ökonomischen Gesetze. „Der Marxismus-Leninismus hebt den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze hervor . . . Gerade das ist der entscheidende Grundgedanke des historischen Materialismus. Zugleich unterstreicht er die schöpferische Rolle der Werktätigen hinsichtlich der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die vor allem darin besteht, daß sie durch ihre Tätigkeit die real existierenden Bedingungen für ihr Wirken verändern." (66)

Während auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die ökonomischen Gesetze spontan wirken, sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzen, ist „der gesellschaftliche Fortschritt im Sozialismus . . . an das zunehmend bewußte Handeln der Menschen, an die planmäßige Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung gebunden . . . Die sich aus dieser im Sozialismus neuen Art und Weise der Durchsetzung der ökonomischen Gesetze ergebende Rolle des subjektiven Faktors ändert nichts am objektiven Charakter dieser Gesetze und damit an der Objektivität ihres Wirkens." (67) Anerkennung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ihre bewußte Beherrschung durch Veränderung vorhandener und Schaffung neuer objektiver Wirkungsbedingungen – das wird übereinstimmend als Ausgangspunkt der Untersuchung der ökonomischen Tätigkeit der Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft bezeichnet. (68) „Es entspricht also dem Wesen des Sozialismus, daß die Erkenntnis und die Nutzung der Gesetze im Rahmen der Gesellschaft nicht nur möglich, sondern auch durch das vereinte Handeln der Menschen objektiv notwendig ist." (69)

62 Schulz/Stoljarow, a.a.O., S. 647.
63 Vgl. MEW 21, S. 296 f.
64 Gleserman, a.a.O., S. 17.
65 Engels: MEW 19, S. 226.
66 O. Reinhold, a.a.O., S. 1447, 1448.
67 Becker, a.a.O., S. 34, 35.

In der Frage, wie und ob die ökonomischen Gesetze des Sozialismus dann wirken und in Erscheinung treten, wenn sie nicht erkannt, oder nicht bewußt ausgenutzt werden, bestehen dagegen Meinungsverschiedenheiten unter den Gesellschaftswissenschaftlern. Während einige Wissenschaftler annehmen, die ökonomischen Gesetze kämen dann nicht zur Wirkung, da Voraussetzung und wesentliches Merkmal im Sozialismus ihre bewußte Anwendung ist, sei zum Standpunkt der Mehrzahl der Autoren die Auffassung des sowjetischen Philosophen Gleserman zitiert, der anhand des Beispiels eines ökonomischen Gesetzes des Sozialismus schreibt: „Eine bewußte Planmäßigkeit ist deshalb notwendig, um den Erfordernissen des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft zu entsprechen. Doch wenn wir diesem Gesetz nicht Rechnung tragen, wird es trotzdem nicht aufhören zu wirken; seine Erfordernisse brechen sich Bahn über die in der Volkswirtschaft entstehenden Disproportionen, die einen normalen Verlauf der Reproduktion stören werden und die wir so oder so beseitigen müssen.

Daraus ist ersichtlich, daß, obwohl die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ihrer Natur nach nicht spontan sind und eine bewußte Leitung des wirtschaftlichen Lebens der Gesellschaft verlangen, sich ihr Wirken auch in spontanen Folgen äußern kann, die die Menschen nicht voraussehen. Das geschieht unvermeidlich dann, wenn die Menschen den Erfordernissen der Gesetze nicht Rechnung tragen, wenn sie ihnen zuwider handeln." (70)

In Verbindung mit diesem Problem wird auch die Frage diskutiert, ob die Erkenntnis der ökonomischen Gesetze Bestandteil der Gesetze selbst ist. Gegen diese Auffassung wird betont, daß dies Einschränkung des objektiven Charakters der Gesetze, ihrer Materialität, bedeute, und zum Subjektivismus, der Spekulation, führen könne. „Das kann zur Auffassung führen, daß nur ein richtiges Programm, eine gute Konzeption nötig sei, um große Aufgaben stellen und lösen zu können . . . Obgleich für die Entstehung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Gesetze die Bewußtheit der Arbeiterklasse erforderlich ist, ist diese Bewußtheit als Erkenntnis der objektiven Erfordernisse *abgeleitet,* sekundär. Die ökonomischen Gesetze selbst machen die Bewußtheit notwendig, verleihen ihr den objektiven Inhalt, sie sind primär und nicht umgekehrt: Die Bewußtheit schafft keine Gesetze." (71) Weiterhin, so wird argumentiert, könnten die Gesetze nicht erkannt werden, wenn sie nicht wirken würden.

Bedingt durch die weiter fortgeschrittene Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft sind auch die Erkenntnismöglichkeiten für die Sowjetwissenschaft – und damit auch die praktische Beherrschung objektiver Bedingungen durch die Werktätigen – zur Analyse der

68 Darüber hinaus werden auch Überlegungen geäußert, inwieweit der Inhalt der Gesetze bei Veränderung der Wirkungsbedingungen selbst unverändert bleiben kann. Vgl. Becker, a.a.O., S. 37, S. Heppener: "Ökonomische Gesetze und Handeln der Werktätigen"; in: WW 5/1973, S. 686 f.
69 Schulz/Stoljarow, a.a.O., S. 642.
70 Gleserman: "Über die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung" (russ.), zitiert bei Schulz/Stoljarow, a.a.O., S. 651.
71 Reinhold, a.a.O., S. 1447, 1449.

Wechselwirkung von Objektivem und Subjektivem naturgemäß günstiger. Ullrich kommt in seiner Auswertung sowjetischer Publikationen der letzten Jahre zu dem Schluß, daß die Mehrzahl der Autoren exakt zwischen zwei Kategorien unterscheidet: dem *objektiven Wirkungsmechanismus* der ökonomischen Gesetze und dem *Mechanismus ihrer bewußten Ausnutzung.* Während das Wesen des Wirkungsmechanismus „in der Gesamtheit der charakteristischen Merkmale des Wirkens der ökonomischen Gesetze (besteht)", ist der Mechanismus ihrer bewußten Ausnutzung „seinem Wesen nach . . . das System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung der sozialistischen Produktion, also die von der marxistisch-leninistischen Theorie und der Wirtschaftspolitik der Partei begründeten Formen und Methoden bewußter Ausnutzung der ökonomischen Gesetze." (72)

In vielen Arbeiten der Wissenschaftler der DDR und der Sowjetunion werden insbesondere zwei Tendenzen in der theoretischen Erfassung der ökonomischen Gesetze kritisiert: Die Verabsolutierung ihres objektiven Charakters im Sinne eines Automatismus einerseits und Theorien, die auf die Negation des objektiven Charakters zielen. Beide Tendenzen, so wird unterstrichen, leugnen die neue historische Funktion des subjektiven Faktors, „die darin besteht, bewußt die Entwicklung der Gesellschaft *entsprechend den vorhandenen objektiven Bedingungen und den wirkenden objektiven Gesetzen zu leiten."* (73)

Das ökonomische Grundgesetz des Kommunismus

Zum Weg der Erforschung und zum Inhalt des ökonomischen Grundgesetzes gibt es verschiedene Auffassungen, die sich in unterschiedlicher Terminologie, Stellenwert und Inhalt der ökonomischen Kategorien darstellen. Das spiegelt sich letztlich auch im uneinheitlichen Standpunkt zur Formulierung des ökonomischen Grundgesetzes selbst wider. Die Diskussion über die Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus ist, wie oben gezeigt, nicht abgeschlossen und kann es prinzipiell nicht sein, wenn auch in allgemeineren Fragen, besonders über das Ziel der Forschung, Einigkeit besteht und sich bestimmte Konturen abzeichnen. Das gilt ebenso für das ökonomische Grundgesetz.

Weitgehende Einstimmigkeit besteht in der Bestimmung des zentralen Platzes des ökonomischen Grundgesetzes des Kommunismus (weshalb dieser Problemkreis ausführlicher dargestellt werden soll), darüber, daß „das ökonomische Grundgesetz einer Produktionsweise die wesentlichsten Züge und Zusammenhänge in der Ökonomik aus(drückt), die das spezifische Wechselverhältnis von Produktion, Verteilung, Austausch und Konsumtion bestimmen." (74) „Die sozialistische Produktion muß durch wesentliche Beziehungen gekennzeichnet sein", schreiben Zagalow u.a. und sehen diese im ökonomischen Grundgesetz. „In ihm kommt das Wesen der Produktionsverhältnisse der kommunistischen Produktionsweise, d.h. das Hauptsächliche zum Ausdruck, das die wichtigsten Merkmale der kommunistischen (sozialistischen) Produktionsverhältnisse durchdringt. Die anderen, spezifischen Gesetze der sozialistischen Produktion hingegen bringen das Wesentliche in den einzelnen Seiten und Prozessen dieser Gesellschaftsordnung zum Ausdruck." (75)

72 Ullrich, a.a.O., S. 679, 680.
73 Schulz/Stoljarow, a.a.O., S. 642.
74 Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 109.
75 Zagalow u.a., a.a.O., S. 143.

Noch umfassender formuliert Ebert: „Das Wesen einer Gesellschaftsordnung kommt am konzentriertesten in ihrem ökonomischen Grundgesetz zum Ausdruck". Damit besitzt es entscheidende Bedeutung für die Analyse der qualitativen Unterschiede und Besonderheiten der einzelnen Gesellschaftsformationen. (76)

Einigkeit besteht vor allem auch in der Auffassung, daß es kein spezifisches ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus gibt. Ausgehend von den „beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft und ihrer grundlegend gemeinsamen Züge (sollte man) das Grundgesetz konsequenterweise als Gesetz der kommunistischen Produktionsweise bezeichnen." (77) Kusminow wendet sich ausdrücklich gegen Formulierungen, die sich auf spezifische Züge der ersten Phase der kommunistischen Formation stützen, womit faktisch ein Grundgesetz der ersten Phase konstruiert würde. (78) Die Verfasser berücksichtigen damit folgerichtig die Zusammengehörigkeit der beiden Phasen der kommunistischen ökonomischen Gesellschaftsformation. Aus der Bestimmung des Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Formation, verbunden mit der Tatsache, daß sich die heutigen sozialistischen Länder noch nicht im reifen Kommunismus befinden, erhält die Beachtung der Einheit von Logischem und Historischem ihr besonderes Gewicht für den Erkenntnisprozeß. „Das Verstehen des wesentlichen Inhalts der sozialistischen Phase (setzt) das Verstehen des Wesens der kommunistischen Gesellschaftsformation im Ganzen (voraus)" (79) und „das System der ökonomischen Kategorien des Kommunismus entsteht folglich nicht sofort in seiner Gesamtheit, sondern ist das Ergebnis einer recht langen Entwicklung." (80) Von daher verbietet es sich um so mehr, den realen Sozialismus mit vorgefertigten Schablonen untersuchen zu wollen, wie es von rechts- und „links"-opportunistischer Seite praktiziert wird.

1. Zum Inhalt des ökonomischen Grundgesetzes:

Ebert bestimmt das ökonomische Grundgesetz – das er in der Formel „die Werktätigen im Sozialismus (entwickeln) die Produktion zur weiteren Verbesserung ihres Lebens" (81) zusammenfaßt – als „die dialektische Einheit von Ziel und Mitteln sozialistischer Produktion." (82) Konzentriertesten Ausdruck finden die vom ökonomischen Grundgesetz erfaßten Züge und Zusammenhänge, schreiben Rumjanzew u.a., im Ziel der Produktion und in den Mitteln zu seiner Erreichung. (83) Da das Grundgesetz als Bewegungsgesetz „die Entwicklungstendenzen der einzelnen Gesellschaftsformationen bestimmt" – für den Kapitalismus bedeutet das Verschärfung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, für den Sozialismus die Festigung der politisch-moralischen Einheit (84) – sind auch „die Ziele des Wirtschaftens . . . an ganz bestimmte

76 G. Ebert: "Ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus und Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED"; in: WW 7/1972, S. 976.
77 Ebenda, S. 986.
78 Vgl. D. Pflanz/H. Zipser: "Sowjetische Gesellschaftswissenschaftler zum System der sozialistischen Produktionsverhältnisse und dem daraus resultierenden System ökonomischer Gesetze"; in: WW 5/1973, S. 668.
79 Nick, a.a.O., S. 1467.
80 Zagalow u.a., a.a.O., S. 107.
81 Ebert, a.a.O., S. 963.
82 Ebenda, S. 966.
83 Rumjanzew u.a., a.a.O., S. 110.
84 Ebert, a.a.O., S. 961.

gesellschaftliche Verhältnisse gebunden, die ihre Richtung determinieren. Gesellschaftliches Eigentum verlangt objektiv die planmäßige kollektive Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Wohlfahrt aller . . . zu sichern." (85)

Ebenso wie das Ziel werden auch die Mittel der sozialistischen Produktion „in ihrer qualitativen Besonderheit durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bestimmt." (86) Ebert kritisiert die Verabsolutierung solcher Mittel, wie Technik, Steigerung der Produktivität uws. (da diese auch Mittel zur Profitsteigerung im Kapitalismus sind) und fordert ein anderes methodisches Vorgehen. In Analogie zur Marxschen Betonung des grundlegenden Produktionsverhältnisses des Kapitalismus – der Ausbeutung von Lohnarbeit durch das Kapital – müsse „das grundlegende Produktionsverhältnis des Sozialismus in die Formulierung des Grundgesetzes" aufgenommen werden, denn das sind „spezifische gesellschaftliche Bedingungen . . . in untrennbarer Einheit mit der Arbeitsproduktvität als Mittel der sozialistischen Produktion . . . " (87)

Während Ebert und andere Wissenschaftler, ausgehend vom Grundgesetz, seinen Inhalt bestimmen und diesen in der dialektischen Einheit von Ziel und Mitteln der sozialistischen Produktion sehen, entwickeln andere Theoretiker die ökonomischen Kategorien ausgehend von der „allgemeine(n) allen ökonomischen Hauptprozessen eigenen Bewegungsform der sozialistischen (kommunistischen) Produktion. Außerhalb dieser Form läßt sich keine ökonomische Kategorie des Sozialismus und Kommunismus begreifen". (88) In der Diskussion um das System der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist in der Sowjetunion die Bestimmung des grundlegenden Produktionsverhältnisses seit einiger Zeit Gegenstand eines Meinungsstreites. (89) In seiner inhaltlich unterschiedlichen Bestimmung kommen die verschiedenen Positionen der Autoren zum Ausdruck. Häufig wird das gesellschaftliche Eigentum als grundlegendes Produktionsverhältnis bestimmt. Andere sehen im „Verhältnis der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe", im „Aspekt der Kollektivität und der Planmäßigkeit" oder dem „Verhältnis der unmittelbaren Produktion materieller Güter" das primäre, bestimmende oder grundlegende Produktionsverhältnis. (90)

Darüber hinaus wird von einigen Wissenschaftlern ein Ausgangs- oder allgemeines Produktionsverhältnis unterschieden. Für Kusinow besteht dieses allgemeine und einfachste Verhältnis in der „Kollektivität der Produktion". (91) Für das Autorenkollektiv unter Leitung von Zagalow bildet „die planmäßige Form der sozialistischen Produktion . . . nicht nur historisch, sondern auch logisch den Ausgangspunkt des Systems der sozialistischen Produktionsverhältnisse." (92) Im Unterschied zu anderen Autoren beginnen sie mit der Planmäßigkeit und nicht mit der Analyse des Volkseigentums, weil „die Aufgabe der politischen Ökonomie . . . in der Aufdeckung des ökonomischen Inhalts des Eigentums" besteht, und nicht der juristischen Form. (93)

85 Ebenda, S. 963.
86 Ebenda, S. 961.
87 Ebenda, S. 967.
88 Zagalow u.a., a.a.O., S. 119. Vgl. auch B. Gransow, a.a.O., S. 93.
89 Vgl. Pflanz/Zipser, a.a.O., S. 663.
90 Vgl. ebenda, S. 664.
91 Vgl. ebenda, S. 665.
92 Zagalow u.a., a.a.O., S. 119.
93 Gransow, a.a.O., S. 93.

In ähnlicher Weise beginnt Pokrytan die Analyse des Systems der sozialistischen Produktionsverhältnisse. (94) Für ihn ist das Ausgangsproduktionsverhältnis (im Unterschied zu Zagalow u.a. und Kusinow) der „unmittelbar gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion . . . , d.h. unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeitstätigkeit." (95) Wie das Ausgangsproduktionsverhältnis des Kapitalismus – nämlich die „Warenform des Arbeitsprodukts" – „charakterisiert es an und für sich nicht die entstandene Produktionsweise, sondern nur deren ökonomische Voraussetzungen." (96)

Dagegen kann das grundlegende Produktionsverhältnis „diesem System nicht vorangehen, sondern es entsteht und existiert gemeinsam mit ihm." Es charakterisiert „das innere Wesen der gegebenen Produktionsweise als bereits ausgereifte und funktionierende Ordnung von Produktionsverhältnissen." (97) Im Gegensatz zum grundlegenden Produktionsverhältnis des Kapitalismus (dem „Verhältnis der Ausbeutung von Lohnarbeit durch das Kapital" (98)) besteht es in der kommunistischen Formation in der „unmittelbaren Zusammenarbeit als Methode (Form) zur Verwirklichung der vollen ökonomischen Gleichheit." (99) (Pokrytan sieht z.B. in den Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der sozialistischen gegenseitigen Hilfe nicht das grundlegende Produktionsverhältnis, da u.a. diese Beziehung charakteristisch für das gesamte Gesellschaftssystem ist, das grundlegende Produktionsverhältnis sei dagegen vorwiegend ein ökonomisches Verhältnis (100).)

„Das grundlegende Produktionsverhältnis schlägt sich immer in einer bestimmten ökonomischen Kategorie nieder . . . , die das Wesen der ökonomischen Beziehungen ausdrückt." (101) Während diese Kategorie im Kapitalismus das Mehrprodukt ist, ist es für Pokrytan im Sozialismus „das Nettoprodukt, das die Verkörperung der neu aufgewandten gesellschaftlichen Arbeit darstellt." (102)

„Das eigentliche Wesen des grundlegenden Produktionsverhältnisses (findet) seinen Ausdruck" (103) im ökonomischen Grundgesetz des Kommunismus. Seine Untersuchung ist daher das *abschließende Stadium* der Untersuchung des grundlegenden Produktionsver-

94 Der Ansatz Pokrytans soll im folgenden exemplarisch dargestellt werden. Wie oben angedeutet, ist zu berücksichtigen, daß sich sein Ansatz von dem anderer Wissenschaftler zum Teil wesentlich unterscheidet. In diesem Zusammenhang sind in nächster Zeit weitere Übersetzungen zu erwarten.
95 Pokrytan, a.a.O., S. 95, 96.
96 Ebenda, S. 86.
97 Ebenda, S. 87.
98 Ebenda, S. 98.
99 Ebenda, S. 107.
100 Ebenda, S. 101, 102.
101 Ebenda, S. 108.
102 Ebenda, S. 113. Andere Autoren behandeln die Fragen der Quantifizierung allerdings bei Untersuchung des ökonomischen Grundgesetzes selbst, wobei die Klärung der quantitativen Erfassung des ökonomischen Grundgesetzes nicht abgeschlossen ist, was sich in den von den Autoren unterschiedlich angenommenen Kategorien widerspiegelt. Vgl. Ebert, a.a.O., S. 969, Pflanz/Zipser, a.a.O., S. 669 f.
Einheitlich wird der dialektische Zusammenhang von Qualität und Quantität betont, und daß die quantitative Analyse stets die Bestimmung des ökonomischen Inhalts der Erscheinung voraussetzt.
103 Pokrytan, a.a.O., S. 131.

hältnisses des Kommunismus. (104) „Das Wesen des grundlegenden Produktionsverhältnisses als Verhältnis der unmittelbaren Zusammenarbeit, als Methode zur Realisierung einer vollen sozial-ökonomischen Gleichheit, kann durch die Formel von der allseitigen Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit ausgedrückt werden." (105) Im Programm der SED wurde das Grundgesetz folgendermaßen formuliert: „ständige Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung der Menschen der sozialistischen Gesellschaft." (106)

2. Das ökonomische Grundgesetz und die erste Phase des Kommunismus:

Wenn so „die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit in der Qualität des ökonomischen Grundgesetzes der kommunistischen Formation" auftritt (gleichzeitig im Ziel und im Mittel zur Entwicklung dieser Ordnung) dann „ist es notwendig, den allgemeinen Inhalt des Gesetzes und seine Erscheinungsform im sozialistischen Entwicklungsstadium zu unterscheiden." (107) Denn „den verschiedenen Phasen des Kommunismus entsprechen spezifische Wesen, die mit seinem allgemeinen Wesen nur in dem Maße zusammenfallen, wie vom höchsten Stadium der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft die Rede ist." (108) Ähnlich drückt z.B. Ebert den Zusammenhang von Sozialismus und reifem Kommunismus in bezug auf das Grundgesetz aus. „Das neue objektive Ziel der Produktion und die dazu eingesetzten Mittel haben für beide Phasen der kommunistischen Gesellschaft Gültigkeit. Sie werden allerdings in den einzelnen Entwicklungsphasen und Etappen in unterschiedlichem Grade realisiert." (109)

Die Erkenntnis dieses für den Sozialismus spezifischen Wesens des ökonomischen Grundgesetzes hat entscheidende Bedeutung für die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Entwicklungsetappen, d.h. es gilt „die Wirkungsweise dieses Gesetzes in Abhängigkeit von dem jeweils erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem Reifegrad der Produktionsverhältnisse zu erkennen." Davon abgeleitet erfaßt die Hauptaufgabe „die konkreten Anforderungen, die bei der Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes in einer bestimmten Entwicklungsetappe gestellt sind." (110)

Zur Funktion der Gesellschaftswissenschaften

„Der Kommunismus unterscheidet sich von allen bisherigen Bewegungen dadurch, daß er die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsformen umwälzt und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten

104 Vgl. ebenda.
105 Ebenda, S. 136.
106 PROGRAMM DER SED, Berlin 1963, S. 71.
107 Pokrytan, a.a.O., S. 137, 136.
108 Ebenda, S. 137.
109 Ebert, a.a.O., S. 968.
110 Ebenda, S. 976. Vgl. auch ebenda, S. 968.

Individuen unterwirft. Seine Errichtung ist daher wesentlich ökonomisch, die materielle Herstellung der Bedingungen dieser Vereinigung; sie macht die vorhandenen Bedingungen zu Bedingungen der Vereinigung." (111) Auf diesen, das Wesen der Entwicklung des Kommunismus charakterisierenden Prozeß haben Marx und Engels vor über 100 Jahren hingewiesen und das hat sich durch die Praxis des sozialistischen Aufbaus bestätigt.

Die harmonische Verflechtung sämtlicher Teilbereiche mit der Ökonomie als ihrem Kernstück ist untrennbar verbunden mit der theoretischen Erkenntnis der gesellschaftlichen Gesetze. D.h., Endzweck der Forschung ist letztlich nicht allein die Erkenntnis, sondern diese ist Anleitung für die gesellschaftliche Praxis. „Die bloße Erkenntnis", schrieb Engels, „und ginge sie weiter und tiefer als die der bürgerlichen Ökonomie, genügt nicht, um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor allem eine gesellschaftliche *Tat*." (112)

Im Verhältnis von Theorie und Praxis kommt also für die Gesellschaftswissenschaftler der sozialistischen Länder der *Praxis* das Primat zu. (113) Auch daraus ergibt sich der der bürgerlichen Wissenschaft entgegengesetzte Forschungsansatz. Abgesehen von der Verschleierungs- und Verleumdungsfunktion, ist es Methode der „Ostforschung", Erscheinungen der sozialistischen Realität als Wesen der Gesellschaft selbst auszugeben. Vom Standpunkt der Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie – die in der Anpassung an die spontan wirkenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus besteht – wird in den sozialistischen Ländern „Befehlswirtschaft", „Verbürgerlichung durch Konsum" usw. „entdeckt". Prinzipiell dem Idealismus verhaftet, ist die bürgerliche Forschung nicht in der Lage zu erkennen, daß nicht Produktion um der Produktion willen zum offensichtlich vorhandenen Fortschritt des realen Sozialismus beiträgt, sondern die allseitige Entwicklung des Menschen im Sinne des ökonomischen Grundgesetzes. Die Defensivposition des Kapitalismus spiegelt sich (auf der Ebene der Wissenschaft) nicht zuletzt in der Notwendigkeit des „Wissenschaftspluralismus" (sprich Anpassung an die neue Realität zur Erhaltung der Glaubwürdigkeit) auch hinsichtlich der Entwicklung der DDR und der anderen sozialistischen Länder wider.

Winfried Wotschack

111 MEW, Bd. 3, S. 70.
112 MEW, Bd. 20, S. 160.
113 Vgl. "Aus dem Schlußwort des Genossen Kurt Hager"; in: EINHEIT, Heft 2/1972, S. 188 f.

Zum Bereich Sozialismus siehe auch SOPO

22 Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus

23 Sozialistische Demokratie in der DDR

24 Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus

SOZIAL-WISSENSCHAFTLICHE PAPERBACKS

Astrid Albrecht-Heide
Entfremdung statt Emanzipation
Sozialisationsbedingungen des zweiten Bildungsweges
1973, ca. 200 Seiten, kartoniert, ca. DM 19,80

Peter Büchner/Volker Briese/Peter Hage
Bildungspolitik im gesellschaftlichen System der BRD
Analyse von Reformstrategien für den Ausbildungssektor
1973, ca. 300 Seiten, ca. DM 19,80

Christoph Deutschmann
Der linke Keynesianismus
1973, ca. 200 Seiten, ca. DM 18,–

H.C.F. Mansilla
Systembedürfnis und Anpassung
1973, ca. 200 Seiten, ca. DM 18,–

Rudi Schmiede
Grundprobleme der Marx'schen Akkumulations- und Krisentheorie
1973, ca. 200 Seiten, ca. DM 18,–

QUELLEN UND STUDIEN ZUR SOZIALGESCHICHTE

Hans Peter Harstick (Hrsg.)
Karl Marx: Über Formen Vorkapitalistischer Produktion
Band 1: Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums
Exzerpte aus M.M. Kovalevskij: Der Gemeindelandbesitz (1879)
Die Erstausgabe des Originaltextes mit einer Problemgeschichtlichen Einführung
1974, ca. 450 Seiten, ca. DM 26,–

SONDERSERIE: ARBEITEN DES INSTITUTS FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG MÜNCHEN

Fritz Böhle/Norbert Altmann
Industrielle Arbeit und Soziale Sicherheit
Eine Studie über Risiken im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt
1972, 275 Seiten, DM 18,80

SOZIAL WISSENSCHAFTLICHE SKRIPTEN

Dirk Hülst
Tauschprinzip und antagonistische Gesellschaft
Zum Verhältnis von Konflikt und Integration in der "Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx
1973, ca. 100 Seiten, ca. DM 8,–

Werner Loh
Kritik der Theorienproduktion von Niklas Lohmann und Ansätze für eine kybernetische Alternative
1972, 140 Seiten, DM 7,–

Jürgen Ritsert
Probleme politisch-ökonomischer Theoriebildung
1973, ca. 160 Seiten, ca. DM 8,–

Mike Rot
Zur Kernstruktur unserer kapitalistischen Gesellschaft
1972, 102 Seiten, DM 5,–

Helmut Thome
Aspekte der Systemtheorie
(Arbeitstitel)
Eine kritische Einführung in ihre Probleme
1973, ca. 100 Seiten, ca. DM 6,–

Ulrich Vogel
Zur Theorie der chinesischen Revolution
Die asiatische Produktionsweise und ihre Zersetzung durch den Imperialismus
1973, ca. 160 Seiten, ca. DM 9,–

ATHENÄUM VERLAG FRANKFURT

Wie kommt das Proletariat in die Philosophie ?

Herr Heidegger fragt: "Wie kommt der Gott in die Philosophie? " (1) Und ausnahmsweise gibt er eine klare Antwort (2): als causa sui. "Ursache als die causa sui ... lautet der sachgerechte Name für den Gott in der Philosophie". Herr Heidegger zeigt auch den Weg, nicht nur den philosophischen Ort, wie Gott in die Philosophie kommt: "Der Gott kommt in die Philosophie durch den Austrag, den wir zunächst als den Vorort des Wesens der Differenz von Sein und Seiendem denken". Wie immer, so auch hier, mischt bei der Fundamentalontologie des Herrn Heidegger die "ontologische Differenz" kräftig mit.

Die Frage, gar nicht so sehr als Gegenfrage und erst recht nicht als Zusatzfrage, eher als Gretchenfrage formulierbar, wie denn nun das Proletariat in die Philosophie komme, erscheint uns wichtiger und auch philosophisch fruchtbarer. Allein schon deshalb, weil sie den Menschen als arbeitenden und nicht als "Gott" oder "einen Gott" oder gar "den" Gott denkenden und erdenkenden anspricht. Es fällt aber auf, daß die Themenbereiche Herrn Heideggers, die der Differenz und des Austrags einer solchen sowie das ganze Feld der Ontologie, wie solche in der Denk-Komposition des Herrn Heidegger aufscheinen, bei den ernsthafter veranlagten und zeitnah wichtigeren, aber ebenso ernsthaft und gewichtig zu prüfenden und in Fehlansätzen zu widerlegenden Themen-Komplexen einer "Gesellschaftsontologie" von Georg Lukàcs erneut ins Gespräch kommen. Diese "Ontologie des gesellschaftlichen Seins" wird besser "Gesellschaftsontologie" genannt, um damit eine Tautologie zu vermeiden, denn von Aristoteles bis zu den Seinsmessen der Hermeneutiker der Gegenwart heißt "Ontologie" nichts anderes als "Seinslehre". Solche Umbenennung stört auch das Ziel einer "Ontologie des gesellschaftlichen Seins" keineswegs: nämlich zusätzlich zu den "Seinsstufen" (Lukàcs spricht auch von "Seinssphären" und von einem "Seinsniveau") von Nicolai Hartmann, einem allseits anerkannten Vertreter des Idealismus, eine weitere "Seinsstufe", eben die des "gesellschaftlichen Seins" zu kreieren und zu propagieren. Neben anorganischem und organischem Sein soll die "Seinsstufe" des gesellschaftlichen Seins eine marxistische Ontologie gründen, vielleicht auch nur rechtfertigen. Sie will gesellschaftliches Bewußtsein nicht epiphänomenal in ihre "Seinsstufe" einbringen, sondern als ihr immanent charakterisieren. Dabei schimmert Nicolai Hartmanns "Verbundenheit des idealen und realen Seins" (3) allzusehr durch, so daß die einfache Umkehrung realer und ideeller Faktoren ungenügend bleibt. Auch kann

---

1 In IDENTITÄT UND DIFFERENZ, Pfullingen, 2. Auflage, 1957, S. 70.
2 Zum Problem der Frage bei Heidegger siehe: Wilhelm Raimund Beyer "Herr Heidegger und die Friedensfrage", in DZfPh 1962, 1533 ff.; erneut abgedruckt in VIER KRITIKEN, Köln 1970, S. 15 ff.
3 Siehe ZUR GRUNDLEGUNG DER ONTOLOGIE, Meisenheim am Glan, 1948, S. 267 ff.

durch dauernde Beisetzung des Attributs "ontologisch" (4) zu allen Marx/Engels- und Lenin-Zitaten der Gedankenansatz nicht "marxisiert" oder gar ein philosophischer Grund für die Zeugung der Sondersparte ermittelt werden. Fortschrittliches Denken steht nun einmal, wenn es ehrlich bleibt, im Widerspruch und nicht in "Differenz" zum Idealismus (5). Mit modernder Beisetzung des Signums "marxistisch" zu irgendeiner idealistischen Lehrsparte wird nur die Kraft des historischen Materialismus für Zwittererzeugnisse auszunützen versucht.

Doch hier interessiert: kann eine "Gesellschaftsontologie" den Eintritt des Proletariats in die Philosophie garantieren und wie kann sie diese philosophische Eintrittsstelle etwa orten und dann festhalten? Ihren eigenen Einstieg in die Philosophie offenbart sie selbst, das muß zugegeben werden: gegen existentialistische "Überzeitlichkeit" oder "Zeitlosigkeit" setzt sie einen "ontologisch wesentlichen Unterschied" unter Beachtung einer "genetischen Verbundenheit" mit der Konstruktion einer "sui-generis" Seinsweise (6), die als "Seinsstufe", als "Seinssphäre" oder als "Seinsniveau" (7) aufscheint. Der Mensch "tritt in ein neues, selbstbegründetes Sein ein: in das gesellschaftliche" (8) und zwar mit der Arbeit. Nun gut. Aber trotzdem staunen wir, denn mit der "Selbstbegründung" dieses Seins kommt Herrn Heideggers Causa-sui-Gedanke wieder auf. "Selbstbegründetes Sein" – was ist es anders denn Ursache seiner selbst?

Doch: mit dem "Eintritt" des "gesellschaftlichen Seins" als kategoriale Bestimmung wird nichts, gar nichts über das Proletariat ausgesagt. Es wird weder zufälliges noch notwendiges Philosophikum. Es siedelt bei Lukàcs eigentlich nur im Komplex-Charakter dieser "neuen Stufe des Seins", die "kompliziert und komplex" ist (9). Nun ja: für den Ontologen ist alles ontologisch und daher komplex. Volkstümlich ausgesprochen: es ist alles drin. Es kann hier sehr wohl die Möglichkeit des Entstehens eines Proletariats ausgedacht und als philosophisch greifbare, weil real faßbare, Größe eingedacht werden. Aber: das Entstehen des Proletariats ist damit nicht begründet und nicht als notwendig erwiesen. Denn wirklich wird das Proletariat erst im Range einer notwendig gewordenen Möglichkeit. Hat Ontologie die Kraft, solches Gedankengut zu liefern und zu vertreten? Verbleibt ihre Leistung nicht auf einer armseligen Seins-Stufe, die selbst Entwicklung und Anreicherung nur als seinsmäßig, also formalisierbar und graduierbar nimmt? Der Reichtum des Proletariats (im philosophischen Sinne, in historischer Ableitung, im soziologischen Aspekt und in materialistischer Fülle) zwingt immer dazu, die tatsächlich (real) gegebene und gedanklich faßbare Seins-Ebene (die immer materiell gilt und nicht durch eine Einverleibung bewußtseinsmäßiger Komponenten veridealisiert werden darf) nicht dadurch zu verwässern, daß ihr proletarisches Bewußtsein als Wesensmerkmal des "gesellschaftlichen Seins" eingeimpft wird. Denn: proletarisches Bewußtsein steht nur dem Proletariat zu, nicht aber einer "Seinsstufe" und sei es auch die Stufe eines "gesellschaftlichen Seins". Ontologie vermeidet jegliche Inhalts-Problematiken, auch dann, wenn ein Inhalt selbst zum Charakteristikum einer ontologisch genommenen Seinsbefindlichkeit gewählt wird. Er wird dadurch eben: ontologisiert und büßt seine materielle Kraft ein.

Indem wir für den Eintritt des Proletariats in die Philosophie die Einstands-Möglichkeiten abgehen (abtasten), zielen wir über einen ontologisch verbleibenden Gedanken hinaus und streben materialistische Fundamente an. Zunächst gilt es die Geschichtlichkeit des Proletariats gerade nicht ontologisch zu bedenken. Die (reale) Historizität des Proletariats bedingt, auch die philosophische Größe "Proletariat" geschichtlich einzuordnen. Und vom Historischen her sehen wir, daß eben nicht das "gesellschaftliche Sein" als solches eine eigene "Seinsstufe" abgibt – denn "menschliches" Sein ist immer, eh wie je, gesellschaftliches! – sondern die einzelnen Formen, Formationen, Positionen, Organisationen des gesellschaftlichen Lebens Seins-Charakter aufweisen. Innerhalb des gesellschaftlichen Seins, besser: innerhalb von gesellschaftlichem, als menschlichem Sein entstehen und vergehen "Stufen" eben dieses "Seins", denn "das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß" (10) und: "der Mensch ist von vorneherein ein gesellschaftliches Produkt" (11). Gesellschaftlichkeit kann also nicht als Zugewinn für das Menschengeschlecht gewertet werden. Sie ist Essentiale. Es gibt keinen ungesellschaftlichen Menschen. Schon Kant wußte um die "ungesellige Geselligkeit des Menschen". Stufen kann es daher nur innerhalb der Gesellschaftlichkeit der Menschen geben (die am besten als "Bewußtseinsstufen" genommen werden!). Auch können die einzelnen Gesellschaftsformationen als Grundlage bestimmter Bewußtseinsstufen eingeschätzt werden. Eine philosophische Deutung dieser kann dem Proletariat Eingang vermitteln, dies in und mit der Gesellschaftsformation, die seine Bildung (Zeugung, Entstehen) bedingt, ja erzwingt.

Man könnte – im Umkreis philosophischer Themenkomplexe – auch an das Prinzip der Subjektivität denken, wenn der Platz des Proletariats in der Philosophie ermittelt werden soll. Doch wird Subjekteigenschaft in erster Linie den gesellschaftlichen Organisationen zugesprochen werden müssen, also den proletarischen Organisationen.

Die politische Partei des Proletariats, die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse, die Kampfgruppen, arbeitsrechtliche, vereinsrechtliche Verbindungen mit dem Ziele, die Belange des Proletariats zu vertreten, sogar außerparlamentarische oppositionelle Sammlungen erfordern eine bestimmte Organisation, um Subjektivität in ihrem jeweiligen Bereichsgebiet beanspruchen zu können. Das Proletariat selbst bildet nur im übertragenen Sinne ein Subjekt: es ist Subjekt der Geschichte. Und diese Funktion leistet das Proletariat

4 So in den betreffenden Publikationen von Georg Lukàcs, alle erschienen im Luchterhand-Verlag, Neuwied: ZUR ONTOLOGIE DES GESELLSCHAFTLICHEN SEINS (1971), ONTOLOGIE-MARX (1972) und ONTOLOGIE-ARBEIT (1973). In der Regel findet sich das Beiwort "ontologisch" auf jeder Seite, meist 5 - 6 mal. Beispiele aus ONTOLOGIE-MARX: "Wir müssen uns im Leben selbst spontan ontologisch verhalten" (S. 19). Oder: "Wir müssen uns der realen Abhängigkeit vom Sein ständig gegenwärtig bleiben" (S. 35). Wir sollen eine "ontologische Kritik" pflegen (S. 36). Die Philosophie hat die Aufgabe einer "ontologischen Kontrolle" (S. 51). In der Wertlehre wird ein "ontologisches tertium datur" geboten (S. 178). In ZUR ONTOLOGIE DES GESELLSCHAFTLICHEN SEINS wird selbst die Zeit "ontologisch" (S. 17).

5 Gerade dieses Moment kommt bei der "Gesellschaftsontologie" von G. Lukàcs nicht deutlich genug heraus. Seine "Ontologie" steht nicht einmal im Widerspruch zur "Neuen Ontologie" von Nicolai Hartmann. Im Gesamtwerk findet sich bei Lukàcs sogar ein ganzes Kapitel mit der Überschrift "Nicolai Hartmanns Vorstoß zu einer echten Ontologie" (siehe: ONTOLOGIE-ARBEIT, S. 162). So behauptet denn auch Lukàcs, daß "Marx immer auf dem Boden einer Ontologie des gesellschaftlichen Seins bleibt" (in ONTOLOGIE-MARX, S. 56). Eine so verstandene (für den historischen Materialismus eben: mißverstandene) Ontologie kann dann sogar für eine angebliche "Marxsche Theorie der Arbeit" das Spiel des Herrn Heidegger zwischen "Seiendem und Sein" anwenden (ONTOLOGIE-ARBEIT, S. 32). Dadurch wird sie jedoch ontologisch verflacht. Es entsteht "Differenz" (und kein klassenkämpferisch bewertbarer "Widerspruch"!) zwischen der "Eigenart des gesellschaftlichen Seins" und dem "teleologisch hervorgebrachten Seienden", also: dem Arbeitsprodukt.

6 Siehe: ZUR ONTOLOGIE DES GESELLSCHAFTLICHEN SEINS, a.a.O., S. 31.

7 Siehe: ONTOLOGIE-ARBEIT, S. 6, 7 u.a.

8 a.a.O., S. 60.

9 a.a.O., S. 33.

10 MEW 3, S. 26.

11 MEW 3, S. 30.

selbst wiederum geschichtlich. Damit aber erschöpft sich die philosophische Position des Proletariats keineswegs. Auch wäre es eine Gefahr, den wissenschaftlich geschulten Blick allein auf diese Subjekt-Eigenschaft zu werfen, weil dabei eine Nähe zur flachen ontologischen Deutung leicht aufkommen könnte. Ebenso schwach – im philosophischen Maßstab – bleibt hier der Substanz-Begriff. Er könnte dem Proletariat nur dann dienen, wenn seine Stellung innerhalb bestimmter Komplexe untersucht wird. Da aber das Proletariat diese selbst mit prägt, käme ein Beurteiler in die Versuchung, Proletariat eher als Akzidenz zur gesamtgesellschaftlichen "Substanz" einzudeuten, ein Ergebnis, das ungeschichtlich bleiben würde. Und letzten Endes muß eine Gesellschaftsontologie den Substanz-Begriff für sich selbst vorbehalten, da sie ja nur das "gesellschaftliche Sein" als Substanz fungieren lassen kann. Für die Gesellschaftsontologie ist die eigene Seinsstufe die grundlegende Kategorie, die nur ihrer selbst bedarf. Und – da kommt wieder, sei es nun spinozistisch gedacht, sei es ontologisch frisiert oder gar metaphysisch verankert, die Problematik einer causa sui auf.

Interessanter wäre es, eine (allerdings idealistisch und daher spielerisch leicht ausbeutbare) Subjekt-Objekt-Identität zur Zeichnung des philosophischen Ranges des Proletariats zu benützen. Denn: Subjekt-Objekt-Identität geriert in erster Linie als gesellschaftliches Verhältnis und nimmt dieses als im Prozeß befindlich. Subjekt wäre hierbei die menschliche Gesellschaft in ihrer vollen, schöpferischen Kraft. Das von ihr – im Arbeitsprozeß, im gesamtgesellschaftlichen Verhalten – gezeugte Proletariat tritt alsdann an die Stelle des Objekts, das aber wiederum als Schöpfer der materiellen Voraussetzungen des gesamten gesellschaftlichen Lebens den Rang einer Objekteigenschaft sprengen würde. Das Proletariat läßt sich – für eine materialistische Weltsicht – niemals in die Figur solcher Position drängen. Selbst ontologisch müßte sein "Werden", seine Entwicklung die Tendenz zur Gewinnung der (gesellschaftlichen) Subjekt-Eigenschaft ausdrücken.

Proletariat erscheint des weiteren und vordringlich als Distenz-Bestimmung. Das vergessen alle diejenigen, die sein Verschwinden in einer "Wohlstandsgesellschaft" propagieren. Hier gilt die ökonomisch verwurzelte Grundlage als eigentlicher Ansatzpunkt der Bestimmung. Der soziale Aspekt, die Stellung innerhalb einer geordneten Formation, eben der Gesellschaft, gibt den Ausschlag; dies aber als eine Verhältnis-Beziehung. Hierbei genügt die Zeichnung einer Kontraposition oder eine einfache Pol-Formulierung keineswegs. Ansonsten würde die Abgrenzung wiederum an Herrn Heidegger und seinen Differenz-Begriff heranreichen. Der Klassenkampf würde zum "Austrag" einer Differenz abgewertet. Gewiß: solche Sicht kann Ontologie leisten. Aber: dies genügt nicht. Für eine materialistische Philosophie können Differenz, Distanz, Pol, Kontrapunkt nur als Widersprüche Wert gewinnen. Nur mit der Kategorie des Widerspruchs, nicht mit einer "Differenz" findet das Proletariat Eingang in die Philosophie.

Erst "Widerspruch" bringt die anderen Ansatzpunkte, bringt die Denkansätze über die Begriffe und Themenbereiche Subjekt, Subjektivität, Substanz, Existenz, Organisation usw. zum Tragen. Nur in dieser Gestalt, als das Subjekt eines Widerspruchs, als die Substanz des gesellschaftlichen Widerspruchs, als die Organisationsform von Widerspruch, wird Proletariat philosophische Größe. Sie impliziert nicht einen Widerspruch, sondern ist der Ausdruck desselben. Proletariat ist Sprengkraft innerhalb eines gesellschaftlichen Komplexes, das vorwärtstreibende Element, das systematisierbare NON. Aber: eine Negation mit dialektischer Kraft, eine erneut negierbare Negation. Wer "Widerspruch" und "doppelte Negation" nicht in seinem philosophischen Gedankenschatz zum Zuge kommen läßt, kann das Proletariat niemals ernsthaft in der Philosophie unterbringen.

Und in dieser Funktion wird das Proletariat zum Vollstrecker der Verwirklichung von Philosophie. Marx hält in der Einleitung zur "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie"

fest: "Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie." (12) Damit wird nicht nur die weltgeschichtliche Rolle des Proletariats umrissen, sondern auch ihr wissenschaftswissenschaftlicher Rang fixiert. Philosophie kann keine isolierte, "aparte" Wissenschaft sein.

Steht das nicht im Gegensatz zu der Meinung von Lukàcs? Denn dieser vertritt die Ansicht, daß im Wege der Prozeßhaftigkeit eine als Subjekt faßbare Erscheinung "die eigene Identität bewahren" solle und damit die "selbständige Entwicklung der Besonderheit" garantiere? Rein ontologisch sieht daher Lukàcs eine "ununterbrochene Wechselwirkung mit seiner Umgebung" (13) für jeden Untersuchungsgegenstand. Gewiß: ontologisch genügt solche Sicht. Aber: materialistisch? Fehlt nicht das Grundmotiv: der Kampf? Wo bleibt der Klassenkampf? Das Proletariat ist ja gerade ein Kind desselben!

Die Zeichnung einer "Differenz" und des möglichen "Austrags" dieser läßt sich in die "ununterbrochene Wechselwirkung mit der Umgebung" einarbeiten. Aber sie verhindert die marxistisch-leninistische Konzeption der Kraft des "Widerspruchs", die dem Proletariat urtümlich zu eigen bleibt. Die "Differenz" zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis wird nicht durch einen In-sich-Austrag behoben; sie verharrt auch nicht in gleichbleibender "ununterbrochener Wechselwirkung". Sie wird durch den Kampf von Menschen, die in bestimmten Produktionsverhältnissen arbeitend selbst Produktivkraft sind und als solche sich einsetzen, überwunden und endet mit dem Sieg (sowohl Hegel wie Lenin gebrauchten unabhängig voneinander für den Sieg einer "unterprivilegierten", zu deutsch: unterdrückten Klasse den Terminus: Triumph !) des Proletariats. Historisches, materialistisches Denken kann den Klassenkampf nicht verontologisieren, allerdings auch nicht verlogisieren. Doch lassen die Entwicklungs-Etappen des Klassenkampfs logische Konstruktionen zu, genauso wie sie ontologische Zeichnungen als schematische Konzeptionen, als gewisse Denkhilfen nicht unbedingt ablehnen. Niemals aber kann sich materialistische Philosophie auf solche einseitigen Positionen reduzieren lassen. Denn die Entwicklungsstufen im Klassenkampf dulden die Charakterisierung als Seins-Stufe nicht. Jede Entwicklungserscheinung muß inhaltlich gewertet und fixiert auftreten und vermag ihr bloßes "Sein", mag dieses noch so formal mit "Werden" verschmelzt werden, lediglich formal als Voraussetzung ansprechen. Entwicklung heißt eh wie je, daß ein bestimmtes "Sein" überschritten, entfaltet, angereichert wird, also inhaltlich eine Änderung erfährt. Das Wort "Sein", als Zeit- wie als Haupt- wie als Beiwort duldet keine Steigerung, mag dies auch Herr Heidegger mit seinem "Seiendsten" meinen, wobei er aber übersieht, daß diese Steigerung ja nur auf der Seite des "Seienden", also einseitig auf der Seite eines Gliedes der Differenz stattfindet. Kann aber das Differenzglied des "Seienden" gesteigert und das andere Glied "Das Sein" nicht gesteigert werden, dann – ist dieses SEIN eben der unbewegliche Beweger, der in die "Philosophie" gekommene "Gott".

Das Proletariat will niemals eine solche Position erzielen. Es ist bescheidener, echter, philosophischer. Es tritt ehrlich und offener mit seinem "Sein" in die Philosophie ein. Marx hat im Brief an Weydemeyer eine dieser Eintrittsstellen genau bestimmt: "Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Ent-*

12 MEW 1, S. 391.
13 Siehe: ZUR ONTOLOGIE DES GESELLSCHAFTLICHEN SEINS, S. 97.

wicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet." (14)

Mit diesem "Neuen", das Karl Marx in die Philosophie einbrachte, kommt das Proletariat als philosophische Größe mit geschichtsbildender Kraft zum Zug. Ontologie kann dies nicht leisten; sie hält nur die Existenz der Klassen fest, sie kann auch die "ökonomische Anatomie der Klassen" explizieren. Die Bindung der Existenz der Klassen an die bestimmten historischen Entwicklungsphasen der Produktion führt geschichtlich (das ist Grundelement des historischen Materialismus) zur Diktatur des Proletariats; sie leitet aber auch gedanklich (das ist Gewinn des dialektischen Materialismus) im Aufzeigen der Notwendigkeit dieser Überleitung zur Diktatur des Proletariats hin. Proletariat wird klassenbewußte Gesellschaftsklasse, weil es um die Notwendigkeit dieses Entwicklungsweges weiß. Philosophie lehrt dabei, daß verschiedene Grade, Stufungen und Qualitäten des Klassenbewußtseins diesen Schritt zur Diktatur des Proletariats beeinflussen. So ist z.B. das "islamitische Proletariat" anders strukturiert und funktional anders ausgerichtet als das Proletariat in den westlichen kapitalistischen Staaten (15). Und weiter liefert eine philosophische Betrachtung des Proletariats gewichtige Bausteine für eine gerechte Einschätzung des Wechselverhältnisses zwischen Partei, Klasse, Organisationen der Werktätigen und verwandten Zusammenschlüssen (16). Weder mit ontologisch erarbeiteten Distanz- noch mit gesellschaftsontologisch verbrämten Differenz-Begriffen kann diese Wechselbeziehung geschichtlich richtig eingebracht werden.

Die philosophischen Kategorien, die diesen Eintritt des Proletariats in die Philosophie bewerkstelligen, die die Entwicklung der Philosophie nicht nur begleiten, sondern bewirken, "sind" nicht als Kategorien "Daseinsformen, Existenzbestimmungen", wie die Gesellschaftsontologie von Lukàcs vortäuscht (17). Der Marxismus kommt zu den philosophischen Kategorien, also auch zur Aufarbeitung des Terminus Proletariat, eben nicht ontologisch, sondern materialistisch. Marx sagt in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie": "Wie überhaupt bei jeder historischen, sozialen Wissenschaft ist bei dem Gang der ökonomischen Kategorien immer festzuhalten, daß, wie in der Wirklichkeit, so im Kopf, das Subjekt, hier die moderne bürgerliche Gesellschaft, gegeben ist, und daß die Kategorien daher Daseinsformen, Existenzbestimmungen, oft nur einzelne Seiten dieser bestimmten Gesellschaft, dieses Subjekts ausdrücken, und daß sie daher auch wissenschaftlich keineswegs da erst anfängt, wo von ihr als solcher die Rede ist." (18)

Diese für den Eintritt der "Kategorie" Proletariat, einer "einzelnen Seite einer bestimmten Gesellschaft", grundlegende Erkenntnis manipuliert Lukacs um und verfälscht sie zum

14 MEW 28, S. 507/508.

15 Siehe hierzu: Maxime Rodinson: ISLAM UND KAPITALISMUS, Frankfurt am Main, 1971.

16 Das Thema der Wechselbeziehungen wird von Lukàcs durch seine Scheidung in Kausalität und Teleologie verwischt. Teleologische Setzung von Kausalitätsreihen (als "Arbeit" gefaßt) bringt die Verwobenheit des Beziehungsgefüges nicht zur materialistischen Geltung. Und schließlich soll "Ununterbrochene Wechselwirkung" – als Beispiel wird der "Aufbau" des "Kapitals" von Marx angeführt, wo eine solche "Wechselwirkung zwischen dem streng gesetzmäßigen Ökonomischen und den ihm an sich heterogenen Verhältnissen, Kräften etc. des Außerökonomischen" stattfindet – "am Schluß bei der konkreten Totalität des gesellschaftlichen Seins ankommen" (Siehe: ONTOLOGIE-MARX, S. 44).

17 Siehe: ONTOLOGIE-MARX, S. 5.

18 Frankfurt am Main, o.J., S. 26/27.

Ontologikum. Er ersetzt das Wort "ausdrücken" durch ein "sind"; er dehnt den Gedanken auf alle Wissenschaften aus, verallgemeinert ihn also (wie es jeder Ontologe tun muß) und sieht nicht die Begrenzung auf Historie und Soziologie. Lukàcs (oder seine Schüler oder Editoren, was der Autor für durchaus möglich hält, da er selbst mehrfach mit Lukàcs "Gespräche" in Budapest gepflogen hat, ohne je auf den Gedanken zu kommen, diese nun groß zu publizieren) verstümmeln das angeführte Zitat und behaupten: "Die Kategorien "sind" Daseinsformen, Existenzbestimmungen" und unterschreiben dies mit "Marx". Dem Ontologen wird eben alles ontologisch. Er vollzieht diese Ontologisierung aber "im Kopfe", ohne die Tatsachen zu bedenken.

Die Kategorie "Proletariat", Ausdruck einer bestimmten Seite einer bestimmten Gesellschaft, läßt ihre klassenkämpferische Note nicht verontologisieren. Sonst würde sie ihre Funktion, an der Verwirklichung von Philosophie mitzuarbeiten, einbüßen. Hierzu erscheint keine "neue Seinsstufe", eben das gesellschaftliche Sein, notwendig. Selbstverständlich wechselt das gesellschaftliche Sein; es wechselt sich, seine Grundlage und das von ihm gebildete Bewußtsein (19). Aber damit wird es nicht im Vergleich und im Abstand zu "anderem Sein" ein spezifisches "neues" Sein. Marx hat mehrfach statt vom "gesellschaftlichen Sein" vom "gesellschaftlichen Leben" gesprochen, also niemals auf ein "ontologisch" abgegrenztes "Sein" abgestellt. Die moderne idealistische Philosophie wird es nie fertig bringen, aus Marx einen "Ontologen" zu machen (20) und damit die geschichtliche Kraft des dialektischen Materialismus, der mit dem historischen eine organische Einheit gerade in und bei der Eindeutung des Proletariats in die Philosophie bildet, abzuschwächen.

Wenn Lukàcs meint "Marx bleibt immer auf dem Boden einer Ontologie des gesellschaftlichen Seins" (21) und "Lenins Erkenntnistheorie ist praktisch immer einer materialistischen Ontologie untergeordnet" (22), so irrt er. Das Proletariat, dem das ganze Denken Marxens und Lenins gewidmet war, kam nicht durch eine "marxistische Ontologie", sondern allein durch den wissenschaftlichen Sozialismus in die Philosophie.

Wilhelm Raimund Beyer

19 Siehe hierzu: A.K. Uledow: DIE STRUKTUR DES GESELLSCHAFTLICHEN BEWUSSTSEINS, Berlin, 1972.

20 Siehe zu dem Gesamtthema noch meine Arbeiten: "Marxistische Ontologie – eine Modeschöpfung des Idealismus" in DZfPh 1967, S. 44 ff.; erneut abgedruckt in VIER KRITIKEN, a.a.O., S. 187 ff. Ferner den in Vorbereitung befindlichen Aufsatz "Zauberformel: Ontologie" in der Zeitschrift "Dijalektika" (Beograd) und das für die nächste erweiterte Ausgabe des PHILOSOPHISCHEN WÖRTERBUCHS Klaus/Buhr ausgearbeitete Stichwort "Gesellschaftsontologie".

21 In ONTOLOGIE-MARX, a.a.O., S. 56.

22 a.a.O., S. 29.

Neuerscheinung

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik

Herausgeber: FACIT e. V., 148 Seiten, 6,– DM

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front". Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit". Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf". Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller:

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

SK **Das sozialistische Nachrichtenmagazin**

SK **berichtet umfassend aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung des In- und Auslands**

SK **ist der linken Labour-Zeitung TRIBUNE (England) und der Zeitschrift des sozialistischen Flügels der SP-Belgiens LINKS freundschaftlich verbunden**

SK **mißt nicht nach dem Parteibuch, sondern nach dem Einsatz für die Interessen der Arbeiterklasse**

SK **bietet den verschiedenen progressiven Tendenzen auf der Linken die Möglichkeit zu informieren, ist aber kein Tummelplatz für Sekten**

SK **ist offen für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse fördernde Diskussion**

SK **Probeexemplare und Bedingungen für Gruppenbezug bestellen bei W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 33, Postfach 330167**

Trimm dich

Mal wieder fit machen für den Klassenkampf

Für 3 Mark signal abonnieren.

lies signal

Bestellungen an den

signal-Vertrieb
1 Berlin 44, Allerstr. 35

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

21
(Dez. 72)

Ilan Reisin: **Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (II)** / Thomas Funke: **Zur Entwicklung Westberlins 1945 bis 1972.**

Georg Hauß, Volker Peschke, Peter Wille: Hochschulkampf in Westberlin / Richard Albrecht: Wer wen ? – Mehr als ein Ärgernis aus dem Verlag "neue kritik" / Richard Albrecht: Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920 / Volker Gransow: Informationen über die Kapitalismuskritik in der DDR ?

22
(Febr. 73)

Jürgen Ostrowsky, Karl Unger: **Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika** / Richard Albrecht: **Zur gegenwärtigen Korsch-Renaissance in der BRD und Westberlin** / Karl Theodor Schuon: **Arbeiterbewegung und Wissenschaft.**

Dieter Boris: Zum revolutionären Prozeß in Chile / Bettina Gransow: Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus / Aufruf der Comisiones Obreras an die internationale Arbeiterklasse.

23
(April 73)

Julian Quijada, Hans W. Rachdorf: **Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (I)** / Wilma Gensinger, Richard Albrecht: **Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD und Westberlin.**

Autorenkollektiv: 1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin / Albert Engelhardt: Sozialistische Demokratie in der DDR / Peter Römer: Widersprüche im "Kapital" oder kapitalistische Widersprüche ? / Heinrich Heims: Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß.

24
(Juni 73)

Dieter Klein: **Die Jagd auf die "heilige Kuh" oder das Manöver "Lebensqualität"** / Kurt Zieschang: **Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus** / Michael Weber: **X. Weltfestspiele in Berlin** / Autorenkollektiv: **Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus** / Autorenkollektiv: **Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.**

Volker Klohr: Antifaschistische Tarnschriften / Wilma Albrecht: Literatur im Widerstand.

25

erscheint Anfang August 73

Zweimonatszeitschrift · Herausgegeben in Westberlin

Bezugsbedingungen für die SOZIALISTISCHE POLITIK

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–.

Die Lieferung der Ausgabe wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, Berlin West 62010-107, vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

SOPO 1 – 4, 1. Jahrgang 1969 – vergriffen
SOPO 5 – 9, 2. Jahrgang 1970 – vergriffen
SOPO 10 – 15, 3. Jahrgang 1971 – vorrätig; außer SOPO 10
SOPO 16 – 21, 4. Jahrgang 1972 – vorrätig
SOPO 22 – 24, 5. Jahrgang 1973 – vorrätig

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab SOPO Nr. .....

Die Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 20,– / DM ..... überweise ich / lege ich als Scheck bei.

Name: **Vorname:**

Postleitzahl **Ort:** **Straße:**

Datum: **Unterschrift:**

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 Berlin 41
POSTFACH 270

deb verlag
das europäische buch

Aus unserem Programm:

Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830 - 1945
Handbuch von Dieter Fricke
2 Bände Lederin 1606 Seiten zusammen DM 104,–

Philosophisches Wörterbuch
von Georg Klaus und Manfred Buhr
2 Bände Leinen 1218 Seiten zusammen DM 22,–

W.S. Wygodski
Die Geschichte einer großen Entdeckung
Paperback 154 Seiten DM 3,80

Demnächst erscheinen:

Karl Neelsen
Wirtschaftsgeschichte der BRD
Studienausgabe Paperback 318 Seiten DM 11,80

Wolfgang Steinitz
Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten
Paperback 359 Seiten DM 13,50

Im November 73 erscheinen:

Das proletarische Kind
Zur Schulpolitik und Pädagogik der KPD in der Weimarer Republik
Paperback 329 Seiten DM 8,80

Pietro Sraffa
Warenproduktion mittels Waren
Paperback 136 Seiten DM 6,80

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder guten Buchhandlung